ERICH WINKLER

Organisations- und Werbetechnik

in der Arbeiterbewegung

I. Teil

Die Politik und ihre Gesetze

...RL ZWING / VERLAGSBUCHHANDLUNG / JENA

1327

Sozialwissenschaftliche Studienbibliothek bei der Arbeiterkammer in Wien

II 2796/IX/1 D

Gewerkschafts-Archiv-Bücherei
Herausgegeben von Karl Zwing

9. Band

Organisations- und Werbetechnik in der Arbeiterbewegung

Erster Teil:

Die Politik und ihre Gesetze

1930

Karl Zwing · Verlagsbuchhandlung · Jena

Gewerkschafts-Archiv-Bücherei
Herausgegeben von Karl Zwing

9. Band

Organisations- und Werbetechnik in der Arbeiterbewegung

Erster Teil:

Die Politik und ihre Gesetze

1930

Karl Zwing • Verlagsbuchhandlung • Jena

Erich Winkler

Die Politik und ihre Gesetze

2141

1930

Karl Zwing • Verlagsbuchhandlung • Jena

II 2796/9/1

Copyright 1930 by Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena
Alle Rechte, auch das der Uebersetzung, vorbehalten

A41327

Bibliothek
der Friedrich-Ebert-Stiftung

k369C FES24.07.75

Gedruckt in der Buchdruck-Werkstätte G.m.b.H., Jena

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung 7

I. Die Arbeiterbewegung als Organisation . . . . . 12—25
a) Die menschliche Gruppenbildung 12
b) Die Arten des gesellschaftlichen Handelns 16
c) Das Massenhandeln 21

II. Das Apparathafte der Organisationen . . . . . 26—60
a) Die Tendenz zur Vorausberechenbarkeit 26
b) Die Tendenz zur Differenzierung 39
c) Die Tendenz zur Beharrung 43
d) Der Fetischcharakter des gesellschaftlichen Lebens . . . 46

III. Die Organisationen und die Machtentfaltung . . . . 61—93
a) Die Organisationen im Staate 61
b) Der Herrschaftsapparat des Staates 66
c) Der Staat und die Organisationen 69
d) Gruppenmeinung und Gruppenurteil 73
e) Das Wesen der Macht und die Kanäle der Meinungsbildung 77

IV. Die Macht der Arbeiterbewegung und das Klassenbewußtsein . . . . . 95—119
a) Die Voraussetzungen der Bewußtseinsbildung 95
b) Das Klassenbewußtsein 103
c) Die Bedingungen außerhalb der Organisation 110

V. Politik, Taktik und Strategie . . . . . 120—162
a) Wesen und Sinn der Politik 120
b) Der Politiker 125
c) Das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik 131
d) Die Wahl der Mittel in der Politik 135
e) Strategie und Taktik 147

Anhang 163

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung 7

I. Die Arbeiterbewegung als Organisation 12–25
a) Die menschliche Gruppenbildung 12
b) Die Arten des gesellschaftlichen Handelns 16
c) Das Massenhandeln 21

II. Das Apparathafte der Organisationen 26–60
a) Die Tendenz zur Verantäußerlichkeit 26
b) Die Tendenz zur Differenzierung 39
c) Die Tendenz zur Beharrung 43
d) Der Fetischcharakter des gesellschaftlichen Lebens . . . 46

III. Die Organisationen und die Machtverhältnisse 61–85
a) Die Organisationen im Staate 61
b) Der Herrschaftsapparat des Staates 66
c) Der Staat und die Organisationen 69
d) Gruppenmeinung und Gruppenurteil 73
e) Das Wesen der Macht und die Kanäle der Meinungsbildung 77

IV. Die Macht der Arbeiterbewegung und das Klassenbewußtsein 86–119
a) Die Voraussetzungen der Bewußtseinsbildung 86
b) Das Klassenbewußtsein 103
c) Die Bedingungen außerhalb der Organisation 110

V. Politik, Taktik und Strategie 120–162
a) Wesen und Sinn der Politik 120
b) Der Politiker 125
c) Das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik 131
d) Die Wahl der Mittel in der Politik 135
e) Strategie und Taktik 147

Anhang 163

Einleitung.

Jede Werbung will Wirkung. Hinter der Wirkung steht die Berechnung. Berechnung aber ist der größte Feind menschlicher, persönlicher Beziehungen, der Feind aller *Gemeinschaft*. Die Werbung, für die man eine Werbe„technik" schreibt, ist denn auch nur dort und in der Zeit möglich, wo menschliche Beziehungen immer mehr entpersönlicht werden, wo die Sache über die Personen herrscht: Die Sache, das Ding, dient nicht mehr dazu, den persönlichen Lebensspielraum zu erweitern, sondern sie wird erworben um des Erwerbs willen und um Herrschaft zu begründen. Das Objekt dieses Prozesses, der versachlichte Mensch, wird mit dem Zwang zum Erwerb in Spannung und Bewegung gehalten. Er wird mit Teilzwecken und Teil„funktionen" an die Dingwelt gebunden, die sich dauernd zu verändern scheint, aber doch wie ein Kreis nur immer wieder — in jeweils erweitertem Ausmaße — in sich zurückläuft. Dem Menschen dieser Zeit, dessen Sinnen und Trachten nicht mehr über die Gegenwart hinausgeht, ist es verwehrt, zu sich zu kommen. Er wird jedem Reiz zugängig, der von außen an ihn herangetragen wird. Er ist jedem Charlatan ausgeliefert, der ihm in der Kunst der Berechnung einen Grad voraus ist. Das ist die Zeit, in der Reklame, Agitation und Propaganda ihre Triumphe feiern, in der willkürlich und beziehungslos dem Menschen mit Hilfe des „Apparates" und der Technik Bedürfnisse für Güter und Gedanken geweckt werden, die in keiner Weise mehr seinem inneren Wesen entsprechen.

Weil das so ist, bringt derjenige, der noch nicht völlig in die Zeit verstrickt ist, instinktiv allem, was nach Werbung aussieht, ein grenzenloses Mißtrauen entgegen: Werbung ist Lüge! Reklame ist Täuschung! Der Werber will fangen!

Auch die gesellschaftlichen Verbände, die um Mitglieder werben oder eine Idee propagieren, sind von dieser Erscheinung nicht

ausgenommen. Sie sind genau so wie die Erwerbsbetriebe gezwungen, sich „Apparate" zu schaffen, die das Verbandshandeln regeln und die berechenbaren Faktoren der „Lage" immer aufs neue herausstellen, auf daß sie denkbar best einwirken können. Sie haben deshalb genau wie diese mit jenem Mißtrauen zu rechnen, das als Mißtrauen gegen die „Bürokratie" die Einheit des Handelns stören kann. Wie üblich dieses Mißtrauen ist, mögen zwei Beispiele veranschaulichen.

Mag der Aufsatz einer Tageszeitung noch so ausgezeichnet und richtig sein, mag der Leser Punkt für Punkt innerlich zugestimmt haben: wenn am Schluß unvermittelt steht „Darum wählt Liste 1", wird er oft ärgerlich die Zeit bedauern, die er ans Lesen verschwendet hat. Von dieser Vorstellung über die Unehrlichkeit der Werbung aus sagt auch Georg *Beyer* in seiner Schrift „Katholizismus und Sozialismus" im Vorwort Seite 10: „Nur eine Kritik wird der Verfasser ablehnen können: Diejenige nämlich, daß diese Schrift von bestimmten taktischen Absichten veranlaßt worden sei. Es steht für den Sozialismus wie für den Katholizismus wohl mehr auf dem Spiele, *als das erfolgreiche Werbeziel.*"[1])

Darin steckt also die Auffassung: das erfolgreiche Werbeziel auch der sozialistischen Bewegung ist nicht identisch mit dem Ziel der Bewegung überhaupt. Das Werbeziel sei etwas, das dazu dient, Mitglieder einzufangen, unter Umständen gleichgültig mit welchen Mitteln. Es braucht nicht Jeder, der zur Bewegung kommt, um des großen Zieles willen zu kommen! — Kann eine sozialistische Bewegung lebendig bleiben und unendlich viele, tätige und bewußte Anhänger gewinnen, wenn solche Zwiespältigkeit besteht? Wenn Werbemittel, Werbetechnik und Werbemethoden von ihr genau so gehandhabt werden wie von der Fabrik, die ihre Ware feilbietet und ihr Werbeziel mit allen Mitteln der Psychologie darauf abstellt, einen Kaufentschluß herbeizuführen? Ist es überhaupt möglich, daß eine organisierte Massenbewegung, die Gesellschaft gestalten, eine Idee verwirklichen will, dieser Zwiespältigkeit entrinnt?

Dieses Problem nimmt die Arbeit als Ausgangs- und Ausrichtepunkt. Schon deswegen kann sie nicht nur Werbe*technik* und

Organisations*technik* sein, die lediglich Rezepte bringt. „Technik" hat nur Sinn, soweit die Arbeiterbewegung Kampf- und Machtorganisation ist, die anderen Kampf- und Machtverbänden gegenüber- und nebengeordnet steht. Sie verkörpert nur insoweit *Macht* und ist insoweit *Bewegung*, als ihr geistiger Gehalt allen Mitgliedern in der Gesinnung immerwährend lebendig werden kann. Lebendige Gesinnung jedoch ist nicht organisierbar, läßt sich nicht durch Werbe- und Organisationstechnik herbeiführen. Daß die Arbeiterschaft sich mit Organisations- und Werbetechnik bisher nicht systematisch befaßt hat, ist daher eher ein günstiges Zeichen als ein Symptom der Vernachlässigung einer Hauptfrage. — So sind in der Arbeit die *Grenzen* der Werbung wiederholt hervorgehoben.

Soweit das *Technische* der Werbung in Frage kommt, galt es, die gewaltige Literatur über die *kaufmännische Werbung* auf ihre praktische Verwertbarkeit zu prüfen, währenddem für die Technik der Organisation eine Auseinandersetzung mit den entsprechenden *betriebswirtschaftlichen* Ergebnissen erforderlich war. Beides, kapitalistische Werbelehre und kapitalistische Organisationslehre haben sich in dem letzten Jahrzehnt als besondere Zweige der Betriebswirtschaft von ihrer Hauptwissenschaft abgespaltet und viel Neues, Interessantes, Verwertbares gebracht.

Natürlich sind die Werbe- und Organisationsgesetze des Betriebswirtschaftlers, der den einzelnen Kunden sucht, nicht ohne weiteres auf die *Massenorganisation* übertragbar. Deshalb bedurfte es der organisations*soziologischen* Grundlage, die in diesem ersten Teil entwickelt wird. Wer nichts weiß von den Gesetzen der Urteils- und Meinungsbildung gesellschaftlicher Gruppen, wer den Mechanismus des Verwaltungs-, Staats- und Regierungsapparates nicht kennt oder wer die Kanäle der Meinungsbildung übersieht, ist bei seiner Werbe- und Organisationsarbeit von Zufälligkeiten abhängig, die praktisch Kraft- und Mittelverschwendung bedeuten.

Es galt hier nicht, staatsrechtliche und politische *Ideale* aufzustellen, sondern herauszuarbeiten, wieweit der Staatsmechanis-

mus, der in keiner Weise verabsolutiert und statisch gesehen werden darf, die Form der Werbung und der Willensbildung beeinflußt oder vorschreibt. Darum kann dieser Mechanismus auch nur in seiner *allgemeinen* Form beschrieben werden. Für die *jeweilige* Zielsetzung bedarf es der *jeweiligen* Abschätzung der Kräfte.

Dieser erste Teil bringt keine neue soziologische Theorie und keine neue Begriffsbildung. Zwar ist es leider so, daß in der Soziologie noch Jeder seine eigene Sprache spricht, aber gerade darum liegt das Schwergewicht der Arbeit nicht in den entwickelten „Definitionen" — sie sind nur Verständigungsmittel und oft nur Notlösungen —, sondern in der Art der Anordnung aus der *praktischen* Zielsetzung heraus, die von der Theorie nicht losgelöst sein kann. Es sind nur Ergebnisse verwendet, soweit sie festzustehen scheinen. Das verbietet ein Stellungnehmen zum Begriffsstreit und zur Frage des Geltungsbereiches von Soziologie und Psychologie. Es würde auch dem erwarteten Leser, der durchschnittlich soziologisch ungeschult sein dürfte, das Verständnis erschweren. Im übrigen sind die Schriften, die sich mit Einzelfragen beschäftigen — und in denen demzufolge manches besser und ausführlicher dargestellt ist, als es hier gesagt werden konnte —, im Anhang verzeichnet.

In der vorliegenden Form kann ein Teil der Ergebnisse von *jeder* sozialen Gruppe, insbesondere auch vom politischen Gegner der Arbeiterbewegung, soweit es sich um Massenorganisationen handelt, angewendet werden. Das liegt im Wesen der soziologischen Darstellung, aber alle Beispiele und alle Tatsachen sind von der politischen Zwecksetzung und der theoretischen Zielsetzung der organisierten Arbeiterbewegung aus gewählt. Sie wollen insofern *Wissenschaft* sein, als sie auch bei den vereinfachten Darstellungen nicht im Widerspruch zu den feststehenden Erkenntnissen stehen wollen, müssen jedoch auf die wichtigste Bedingung der *Vollständigkeit* verzichten. Der Gliederung liegt eine bestimmte *Erkenntnisabsicht* zugrunde.

Weil der wirtschaftliche, rechtliche und soziale Kampf der Arbeiterbewegung sich vorwiegend in der Sphäre der *Politik* abspielt, muß die Darstellung den *politischen* Mechanismus, insbesondere den Staatsapparat, in den Vordergrund rücken, aber eben nur soweit, als seine Kenntnis für die Gesetze der Meinungs- und Willensbildung Voraussetzung ist. Insofern und mit dieser Einschränkung kann der erste Teil vielleicht als Unterlage im *politischen Unterricht an Arbeiterschulen* und in Kursen längerer Dauer verwendet werden. Bei der wachsenden Differenzierung und Funktionsteilung, die sich auch innerhalb der Arbeiterbewegung vollzieht und bei der zunehmenden Komplizierung des politischen Apparates wird diese politische Schulung von den *Grundbegriffen und Grundvorstellungen aus* immer notwendiger. —

Der zweite Teil enthält eine praktische Werbelehre und eine praktische Organisationslehre, die sich aus den Thesen und Fragestellungen des ersten Teils entwickelt, dargestellt an Zeitbeispielen. Die Werbelehre gruppiert sich um die Untersuchung der Werbemotive des wissenschaftlichen Sozialismus. In der Organisationslehre ist der Organisationsaufbau einer Reihe gewerkschaftlicher und politischer Verbände nach einheitlichen *soziologischen* Schematas — unter Zugrundelegung der Organisationsstatuten — dargestellt und dem Kampf um das Organisationsstatut entsprechender Raum gewidmet. Der Schluß versucht zusammenzufassen, wie die praktische Arbeit der gewerkschaftlichen, politischen und anderen Verbände der Arbeiterbewegung von ihrer besonderen Zielsetzung aus nach Methoden zu erfolgen hat, die bei der Kenntnis jener inneren gesellschaftlichen Bedingungen der Meinungs- und Willensbildung und der Kenntnis der Spannungen aus dem „Fetischcharakter" des gesellschaftlichen Lebens den größten Wirkungsgrad verbürgen, ohne daß sie zur Erstarrung der Bewegung führen.

Leipzig, am 9. November 1928.

Die Arbeiterbewegung als Organisation.

a) Die menschliche Gruppenbildung.

Der „vergesellschaftete" Mensch

In einer Zeit, in der die gesellschaftlichen Zusammenhänge wie nie zuvor Gegenstand der Forschung werden, bedarf es keines Nachweises, daß das Verhalten der Menschen nicht vom Robinson, vom isolierten Einzelmenschen aus abgeleitet und erklärt werden kann. Denn wenn auch der Einzelmensch Träger des gesellschaftlichen Lebens ist, ist die Bewegung und das Verhalten der Gesellschaftsgruppen nicht die Summe des Verhaltens der Einzelnen, sondern verläuft nach eigenen, neuen Gesetzen. Die Regeln des Zusammenlebens sind daher nicht aus den Regeln zu erklären, denen der Einzelmensch unterworfen ist. Das Einzelverhalten kann im Wesen anders sein als das Verhalten der „Gesellschaft".

Natürlich ist die menschliche Gesellschaft kein Gebilde, das *über* den Menschen thront. Sie ist aber auch nicht einem Uhrwerk vergleichbar, das als Ganzes vielleicht von andersher betrieben und geleitet wird und in dem der Einzelne nur ein Rädchen darstellt, das mit einer gewissen mechanischen Funktion abläuft. Sondern wenn es heißt, daß die Menschen „a priori" (*vor* allem Bewußtsein) in einem gesellschaftlichen Zusammenhang stehen, so bedeutet das nichts anderes, als daß jeder Mensch in irgendeiner Form und an irgendeinem Punkte auf den anderen Menschen angewiesen, also mit ihm verbunden ist. Die Menschen sind notwendig miteinander verbunden durch die für Jeden gleichen Voraussetzungen zur Aufrechterhaltung des Lebens, durch den vom Einzelnen nicht zu erfüllenden Zwang zur Versorgung mit Nahrung, Kleidung und Wohnung, durch die Möglichkeit des geistigen Verstehens. Diese Verbundenheit kann sich äußern in einfachen Verkehrsbeziehungen, im Wettstreit oder im Wider-

streit, in bewußter Gemeinsamkeit oder bewußter Abwehr, in bewußtem Kampf. So ist der Einzelmensch nur denkbar als Knotenpunkt in einem Netz vielfältiger, gesellschaftlicher Beziehungen, und darum sagt man, er ist „vergesellschaftet“ [2]).

Die Gruppe

Aber der Mensch ist nicht vergesellschaftet als Mensch unter Menschen, wie eine Biene unter Bienen lebt, nur mit einer bestimmten Funktion im Ganzen, als Teil einer einzigen großen Einheit Gesellschaft, sondern jeder Mensch ist vergesellschaftet in irgendeiner auf Dauer berechneten *Gruppe*. Kein Mensch steht nur in *einer* Gruppe, und jede Gruppe wird von einer anderen *Gemeinsamkeit* bewegt.

Was die Gruppe zusammenhält, sind Bindungen, die sich aus den sozialen Tatsachen ergeben. Diese machen die Gruppen gewissermaßen zu Kollektivwesen, deren Leben infolge der Vergesellschaftung bestimmte Regelhaftigkeiten erkennen läßt, die wissenschaftlich erforschbar werden. An sich erhält jede Gruppe aus dem Unterschied der Größe und dem Grad und der Art der Bindung ihren *eigentümlichen* Sinn und ihre besondere, *einzigartige* Gestalt, die auf verschiedene Weise erforscht und beschrieben werden kann. Die *Geschichte* z. B. untersucht ihre *jeweilige* Verkettung und Bedeutung in einem umgrenzten, größeren Ablauf. Sie umfaßt einmalige und unwiederholbare Zusammenhänge. Sie ist eingebettet in die Zeit. Daneben gibt es aber Regelhaftigkeiten, die *immer wieder* erkennbar sind, wo sich die Menschen auf eine bestimmte Weise sozial miteinander verbinden. Diese allgemeinen und außerhistorischen Regeln sucht die *Soziologie*. Sie ist demzufolge auch Grundlage für die geschichtliche Betrachtung. Sie begreift die einmalige Wirklichkeit aus Zusammenhängen, die *jederzeit* wiederkehren. Sie hebt von den geschichtlichen Bewegungen das heraus, was immer wieder die Gruppen bindet und trennt, zersplittert und bildet. Wenn Gruppen also im geschichtlichen und politischen Ablauf als gegensätzliche und durchaus einzigartige Gebilde erscheinen, so widerspricht dem nicht, sondern bedingt es geradezu, daß man versucht, auch *allgemeine* und *immer*

wiederkehrende Wesenheiten und Merkmale jedes Gruppenverhaltens herauszustellen, ohne im Formalen zu bleiben. —

Eine Gruppe liegt schon vor, wo *irgendeine* Seite unseres Menschseins gebunden wird. Es kann eine innere oder äußere Verbundenheit sein. Sie kann auf einem Zwang beruhen. Sie kann auf einen zeitbegrenzten Zweck gerichtet sein oder in einer gemeinsamen Gesinnung wurzeln. Sie kann durch ein Erlebnis entstehen oder aus einem gemeinsamen Willen folgen. Es kann die Gemeinsamkeit einer Ordnung oder die eines Wertes die Menschen miteinander verbinden. Und es spielt auch keine Rolle, ob die Bindung den Menschen bewußt ist.

Gruppen wachsen auf Monate, Stunden, Tage, sie können auch jahrhunderte- und jahrtausendelang bestehen. Die Menschen, die sich vor einem Schaufenster stauen, sind eine Gruppe, die aus der erlebten äußeren Reizwirkung einer Auslage eine Gemeinsamkeit für Augenblicke erhalten haben; Menschen, die jahrhundertelang von der Kirche zusammengehalten wurden, waren zum großen Teil durch einen überpersönlichen Wert miteinander verbunden. Gruppen können das flüchtige Fühlen von zwei, drei Menschen sein, sie können das machtvolle Wirken von Millionen werden.

Organisation

Im Wesen der Gruppe liegt infolgedessen nicht das zielgerichtete, gemeinsame Wollen, sie ist schon vorhanden bei einer Erlebnisgemeinsamkeit. Streben die Gruppenglieder nun *bewußt* zu einer *Handlungs*einheit, dann wird die Gruppe zur *Organisation*. Eine Organisation kann aus mehreren Gruppen bestehen. Sie setzt Bewußtseinsgemeinsamkeit *und* Zielbestimmtheit voraus. Der Sinn und die Aufgabe einer jeden Organisation kann somit nur sein, ein *gleiches* Bewußtsein durch *Willensbildung* zum Handeln umzuformen. Mit Bewußtsein werden selbstgewählte Aufgaben durchzuführen versucht, die der Einzelne durchzuführen außerstande wäre.

Organisationsmerkmale

Den organisierten Gruppen — hier fernerhin als gesellschaftliche Verbände bezeichnet — eignen drei Wesensmerkmale: 1. Die Mitglieder sind Menschen, die ihr Verhalten aufeinander beziehen. 2. Die Zielverbundenheit kommt zum Ausdruck in einer Verbands-

ordnung (Statut, Satzung, Programm, Vertrag), geschrieben oder ungeschrieben. Sie regelt insbesondere das Verbandshandeln. 3. Kein gesellschaftlicher Verband kommt aus ohne ein Vertretungsorgan, das die Vollmacht hat, im Auftrag der übrigen Gruppenmitglieder zu handeln (Vorstand, Vertrauensmann, Abgeordneter, Regierung, Ehegatte usw.), weil nicht alle Mitglieder über alle Fälle gleichzeitig bestimmen können (sonst müßten sie ständig versammelt sein).

Zurechnung

Schon aus diesen technischen Gründen *muß* jede Organisation einigen Mitgliedern eine *Vertretungsfunktion* erteilen. Soziologisch gesehen ist diese Vertretungsfunktion eine Vollmacht, gewisse durch Richtlinien abgegrenzte Aufgaben *im Namen der Organisation und bindend für die Organisationsmitglieder* selbständig durchzuführen. *Jede* Vertretungsfunktion bedarf also einer großen Summe *blinden* Vertrauens, über dessen Anwendung die Vertreter gewöhnlich nur *nachträglich* Rechenschaft ablegen können. Nur in wichtigen oder schwerwiegenden Fällen, wo die Vertreter die Verantwortung nicht allein tragen wollen und *wo noch Zeit bis zum Akt des Handelns bleibt*, können sie die Mitglieder *vorher* nach ihrer Meinung fragen. Auch die Mitgliederversammlung hat ja eine solche Vertretungsvollmacht. Selbst wenn längst nicht alle Mitglieder anwesend sind, gelten die Beschlüsse für alle Mitglieder. Auch die funktionellste Demokratie kann nicht darauf verzichten, ihren beauftragten Vertretern eine Freiheit des Handelns auf Zeit zuzubilligen. Die Grenzen und die Richtung des Handelns werden im Organisationsstatut und im Partei- oder Organisationsprogramm festgelegt. Natürlich ist es denkbar, daß sie auch in einem feststehenden Brauch, im gemeinsamen Bewußtsein der Mitglieder bestehen, also ohne daß sie schriftlich normiert sind.

Wenn die Lohnarbeiterschaft in dem Maße, als sie sich ihrer Lage bewußt wird, in der *Organisation* zusammenkommt, um sich aus der heutigen Form ihrer Abhängigkeit zu befreien, dann kann der Zweck ihrer Organisation nur sein, immer aufs neue den Willen der Glieder, die in verschiedenen Gruppen verwurzelt sind,

auf ein klares und konkretes *Ziel* zu richten und diesen Willen immer wieder in *Handlung* umzuformen. Deshalb ist auch unsere nächste Frage die nach dem Wesen und den Bedingungen des menschlichen *Handelns.*

b) Die Arten des gesellschaftlichen Handelns.

Das Handeln der großen Gruppen ist zunächst auch nur aus dem Handeln des Einzelnen zu verstehen, aber die Gruppen als Ganzes unterliegen in ihrem Verhalten noch besonderen Gesetzen. Viele glauben nun nach einem oft mißverstandenen Marxschen Worte, daß die Menschen im wesentlichen auf Grund ihrer *Interessen* handeln .Auch in vielen populären Schriften über Marxismus ist diese Auffassung zu finden. So sagt etwa Pannekoek in einer kleinen Schrift aus der Vorkriegszeit [3]): „. . . jeder Einzelne tut immer nur das, wozu sein unmittelbares Interesse ihn zwingt" und meint damit, daß die Handlungen der Arbeiter, „die sie notwendig, gleichsam instinktiv, zur Verfolgung ihrer Interessen vollbringen, als Gesamtresultat die Umwälzung der Produktionsweise mit sich bringen." „Die Interessen stimmen für die Mitglieder derselben Klasse überein und sind für verschiedene Klassen verschieden oder gar entgegengesetzt."

In dieser Auffassung liegt die Quelle zahlreicher Falschdeutungen über den „Materialismus", zumal bei Marx zumindest zwei Deutungen über den Begriff Interesse möglich sind. Wir finden bei Marx sehr lehrreiche Aufschlüsse darüber, wie sich die Klassen der Besitzenden nach ihren verschiedenen *„Gesamtinteressen"* und nach ihren gesellschaftlichen Funktionen wieder in einzelne Gruppen spalten, die ihren Ausdruck z. B. in den politischen Parteien erhalten: aber Interesse hat dabei den Sinn von „Ideologie" (auf deren Entstehungsmöglichkeiten später eingegangen wird), während Interesse in der übrigen Wissenschaft gewöhnlich nur im Sinne von *materiellem* Interesse, das man vielleicht mit Egoismus bezeichnen könnte, verstanden wird. Wenn man dagegen das

tägliche Leben der Menschen auf die Motive ihres Handelns untersucht, zeigt sich, daß das wenigste aus Interesse in diesem engeren Sinne erfolgt.

Gewohnheitshandeln

Der große Teil des menschlichen Tuns ist *Gewohnheitshandeln*. Es liegt vor, wenn der Einzelne über den Sinn und den Zweck seiner Tagesbetätigung nicht mehr nachdenkt. Unsere tausend Verrichtungen des Alltags, ein großer Teil unserer Berufsarbeit, das Grüßen, selbst die Tätigkeit in den Organisationen sind in den wenigsten Fällen immer wieder neu erlebt und bewußt gewollt.

Das andere Mal kommt Gewohnheitshandeln in Frage, wenn sich der einzelne Mensch zu seinen Handlungen bestimmen läßt, *weil sie andere auch tun*. Man tut mit, weil man sich nicht absondern will, nicht aus Herdentrieb, sondern weil es unbequem ist, anzustoßen. Wir alle handeln vielmehr aus Nachahmung, Herkommen und Brauch, als wir es ahnen, und *Sitte* und *Konvention* sind für viele Menschen sogar die wichtigsten gesellschaftlichen Gebote. Sie sind ungeschriebene Gesetze, deren Macht wir nicht unterschätzen dürfen. Viele Genossen stehen noch so sehr unter dem Bann solcher Gesetze, daß ihnen brennende Scham aufsteigt, wenn sie etwa durch den Spott der Umgebung merken, daß sie irgendwie gegen gesellschaftliche Sitten verstoßen haben. Und eine Anzahl Sozialisten kommt aus „gesellschaftlichen Gründen" nicht zur Partei. Aber während Brauch, Herkommen und Sitte sich als Normen zeigen, die *freiwillig* von den Menschen befolgt werden, ist die Konvention für das Verhalten der Einzelnen zwingend. Die Strafe für einen Verstoß gegen die gesellschaftliche Konvention bedeutet *Ausschluß* aus der Schicht, ist Verfemung. Aus diesem Grunde hatten es z. B. die oberschlesischen Gruben-, Hütten- und Werkbesitzer bis zum Kriege nicht nötig, sich straffer als durch eine ganz lose Preiskonvention zusammenzuschließen. Sie brauchten keinen vertraglichen Druck, denn viel stärker als die „Konventional"strafe wirkte der gesellschaftliche Zusammenschluß: die Besitzer waren nur ein halbes Dutzend alter Feudalherren, die

durch Generationen hindurch gesellschaftlich miteinander verbunden waren. —

Alle diese Arten eines regelmäßigen Verhaltens haben also der Wirkung nach die Bedeutung von ungeschriebenen Gesetzen, an denen sich der Einzelne freiwillig oder zwangsläufig orientiert. Sie zeigen insbesondere, wie sehr in der Praxis auch nichtlogische Handlungen wirksam werden, wie durchaus nicht nur die Vernunft oder der Verstand oder das Interesse die gesellschaftlichen Spannungen bewirkt. Natürlich bleibt zunächst die Frage offen, wie es zu Brauch, Sitte und Konvention kommt, ob hinter dem Gewohnheitshandeln nicht oft noch eine *letzte* Ursache steckt, die nicht in den Umständen des individuellen Bewußtseins, sondern in den gesellschaftlichen Tatsachen, in den Umweltbedingungen zu suchen ist. Auf diese Frage soll später eingegangen werden.

Gefühls- oder Affekthandeln

Eine mindest ebenso große Bedeutung wie dem Gewohnheitshandeln kommt dem *Gefühls-* oder *Affekthandeln* zu. Das wichtigste Herrschaftsgebiet tief eingewurzelter Gefühle ist das von Glauben und Sittlichkeit (s. auch unter „Gesinnung"), im übrigen aber liegt es in den tausend kleinen täglichen Affekthandlungen aus Liebe und Freundschaft, Haß und Rache, Genuß und Hingabe, Neid und Angst, Mitleid und Zorn, soweit sie nicht ausgesprochen bewußte Entladungen von Gefühlslagen sind. Das Gefühlshandeln ist also verwurzelt in den Trieben der Menschen. Es ist das spontane und impulsive Handeln. Es spielt eine große Rolle bei der Frage des Massenhandelns.

Verstandes- oder Zweckhandeln

Erst nach diesen beiden Arten des Handelns erhält das eigentliche Handeln aus „Interesse" Bedeutung, das immer ein *Verstandes-* oder *Zweck*handeln ist. Natürlich gibt es kein hundertprozentiges Verstandeshandeln, wie es kein reines Gewohnheits- oder Gefühlshandeln gibt. Jedes Denken hat seine gefühlsmäßige Seite, und in jedem zweckbewußten Menschen handelt zugleich ein triebhafter Mensch. Insofern spielen gerade bei dem auf *Abwägung* beruhenden Handeln immer irgendwelche Triebe oder Gefühlsspannungen und Empfindungen mit. Das Verstandeshandeln

ist dauernd mehr oder weniger mit Gefühlsbestandteilen verwachsen.

Das Verstandeshandeln ist stets auf einen Zweck oder auf einen Erfolg gerichtet. Es wägt unter möglichster Ausschaltung von Empfindung und Gewohnheit die Mittel gegeneinander ab und versucht die Wirkung des Handelns vorauszuberechnen. Der typische Interessenmensch ist z. B. derjenige Unternehmer, der sein Tun ausschließlich dem erwerbswirtschaftlichen Grundsatz unterordnet: mit dem denkbar geringsten Aufwand an Mitteln einen Ueberschuß zu erzielen. Für das Interessenhandeln ist typisch ein *gewohnheitsmäßiges* Anpassen an die gesellschaftliche Umgebung. Es erstrebt, letzten Endes zweckbewußt, einen möglichst reibungslosen und kraftsparenden Erfolg.

Daraus geht hervor, daß das Interessenhandeln immer an der eigenen Person oder der eigenen Gruppe orientiert ist, und die Arbeiterbewegung ist insoweit eine „Interessen"bewegung, als sie nur eine wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterschaft — die an sich schon ungeheuer wichtig ist — erstrebt. Aber die Arbeiterbewegung ist und will viel, viel mehr als Interessenbewegung sein. Wenn der Marxist von „Interesse" spricht, meint er den Kampf um eine *gerechte* Gesellschaftsordnung — ein Ziel, das also weit über die *einzelne* Besserstellung hinausgeht — und er selbst hat für den, der nur die persönliche Besserstellung will, das Wort vom Leib- und Magensozialismus erfunden. Weil aber die Arbeiterbewegung ihren eigenen Kampf oft selbst mit dem „Interesse" begründete, hat der Gegner diese Begründung dazu benutzt, die Arbeiterbewegung des „krassen Materialismus" zu zeihen. Er faßte „Interesse" im ausschließlichen Sinne des Zieles einer lediglich materiellen Besserstellung. Jenes „Interesse" der Arbeiterbewegung ist vom wissenschaftlichen Sozialismus aber nicht als persönliches „ökonomisches" Interesse gemeint, sondern als das *Lebens*interesse einer ganzen Schicht, in der nicht Jeder einzeln seinen Aufstieg erstreben will, sondern die ganze Schicht. Diese Schicht wiederum kann nur aufsteigen, wenn jeder Einzelne

sein Wohl und seinen Willen dem der ganzen Schicht unterstellt. Sie führt zugleich einen *moralischen* Kampf um eine höhere, bessere Gesellschaftsordnung, die *alle* Menschen umfassen soll.

Werthaftes Handeln

Wenn sich der Einzelne mit seinem Wohlergehen einem Größeren unterordnet, wenn ihm für das Handeln ein Drittes, Höheres, Besseres, ein bestimmter Wert zum Maßstab dient, dann kann man nur vom *werthaften* Handeln sprechen. Wenn z. B. von einem „Idealisten" die Rede ist, so denken viele an einen „Schwärmer", der die „Wirklichkeit nicht kennt" und ob dessen mitleidig belächelt wird, wenngleich man ihm neugierige Liebe, Achtung und Verehrung zollt. In Wirklichkeit ist ein richtiger Idealist ein Mensch, der in Form einer Ueberzeugung einen höchsten *Wert* hat, dem er alles unterordnet, dem er sich *aufopfern* kann. Ein solcher höchster Wert liegt bei einem echt religiösen Menschen vor; er liegt auch bei dem Menschen vor, der bereit ist, dem *Sozialismus* Familie, persönliches Wohlergehen, Reichtum, Ehre, Aemter, wenn es nötig ist, aufzuopfern. Seine sozialistische Ueberzeugung bleibt ihm der höchste, unantastbare Wert. Der Arbeiter, der zu Beginn des Krieges seiner Einberufung Folge leistet, weil er sonst bestraft wird, handelt interessenmäßig. Es ist der für ihn persönlich günstigere Weg. Er hat hier wenigstens die Chance, wiederzukommen. Der Arbeiter, der getreu seiner Ueberzeugung den Kriegsdienst verweigert und damit Erschießung oder Zuchthaus riskiert, handelt werthaft. Diese Ueberzeugung braucht nicht auf einer Erkenntnis zu beruhen, einer Verstandestätigkeit entspringen, sie kann erahnt oder gefühlsmäßig erfaßt sein und hat sogar in vielen Fällen dann mehr Kraft als bei dem lediglich aus „Einsicht", aus rationaler Erwägung Sozialist Gewordenen. Das Entscheidende ist, daß jeder letzte Wert *axiomatisch* ist. Er ist nicht rationaler Kritik oder wissenschaftlicher Feststellung zugänglich; er ist eine Frage unmittelbaren persönlichen Erlebens. Der Wert ist Gestaltungsprinzip.

Das werthafte Handeln kann also rationaler oder emotionaler (gefühlsmäßiger) Natur sein. Im Grunde müßte jedem Menschen,

der sich zur sozialistischen Bewegung bekennt, der Sozialismus höchster Wert werden, dem er alles unterzuordnen bereit ist. Das werthafte Handeln ist die höchste Form des Handelns, die ein Mensch erstreben kann. —

Zusammenfassung

Von außen ist nicht immer zu erkennen, nach welcher dieser vier Arten ein Mensch in einem bestimmten Falle handelt, zumal es Uebergangs- und Zwischenformen gibt. Diese Arten des menschlichen Handelns sagen außerdem noch nichts darüber aus, *welche* Gefühlslagen bei dieser und jener Schicht vorherrschen, *welche* Gewohnheiten, *welche* Werte im Kampfe der Arbeiterbewegung den Ausschlag geben [4]). Dies zu untersuchen liegt vorderhand außerhalb des Zweckes dieser Darstellung. —

Unsere Darlegungen bieten die Grundlage für die Einsicht in das Wesen des „Massenhandelns".

c) Das Massenhandeln.

So wie das menschliche Zusammenleben nicht lediglich zu erklären ist aus den Gesetzen, denen der Einzelne unterworfen, so ist auch das Massenhandeln nicht die Summe des Handelns der Einzelnen. Es gibt eine relativ große Literatur über „Massenpsychologie", „Massenaktionen" und ähnliches, der gerade heute ein großes Interesse zufliegt und die es sich zur Aufgabe gestellt hat, die Massen„gesetze" herauszuarbeiten, Gesetze also, die immer zutreffen sollen, wenn irgendwo und -wann Masse handelt. Die meisten dieser Untersuchungen begehen den Fehler, daß sie nur *die* Masse sehen. *Die* Masse gibt es aber nicht, und daher gibt es auch nur einige wenige mehr formale „Gesetze", die auf jede „Masse" zutreffen.

Menge und Masse

Die Masse ist zu unterscheiden von der Menge. Die Menge besteht aus einer ungeordneten Menschenvielheit, die zufällig zusammenläuft. Keiner kennt den Anderen. Es gibt keine Gemeinsamkeit, die Alle angeht. Eine Masse dagegen ist eine ungeordnete Menschenvielheit, die spontan zu irgendeiner Gemeinsamkeit zu-

sammengeführt wird. Diese Gemeinsamkeit kann ein gleiches Erlebnis sein, das sich sofort in Handeln auslöst. Sie kann rein formal sein, also eine völlige seelische Isoliertheit der Einzelnen bestehen lassen. Daß bei Theaterbesuchern eine Erlebnisgleichheit besteht, wird man nur formal sagen können, denn auf Jeden wirkt das Stück anders. Alle werden aber zusammengeführt durch die gemeinsame Absicht. Untereinander bleiben sie seelisch isoliert. Die Masse, die den Wiener Justizpalast in Brand setzte, war von einer gemeinsamen Empörung über die Klassenjustiz erfaßt, die teils bewußt, teils aus den Gesetzen der Massenaktion (auf die noch eingegangen wird), gesteigert wurde, alle Hemmungen ausschaltete.

Masse und Verband

Die Masse, von der hier die Rede ist, unterscheidet sich von einem gesellschaftlichen Verband dadurch, daß das Handeln der Glieder nicht aufeinander eingestellt ist, daß sie keine Verbandsordnung hat und vor allem kein Vertretungsorgan kennt, das in ihrem Auftrage und für sie verbindlich handelt, sondern sie ist Einheit in der — spontanen — Tat. Jede handelnde Gruppe ohne „Teilbewußtsein" ist in diesem Sinne Masse.

Masse und Führer

Gewöhnlich wird der Begriff Masse noch in einem anderen Sinne gebraucht, nämlich „Masse" im Gegensatz zum „Führer". An sich stehen Masse und Führer nicht im Gegensatz, wenn es sich um den „Führer" handelt, der als Beauftragter fungiert, eine Vertretungsfunktion inne hat. Aber es gibt noch den Führer, der als Prophet oder *Persönlichkeit* Andere zu sich hinzureißen vermag. Von da aus gesehen ist Masse alles, was *nicht Persönlichkeit* ist, ganz gleich, ob es sich um ein zielgerichtetes oder spontanes Verhalten, um eine organisierte Gruppe oder um eine ungeordnete Menschenvielheit handelt. Insofern kann es Masse auch innerhalb der Organisation geben. Dieser Begriff der Masse, der auch nicht das *räumliche* Versammeltsein zum Kennzeichen hat und nicht auf ein Handeln tendiert, schaltet bei der Frage nach Gesetzen des Massenhandelns aus.

Die Massenpsychologie

Wenn man im Aufsuchen von „Gesetzen des Massenhandelns"

lediglich den Psychologen folgt, die nur das geistige und seelische Verhalten irgendeiner räumlich versammelten Menschenvielheit im Auge haben, ohne die soziologischen Bedingungen und Zustände zu beachten, dann sieht man als erstes, daß in der Masse das ethische und logische Urteilsvermögen herabgesetzt wird. Diese Tatsache ist entschieden richtig. Wer erinnert sich nicht der Demonstration, in deren Verlauf es zu Zwischenfällen kommt, wo man sich plötzlich bei einem Verhalten entdeckt, zu dem man als Einzelner nie fähig gewesen wäre? Wenn eine ungeordnete Vielheit in Gefahr gerät durch die Drohung von Polizeibeamten, kann sie zur Gruppe werden, indem ihr die Tatsache, daß sie als Ganzes behandelt wird und erscheint, und als Ganzes zu handeln fähig ist, bewußt wird. Ihr logisches und ethisches Urteilsvermögen kann im guten und im nachteiligen Sinne herabgesetzt werden, sie kann brutal niederreißen und auch fähig sein zu schönster Hingabe.

Aber in der *Erklärung* dieser Tatsache und vieler anderer Erscheinungen gibt es die kuriosesten Auffassungen. So ist z. B. einer der bekanntesten „Massenpsychologen", dessen Buch noch heute weitverbreitet ist, *Le Bon* [5]), der Meinung, daß sich die in Aktion befindliche Masse in einem wirklichen *hypnotischen* Zustande befindet. Er sagt Seite 17: „Die Hauptmerkmale des in der Masse befindlichen Individuums sind mehrfach: Schwund der bewußten Persönlichkeit, Vorherrschaft der unbewußten Persönlichkeit, Orientierung der Gedanken und Gefühle in derselben Richtung durch Suggestion und Ansteckung, Tendenz zur unverzüglichen Verwirklichung der suggerierten Ideen. Das Individuum ist nicht mehr es selbst, *es ist ein willenloser Automat geworden.*" Der Einzelne wird also nicht etwa mit einem hypnotischen Zustand verglichen, sondern sein Zustand wird für hypnotisch erklärt. Das Verfahren des Hypnotiseurs gegenüber seinem Objekt ist Ablenkung und Fesselung der bewußten Aufmerksamkeit. Der Hypnotiseur vermeidet es, das bewußte Denken seines Objektes auf seine Absichten zu richten, weil es sich dadurch ganz auf den Hypnotiseur konzentriert.

Wenn diese Erklärung des Massenhandelns stimmt, dann müßte es Aufgabe des aus guten oder schlechten Motiven zur Herrschaft strebenden Einzelnen sein, sich diese gefährliche Kunst der Massenbehandlung vor allem anderen anzueignen. Und die Arbeiterschaft hätte nichts besseres zu tun, als sich vor jeder Massenaktion zu hüten, denn Hypnose ist Willensaufgabe, die Arbeiterschaft aber braucht zielgerichtete Aktion, in der der Wille jedes Einzelnen nicht nur erhalten, sondern gesteigert wird. Sie braucht gerade das Gegenteil einer Ablenkung und Fesselung der bewußten Aufmerksamkeit!

Schon aus diesen Bemerkungen geht hervor, warum es geboten ist, auf die Frage des Massenhandelns hier etwas ausführlicher einzugehen. Einmal ist die „Kunst der Massenbehandlung" eine wichtige Frage der Werbung, auf der anderen Seite spielt die „Massenaktion" von je in der Arbeiterbewegung eine Rolle, und die verantwortlichen Beauftragten müssen wissen, was sie von einer Massenaktion erwarten können, welche Gefahren drohen und welche Erfolge im besten Falle möglich sind.

Organisierte und spontane Aktion

Aber freilich schon hier wird Jedem klar sein, daß eben ein Unterschied zu machen ist zwischen jenen Massenbewegungen, die spontan entstehen und den *organisierten und geleiteten* Massenaktionen, vor denen als letztes Mittel des Machtkampfes auch die Arbeiterschaft nicht zurückschreckt. Was Le Bon mit „Massenaktion" beschreibt und was sich z. B. Sombart unter den „Massenexplosionen" vorstellt, schildert und erklärt das Verhalten derjenigen Masse, die wir oben als zufällig zusammengelaufene gekennzeichnet haben. Diese Masse hat Gemeinsames, aber sie hat kein Ziel, keinen *Sinngehalt*. Sie kann eine soziologische Funktion haben, aber sie wirkt negativ und niederreißend. Bei jeder unorganisierten Masse fällt das Verantwortungsgefühl weg. Nichts ist vorbedacht bei ihr. Sie ist unfähig zum Dauerwillen.

Der Schriftsteller und der Wissenschaftler, der nur diese beschriebenen Massenaktionen kennt, übersieht zudem, daß es eine

Bewegung der Masse, eine „Dynamik" gibt, deren Richtung nicht nur von der äußeren Leitung und Organisation, sondern von der inneren Grundströmung abhängig ist. Je stärker nämlich die Gleichartigkeit einer Masse in der Richtung auf ein gemeinsames Bewußtsein hin wird, desto relativer werden jene *psychologischen* Erklärungen und Ratschläge.

Mit psychologischen „Gesetzen des Massenverhaltens" eine soziale Bewegung, einen Aufstand, eine Revolution zu analysieren, ist für den Marxisten ein Unding. *Keine* Bewegung kann lediglich aus solchen Analysen *erklärt* werden. Die Massenaktionen in der Revolutionszeit sind nicht erklärbar, ohne daß die sozialen Gebilde, die der Gegenstand des Angriffes waren, sinnlos geworden wären und ohne daß nicht ein neuer, *bestimmbarer* Wert als Triebkraft den Impuls gegeben hätte. Auch dieses Beispiel zeigt, daß die rein psychologische Betrachtung hier sinn- und zwecklos ist.

Natürlich weist auch die organisierte und planvoll geleitete Massenaktion Erscheinungen auf, die der besonderen Gesetzlichkeit der Individuenvielheit entsprechen, denn erstens sind nie alle Teilnehmer an den organisierten Aktionen gleich zielbewußt und diszipliniert. Es gibt viele Mitläufer. Und zweitens treten Handlungen ein, die dem gewohnten Denken des Einzelnen oft fernliegen oder seinen sonstigen Bindungen in sozialen Gruppen widersprechen. Bei jeder Art Massenhandeln sind zeitweise alle Elemente der Persönlichkeit Einzelner bis auf *eine* Seite stillgelegt, es versinkt das Einzelbewußtsein im Massenerlebnis, zumal es wohl ein Massenfühlen und Massenwollen, nicht aber ein Massendenken gibt [6]). —

Für die Beurteilung der Willensbildung und des Gesamthandelns der organisierten Gruppen spielen noch Tendenzen eine Rolle, die ihre Ursachen in der Eigenart und der Struktur der kapitalistischen Gesellschaftsordnung haben und die alle gesellschaftlichen Gebiete durchdringen, denen insofern auch jede größere Organisation unterworfen ist. Auf sie müssen wir im nächsten Kapitel eingehen.

Das Apparathafte der Organisationen.

a) Die Tendenz zur Vorausberechenbarkeit.

In der kapitalistischen Gesellschaft herrschen die Dinge über den Menschen. Die Dinge werden nicht mehr hergestellt, um den Umkreis des persönlichen Lebens zu erweitern, sondern sie entstehen, um verwertbar ausgetauscht zu werden. Ihr Sinn ist nicht die denkbar beste Versorgung der Menschen aus einem Gemeinschaftsverhältnis heraus, sondern durch Kauf und Verkauf Profite zu schaffen. Der Verwertungsgrad des Kapitals und die Austauschfähigkeit einer Sache entscheiden darüber, ob sie hergestellt wird.

So wird die „Warenform" zum entscheidenden Strukturprinzip des Kapitalismus. Sie durchdringt alle Lebensäußerungen der Gesellschaft. Der Tausch bleibt in *allen* Sphären der einzige Vermittler des gesellschaftlichen Zusammenhanges. Die Ware begründet Herrschaft. Wer Waren besitzt — sei es in Geld- oder anderer Form —, vermag soziale Macht auszuüben. Die Ware wird zum Symbol für alle Art des Lebens.

Die Ware entsteht im Betrieb. Der Betrieb ist nicht denkbar ohne Spezialisierung und ohne Rationalisierung. Die Spezialisierung bedeutet die zweckmäßigste Zerlegung des Arbeitsvorganges in Teilverrichtungen; die Rationalisierung kommt in ihrer allgemeinsten Form zum Ausdruck in dem Streben nach letzter und höchster Kalkulierbarkeit der Einzelteile und -abteilungen. Das sind die beiden Wurzeln der *Bürokratie*, des Apparathaften *jeder* kapitalistischen Organisation.

Weil der Aufbau des modernen Betriebes am deutlichsten diese Wesensmerkmale des gesellschaftlichen Lebens zeigt, gehen wir

etwas ausführlicher auf ihn ein. Hören wir vorerst die typischen Vertreter moderner „Betriebssysteme".

Henry Ford[7]) sagt darüber: „Ein Riesenunternehmen ist zu groß, um menschlich zu sein. Es wächst derart, daß es die Persönlichkeit des Einzelnen erdrückt. In einem großen Unternehmen verschwindet die Gestalt des Arbeitgebers wie des Arbeitnehmers in der Menge."

Ebenso treffend kennzeichnet *Taylor*[8]) den modernen Betrieb: „Bisher stand die Persönlichkeit an erster Stelle, in Zukunft wird die Organisation und das System an erste Stelle treten." Mit anderen Worten: der moderne Betrieb wird ein ausgeklügeltes System von sachlichen Beziehungen, das sich unabhängig von dem jeweiligen Inhaber Zwecke setzt, Mittel wählt und auch den lebendigen Menschen in seinen Bann zwingt. Dieses System von zweckmäßigen Verhaltungsmaßregeln zur Erzielung einer guten Rentabilität ist nicht mehr an die Person gebunden. Es ist übertragbar und erwerbbar. Die persönlichen Erfahrungen sind in der Betriebswissenschaft objektiviert. Die Organisation wird ein Gefüge, das sich in hohem Maße eigengesetzlich, also nahezu unabhängig vom Menschen bewegt. Nicht, daß der Mensch ausgeschaltet wird: das System braucht eine höhere Intelligenz als früher, aber alle Intelligenzen sind Räder im großen Uhrwerk, denen das Tempo und das Betätigungsfeld vorgeschrieben wird.

In einem solchen Betriebe waltet eine Arbeitsteilung, die pyramidenförmig ineinandergreift und durch eine Unzahl von Leitungsfunktionen zu ihrer Vereinigung in der Spitze kommt. So etwa hat der Meister oder der Gruppenführer die erste Leitungsfunktion; er ist für seine Gruppe verantwortlich. Den Meistern oder Gruppenführern steht der Obermeister vor, diesem vielleicht ein Betriebsingenieur. Die Betriebsingenieure stehen unter dem Kommando des Oberingenieurs, und schließlich ist der Betriebsdirektor derjenige, bei dem die Fäden der technischn Abteilung zusammenlaufen. Durch seine „Dispositionen" kann er die Richtung und das Tempo der Arbeit bestimmen. Aber auch jede Pyra-

midenspitze unter ihm bis herab zum Meister hat im Rahmen ihrer Abteilung Kommandogewalt; *jede* Leitungsfunktion ist eine Herrschaftsfunktion! Jede gibt die Möglichkeit, „Untergeordnete" zu schikanieren, in irgendeine Abhängigkeitsform zu bringen. Die Spitze verfügt über die Summe alles Wissens, das im Betriebe angewendet wird.

Jede Leitungsfunktion wird gleichzeitig zur Einkommensquelle, und je höher der Standort in der Pyramide, desto größer das Einkommen. Es gibt sehr viele im Angestelltenverhältnis ausgeübte Leitungsfunktionen, die mehr einbringen als die Produktionsleitung kleinerer Betriebe, und daß solche Tatsachen bei der Bewußtseinsbildung dieser Schichten eine Rolle spielen, leuchtet ein. (Diese Gruppen bilden einen Teil des sogenannten neuen Mittelstandes.)

Die Aufspaltung der Gesamtarbeit in Teiloperationen verwirrt und kompliziert den Aufbau derart, daß es dem einzelnen Arbeiter unmöglich wird, von seinem Platz aus das Ganze noch zu überschauen. Jeder erhält nur mehr einen Teileinblick. Er weiß bestenfalls, was in seiner Abteilung vorgeht. Auch jeden Kommandeur kümmert nur die eigene Abteilung. Seine vorgeschriebenen *Normen*, die aus Rechten und Pflichten bestehen, sein kleines Ressort werden ihm zum Selbstzweck, und wehe, wenn eine andere Abteilung ihre Kompetenzen überschreitet, wenn sie sich erkühnen sollte, sich in das andere Ressort einzumischen!

Ein normaler Großbetrieb hat infolgedessen ein ganzes System von Normen und Rechtsordnungen, die ein Einzelner nicht mehr übersehen kann. Solche Rechtsordnungen im Betriebe sind: der Gesellschaftsvertrag, die Statuten für die Generalversammlung, die Geschäftsanweisungen für die Direktion, die allgemeinen Anweisungen für die Angestellten, die Arbeitsordnung, die allgemeinen Arbeitsanweisungen über die inzelnen technischen Abteilungen oder Maschinen. Dann kommen die Sonderanweisungen für jede Abteilung über Berichterstattung, Arbeitsgang und Geheimhaltung von bestimmten Dingen. Schließlich sind auch die

Verträge der Geschäftsreisenden und der Außenvertreter solche Normen und Rechtsordnungen.

Dieses Unpersönlichwerden der Arbeit und das Verschwinden des Ueberblickes wäre nicht möglich, wenn nicht jenes bedeutende Gesetz alle diese Arbeit beherrschte: Jeder Einzelteil steht unter dem Gesetz der *Kalkulation*, jede Abteilung wird *berechenbar*. Der Meister kann sagen, in welcher Zeit 100 Tischbeine gedreht werden; der Oberingenieur weiß, wieviel Rechenmaschinen am Tage fertig werden können und wieviel Kraftverbrauch und Lohnarbeit dazu erforderlich sind. Der Prokurist der kaufmännischen Verwaltung kann angeben, wieviele Briefe seine Stenotypistin am Tage aufnehmen und schreiben kann und wieviel Zeit der Buchhalter durchschnittlich für 100 Buchungen braucht. Alles unterliegt dem Gesetz der Kalkulation, nicht der nachträglichen, sondern der *im voraus* abschätzbaren Berechnung. Je stärker in einem Betriebe dieses Prinzip der *Vorausberechenbarkeit* angewendet wird, als desto „besser organisiert" gilt er. Und je größer der Betrieb wird, je mehr Filialen er angliedert, desto stärker muß er die Vorausberechenbarkeit durchführen. Die Vorausberechenbarkeit

Wer nun glaubt, daß diese Gesetze, die sich hier für den inneren Aufbau des kapitalistischen Betriebes zeigen, nur für diesen gelten, der irrt gewaltig. Hier sind diese Erscheinungen nur am auffälligsten und am fühlbarsten und wissenschaftlich am stärksten bearbeitet. In Wirklichkeit beherrschen sie das *gesamte* gesellschaftliche Leben unserer Zeit, ganz gleich, ob es sich um Justiz oder Kunst, um Politik oder Wissenschaft, um Bildungsbetrieb oder um Lebensführung handelt. Ueberall hat sich mit dem Prinzip der Arbeitsteilung unter Auflösung in Einzelfunktionen die Tendenz zur Vorausberechenbarkeit jeder Handlung und jedes Erfolges durchzusetzen versucht. Ueberall hat die Auflösung in Einzelteile eingesetzt. Damit ist die Abtrennung des Einzelteiles vom wirklichen *Wesen* der Dinge eingetreten, alles ist „entpersönlicht", ist versachlicht, ist unüberschaubar geworden.

Beispiel: Kunst

Einige Beispiele aus den verschiedensten Gebieten mögen diese Behauptungen stützen. Wenn wir etwa die letzte Hälfte des vorigen Jahrhunderts in bezug auf *die Kunst* betrachten, dann zeigt sich, daß es wohl viele Kunstwerke gab, aber daß diese in keiner Beziehung mehr zu den Menschen standen. Sie wurden in Museen aufbewahrt, und ihre Form war Lüge. Zwar sollte es Wahrheit sein, es sollte sogar Revolution bedeuten: Man malte so wie es in Wirklichkeit war, getreu seinen „Impressionen", ob es Landschaften oder Handwerksbilder waren — aber man malte, ohne daß etwas dahinterstand, ohne daß das Ganze zum Wesensausdruck wurde: Es waren Motive, keine Wesenheiten, es waren Farb-, Licht-, Bewegungsstudien, nicht Ausdruck einer Haltung oder Gesinnung. Es waren Momentaufnahmen, mit höchster Technik und Berechnung, formvollendet, aber es stand nichts Tieferes, kein Sinn mehr dahinter.

Auch heute noch ist die Kunst ein Objekt der Bauindustrie, des Gewerbes und der Reklame. Man fragt nicht mehr nach dem Sinn, sondern nach dem Zweck. Sie steht unter dem Gesetz der Wirkung. Ihre Entwicklung steht unter dem Zeichen der Kalkulation. (Die „neue" Strömung, die schon in der Vorkriegszeit eine Abkehr von der Verstandesmalerei versuchte und die zum Teil die Arbeiterschaft für sich reklamierte, ist zum großen Teil noch alte Kunst. Denn in vielen Fällen ist das Proletariat dabei *Objekt* der Kunst geblieben, nämlich dort, wo die Kunst einfach ihre Bedürfnisse nach interessanten realistischen Impressionen dadurch befriedigt, daß sie auch die Realität Arbeiterschaft zum Motiv macht.)

Beispiel: Recht

Noch deutlicher wird die Tendenz zur Vorausberechenbarkeit im *Rechtsleben*. Die Aufgabe des Gesetzesfabrikanten ist, möglichst alle denkbaren „Fälle" von Rechtsübertretung, die irgend eintreten können, vorher in Paragraphen einzufangen und für ihre Verletzung Strafmaßnahmen vorzusehen. Der Einzelne kann im voraus berechnen, welche Strafe ihn bei dieser oder jener Uebertretung erwartet. Die Urteilsfällung geschieht nicht mehr durch

Rechtsfindung, wie es bei den Alten der Fall war. Sie ist so gut wie nicht mehr auf den persönlichen Fall zugeschnitten. Die „Gerechtigkeit" ist in feststehenden Sätzen versachlicht. Es besteht für den Richter eine Auslegungsfreiheit lediglich in bestimmten Grenzen. Seine „Findung" erstreckt sich nur auf die „Lücken" der Gesetzgebung. Das Ideal eines solchen heutigen Juristen hat Max Weber gekennzeichnet, indem er vom Paragraphenautomat sprach, in den man oben die Akten — und die Gebühren natürlich — hineinwirft und der unten das Urteil mit den mehr oder weniger stichhaltigen Begründungen ausspeit.

Beispiel: Wissenschaft

Selbst die *Wissenschaft* unterliegt den Tendenzen zur Vorausberechenbarkeit. Als Wissenschaft gelten ja seit über 100 Jahren sowieso nur die „beweisbaren" Wahrheiten. Die Wissenschaft des Kapitalismus entspricht dem naturwissenschaftlichen Denken. Sie arbeitet mit der Analyse und sucht Gesetze. Sie abstrahiert vom Individuellen und übersieht die Gestalt. Sie zerlegt die gestaltlosen Vielheiten in berechenbare Einzelteile und bindet die „Fächer" formal in einem „System" aneinander. Und auch, wo sie „die Gesellschaft" erfaßt und die Geschichte einbezieht, sucht sie „Gesetze" wie bei einem physikalischen Prozeß. Diese Auflösung hat keine Grenzen. Ihre Konsequenz ist Relativierung und Zersetzung.

Wenn es vor 100 Jahren noch einige Männer gab, von denen man sagen konnte, daß sie die Wissenschaft ihrer Zeit beherrschten und übersahen, so ist das heute schon aus technischen Gründen ausgeschlossen. Zum Beispiel die Tatsache, daß eine einzige — und nicht die größte — Universität (Leipzig) über 200 Professoren zählt, von denen jeder im wesentlichen nur seine Fachwissenschaft beherrschen *kann*, zeigt die Unmöglichkeit des Ueberblickes mit Hilfe dieser Art Wissenschaft. Jeder muß Resultate von allen Anderen übernehmen, keiner kann selbst die volle Uebersicht erhalten.

Selbst die Philosophie, deren Funktion eine Zusammenfassung der Resultate sein soll, ist zur Fachwissenschaft geworden. Sie hat sich aufgelöst in Erkenntnistheorie und Logik. Sie hat ihre

frühere Zielsetzung aufgegeben und will nur „verstehende Philosophie" sein, die als einzige Aufgabe die geschichtliche Darstellung der früheren philosophischen Systeme sieht.

Die Wissenschaft als Ganzes ist also ebenso aufgelöst in Einzelteile, sie ist als Ganzes unüberschaubar geworden. Ihre Einzelwissenschaften sind nur formal systematisiert, und der charakteristische Ausdruck dafür im praktischen Leben ist die Weltuntergangsstimmung, die sagt: alles ist relativ, es kommt auf den Standpunkt an. (Daß seit der Jahrhundertwende als Abkehr eine ganze Reihe Gegenströmungen hierzu sich durchsetzten, soll hier nur erwähnt werden. Wir kommen später darauf zurück.)

So ließen sich aus *allen* Gebieten des gesellschaftlichen Lebens Beispiele anführen, die Folgen des „Rationalismus", Ausdruck der „Versachlichung" oder der Tendenz zur Vorausberechenbarkeit sind — ob es der Arzt ist, der den Patienten nicht als Mensch sieht, sondern ihn höchstens als „interessanten Fall" behandelt; ob es der Architekt ist, der Wohnungen um des Verdienstes oder um ihrer selbst willen baut ohne Zusammenhang mit den Menschen, die darin wohnen und leben sollen; ob es die Politik ist, in der nicht Personen, sondern Maßnahmen das Interesse der Wähler oder der gesellschaftlichen Gruppen fesseln sollen — überall setzt es sich durch.

Beispiel: Bürokratie

So ist es selbstverständlich, daß die Tendenz zur Vorausberechenbarkeit auch in der organisierten gesellschaftlichen Gruppe gilt, wo sie schlechthin Ausdruck findet als „Bürokratie". Unter Bürokratie wird hier also nichts anderes verstanden als jenes „Stufenleitersystem" eines gesellschaftlichen Verbandes, das wir so ausgeprägt im modernen Betrieb kennengelernt haben. Sie ist ein System von Unter- und Ueberordnungen mit abgetrennten und berechenbaren Abteilungen, mit einem eigengesetzlich nach vorgeschriebenen Normen laufenden „Apparat".

Die Bürokratie der Verwaltung ist somit grundsätzlich nicht verschieden von der Bürokratie im kaufmännischen Betriebe. Sie ist im *Wesen* gleich beim Staat, bei der Gewerkschaft, beim Unter-

nehmerverband und beim Industriebetrieb. Kein großer gesellschaftlicher Verband kann sie entbehren, auch nicht derjenige, der als Gegner dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung auftritt und jene einseitigen Folgen der Vorausberechenbarkeit verhindern will. Er ist ihr deshalb in hohem Maße unterworfen, weil er unter den Kampfbedingungen dieser Gesellschaft steht. Denn eine Organisation mit einem bürokratischen Apparat, wie er eben geschildert wurde, *ist jeder anderen Form von Organisation weit überlegen.* Schon um der Entfaltung der höchsten Schlagkraft willen muß die beste Form der Organisation gewählt werden. Eine einmal voll durchgeführte Bürokratie gehört zu den sozialen Gebilden, die am allerschwersten zu zertrümmern sind, denn der „Apparat" arbeitet für Jeden, der sich in der Spitze seiner bemächtigt; im übrigen aber absolut unabhängig vom einzelnen Arbeiter und Beamten, sachlich und objektiv, denn jeder Teilarbeiter hat nur die Pflichten und Aufgaben zu erfüllen, die ihm in den Statuten, in den Arbeitsanweisungen und anderen Normen vorgeschrieben sind. Um anderes hat er sich nicht zu kümmern.

Bürokratie und Arbeiterbewegung

Also, auch die Arbeiterschaft kann ohne Bürokratie, ohne „Apparat" nicht auskommen. So selbstverständlich das manchem erscheinen mag, so wenig ist es doch einem großen Teil selbst der wichtigsten Beauftragten der Arbeiterbewegung in aller Tragweite und Konsequenz klar. Als der Verfasser vor einiger Zeit dem verantwortlichen Angestellten eines großen Gewerkschaftskartells als Vortragsthema vor einer Mitgliederversammlung vorschlug „Bürokratie und Arbeiterbewegung", da lehnte dieser entrüstet mit dem Bemerken ab: „Um Gottes willen, dann geben wir doch zu, daß es in der Arbeiterbewegung eine Bürokratie gibt."

Auf der anderen Seite sieht ein großer Teil der Mitglieder in der eigenen Bürokratie nur das Hemmnis einer neuen Schicht innerhalb der Arbeiterbewegung, die durch ihre „Pfründen" ein Interesse an der Organisation als Selbstzweck erhalten haben. Viele übersehen bei diesen Auseinandersetzungen, welche Wandlung in

dieser Hinsicht der innere Aufbau der Arbeiterbewegung seit ihrem Bestehen durchgemacht hat.

Wandlung der Organisationsstruktur

Partei und zum Teil auch die Gewerkschaftsbewegung besaßen ursprünglich keinen bürokratisch gegliederten und hauptberuflich verwalteten Apparat. Die Abgeordneten, frei gewählt, übten ihre politische Tätigkeit im Nebenberufe aus. Damals waren Partei und Gewerkschaften gegründet auf ein vom gegenseitigen Vertrauen getragenes Zusammengehörigkeitsgefühl, dessen Echtheit und Stärke Jeder immerwährend durch die Tat zu beweisen hatte. Infolgedessen wurden z. B. in der englischen Gewerkschaftsbewegung zur Leitung und zur Ausübung aller wichtigen Funktionen nach und nach alle Mitglieder herangezogen in der Reihenfolge, wie ihr Name in der Mitgliederliste stand [9]). Wenn möglich, sollten alle Mitglieder an den Verwaltungs- und politischen Funktionen tätigen Anteil haben. Vieles von dieser Form hat sich bis in die nachfolgenden Jahrzehnte erhalten.

Heute ist diese *nur* auf freiwillige und ehrenamtliche Mitarbeit gegründete Form der Organisation für die Arbeiterbewegung undenkbar. Ihre Aufgaben sind so vielfältig geworden, daß der „Apparat" nicht entbehrt werden kann. Und da die Nachkriegszeit die Einzelaufgaben vervielfachte, kann man gegenüber der Zeit vor 1914 kaum noch von einem Gradunterschied sprechen, was diesen inneren Aufbau anlangt.

Die Funktionsteilung in der Arbeiterbewegung ist mit ihrer zunehmenden Größe so stark geworden, daß längst der pyramidenförmige Aufbau und ein Berufsführertum eingezogen sind. Um die Aufgaben zu bewältigen, *müssen* immer mehr Arbeiter „freigestellt" werden. Die Arbeit des Kassierers hat sich genau so als Beruf verselbständigt, wie die „Interessenvertretung" bei den Gewerkschaften. Es gibt den Außenbeamten, den Tarif- und Arbeitsrechtsfachmann, den „Sekretär", den Bildungsfachmann, den Jugendleiter, den berufsmäßigen Vorstand, den berufsmäßigen Abgeordneten in den Parlamenten, den Lokal-, Feuilleton-, Gewerkschafts-, politischen Redakteur, und bald wird sich diesen

auch der Werbefachmann und der Agitationsfachmann zugesellen müssen. Wie hoch die Zahl der Berufsbeamten ist, zeigt das Beispiel, daß die freien Gewerkschaften vor Kriegsausbruch 2900 Lokal- und Zentralbeamte angestellt hatten. Heute dürfte ihre Zahl etwa 4500 betragen. Und die Parteibeamten und Berufsparlamentarier sind die wichtigsten Träger der öffentlichen Parteiwerbung geworden.

Gefahren

Es ist klar, daß auch alle diese Einzelfunktionen die *Tendenz* haben müssen, sich zu verselbständigen, daß manche Arbeit zum Selbstzweck wird, weil nicht nur Versammlungsleitung, sondern auch Kampfführung und Wahlbewegung in hohem Maße zur *Technik* werden. Das Einzelmitglied wird dadurch fast zum Zuschauer. Es kann nie einen vollen Ueberblick über die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse erhalten. Es kann selten von sich aus handelnd eingreifen. Es hat gewöhnlich nur die Freiheit, abgelaufene Ereignisse zu beurteilen. Was ihm mitgeteilt wird, ist eine *Auswahl*, die mehr oder weniger von der subjektiven Beurteilung ihrer leitenden Genossen abhängt. Wie sollte es auch anders möglich sein, wenn täglich über 3000 bürgerliche und fast 200 Arbeiterzeitungen in Deutschland erscheinen!

Wenn die Arbeiterbewegung auf den „Apparat" nicht verzichten kann, muß sie dann auch den Gesetzen des Apparates unterliegen? Die Gefahr besteht! Aber es gibt genügend Wege, die es verhindern können, wenn sie zu gehen jeder Einzelne als *Aufgabe* empfindet.

Zunächst liegt der Unterschied gegenüber fast jeder anderen Bürokratie darin, daß die Verbände der Arbeiterbewegung auf einer freiwilligen Gefolgschaft beruhen. Die Anhänger müssen jederzeit bereit sein, Opfer zu bringen. Nicht Zwang des Apparates hält sie zusammen, sondern freiwillige Hingabe an eine Idee (siehe darüber unter „Gesinnung"). Jedes Mitglied hat grundsätzlich die gleichen Pflichten und das gleiche Recht. Die Verbände der Arbeiterbewegung sind *demokratisch* aufgebaut.

Freilich ist der demokratische Aufbau noch kein voller Schutz gegen die Vorherrschaft der Bürokratie. Das sehen wir in der

politischen Demokratie des deutschen Staates. Diese bleibt solange nur eine formale, eine Stimmzetteldemokratie, als es möglich ist, „Apparate" zur öffentlichen Willens- und Meinungsbildung durch Geld zu erwerben, solange das demokratische Prinzip nicht auch für das Wirtschaftsleben gilt (siehe auch unter „Presse"). — Die „Verwirtschaftlichung" der Demokratie spielt im Apparat der Arbeiterbewegung jedoch kaum eine Rolle. Deshalb kann in ihr die Demokratie reiner durchgeführt werden. Voraussetzung bleibt, daß weder Meinungsmonopole durch Zeitungen noch intransigente Willensbildung durch organisierte Gruppen *innerhalb* der Bewegung von den Mitgliedern geduldet werden!

„Erstarrung"

Der Kampf gegen die „Erstarrung" ist ein Kampf um den geistigen Gehalt. Der geistige Gehalt der Arbeiterbewegung ist die Verlebendigung der sozialistischen Gedankenwelt in eine für Jeden konkrete und greifbare Form. Der Kampf gegen die Erstarrung ist auch ein Kampf um die Handlungseinheit in der Organisation. Die Handlungseinheit ist abhängig vom richtigen Durchlauf der Meinungen, wozu an gegebener Stelle noch viel zu sagen ist.

Aus alledem folgt: Wer das Apparathafte in der eigenen Bewegung verachtet, verspottet oder bekämpft, beweist, daß ihm die einfachsten Einsichten in die gesellschaftlichen Zusammenhänge fehlen. Wer aus diesen Ausführungen ableiten will, daß diejenigen „Opfer" sind, die in der „Bürokratie" sitzen ,der muß sich selbst noch mehr bedauern, denn er ist um keinen Deut besser dran, weil heute jeder Mensch an irgendeinem Punkte in einer Bürokratie steht. Das Schimpfen auf den „Bonzen" ist Nörgelei oder negative Kritik. Sie wirkt genau so zersetzend wie das falsche Pathos dessen, der — innerlich selbst hohl und ohne Vertrauen — alles bedingungslos verherrlicht, das die Arbeiterbewegung hervorbringt. Nicht gegen den Apparat geht der Kampf — selbstverständlich gegen Auswüchse —, sondern um die Verlebendigung der sozialistischen Gedankenwelt! Erst wenn wir die großen sozialistischen Gedanken in eine so einfache und starke Form ge-

bracht haben, daß jeder Vertrauensmann den Kleinkampf um die lokalen Beschlüsse als ein Ringen um die großen Fragen wirklich wieder mitempfindet, dann wird er auch leicht den Weg zu den großen und schwierigeren Fragen des Sozialismus finden, die bisher nur ein Monopol einer kleinen Gruppe sein konnten. Dann werden wir keine Angst mehr davor haben müssen, daß der „Beauftragte" auf dem Wege des Instanzenzuges zum Aktenverarbeiter wird, dem die Flamme der Begeisterung verlöscht, weil sie an nichts Großem mehr Nahrung findet. —

Folgerungen für die Werbefrage

Die Arbeiterbewegung als Kampfverband kann nur ein *organisierter* Verband sein, dessen Schlagkraft um so stärker ist, je besser er *nach den modernsten Grundsätzen und Ergebnissen der Organisationslehre aufgebaut ist.* Mit anderen Worten: Sie muß den Aufbau der Organisationen studieren, die sie bekämpfen will. Sie muß sich um die wissenschaftlichen Ergebnisse der Betriebswirtschaft kümmern, die im letzten Jahrzehnt die psychologischen Methoden der Werbung und die Technik der Erfolgskontrolle zu Spezialwissenschaften abgezweigt hat. Also, einerseits verlangt die Eigengesetzlichkeit der *Organisation,* die Werbearbeit und die Organisationstechnik dem durchgebildeten Fachmann zu übertragen, der diese neuen Ergebnisse kennt. Nur muß die Arbeiterbewegung dabei bemüht sein, die schädlichen Wirkungen der Bürokratisierung zu vermeiden, ohne daß sie an Schlagkraft einbüßt. Hier erwächst ihr das Problem der zweckmäßigsten Organisation.

Bürokratie und Gegenwartskrise der Arbeiterbewegung

Aber auch vom *Standpunkte der Masse der Arbeiter* aus, die zur Arbeiterbewegung noch kommen sollen, ist die geordnete und systematische Einwirkung notwendig. Jeder Arbeiter wird zum Sozialisten werden, sobald er seine gesellschaftliche Lage erkennt. Die Erkenntnis der Lage ist dem Einzelnen jedoch infolge der Verstrickung in die versachlichte Dingwelt, wie sie oben geschildert wurde, von sich aus nahezu unmöglich. Die Dinge beherrschen ja ihn, nicht er die Dinge. Er kann allein nicht mehr den gesellschaftlichen Gesamtprozeß durchschauen. Das macht ihn leicht

zum müden Zweifler an der Arbeiterbewegung, besonders seitdem es *mehrere* Arbeiterparteien gibt, die sich jede als einzige und richtigste ausgeben.

Diesen nicht geringen Teil der Arbeiterschaft haben die Erlebnisse des Krieges und der Spaltung der Partei kühl und skeptisch gemacht. Er hat gesehen, und es ist ihm gesagt worden, daß auch bei den „Führern" Fehler gemacht werden können. Eine Gruppe Arbeiter hat die andere Gruppe als Verräter und Saboteure bezeichnet und tut das noch immer. So ist das selbstverständliche und bedingungslose Vertrauen in die Führerschaft einem rationalistischen, kritischen, oft mißtrauischen Bewußtsein gewichen. Das wird schon offensichtlich bei der Versammlung: Man vergleiche etwa, wie andächtig und gläubig die Arbeiterschaft früher einem Rosenow oder Bebel lauschte, wenn diese irgendwo sprachen und wie heute dieser naive und freudige Glaube bei Vielen entweder dem Fanatismus oder jenem resignierten Zweiflertum gewichen ist! Hierin liegt die große Gefahr für die Arbeiterbewegung und zugleich eine der psychologischen Aufgaben ihrer Werbearbeit! Zwar verbürgt die *soziologische Funktion* der Arbeiterklasse im Staate — die Tatsache, daß sie die stärkste und eine aufsteigende Klasse ist, die schon aus ihrer wirtschaftlichen Bedeutung heraus die Hauptrolle spielen muß und die zweitens die stärksten zukunftsgestaltenden Ziele von allen Gesellschaftsverbänden hat — sowie die trotz allem *ungebrochene Kraft der* Bewegung einen neuen Aufschwung, aber es geht darum, ob der opfervolle Prozeß um einige Jahre *abgekürzt* werden kann, indem man planmäßig den Ursachen des Stillstandes zu Leibe rückt.

Die Neubildung einer auf Vertrauen gegründeten Gesinnung ist ungemein schwierig. Die Zweifler sind in den meisten Fällen neuer Tatkraft erst dann fähig, wenn sie sich *mit den trennenden Streitfragen auseinandergesetzt* und *Einsicht in den* gegenüber früher *veränderten inneren Aufbau* der Bewegung erhalten haben, die sie das wachsende Unpersönlichwerden der Führung begreifen läßt.

Der *Vertrauensmann* ist es, bei dem diese Tatsachen zusammenprallen. Er ist das wichtigste Glied in der Verzahnung der beschließenden und der ausführenden Gruppen. An ihn wird die fast unmenschliche Anforderung gestellt, auf der einen Seite Einblick in die Kompliziertheit des inneren Aufbaues und Uebersicht über die wirklichen Motive der Trennung von den Anderen zu haben. Auf der anderen Seite soll er die Fähigkeit besitzen, in einfacher Weise diese Einsichten den Kollegen im Betrieb zu vermitteln. Ihm das zu ermöglichen und die Mittel an die Hand zu geben, ist das gegenwärtige Problem der Werbung [10]).

b) Die Tendenz zur Differenzierung.

In dem Maße, als die Zerlegung in Einzelarbeitsgänge mit dem Bestreben, sie vorausberechenbar zu machen, auf allen gesellschaftlichen Gebieten fortschreitet, in dem Maße bedeutet das eine Differenzierung und Komplizierung des Ganzen, die wiederum die Ueberschaubarkeit erschwert. Es müssen „Apparate" eigens gebildet werden, um die *Zusammenarbeit* wieder herzustellen. Diese Tatsache betrifft die Wissenschaft ebensogut wie die Kunst, den kaufmännischen Betrieb genau so wie die Politik.

Daß das Aeußere der gesellschaftlichen Erscheinungen ungemein differenzierter und komplizierter geworden ist, bedarf keines Nachweises. Darüber bestehen keine Meinungsverschiedenheiten. Auch die Kommunisten geben es zu, wenn z. B. Hermann Duncker in der „Internationale" [11]) schreibt: „Wohl aber ist sicher, daß die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft im Zeitalter des Nachkriegsimperialismus komplizierter geworden ist, als es der Kapitalismus zu Marx' und Engels' Lebzeiten war" und S. 360: „Das ABC der Marxschen Kapitalkritik hat sich nicht verändert, wenn sich auch der ökonomische Anschauungsstoff seit dem Tode von Marx und Engels gewaltig vermehrt und differenziert hat."

Aehnliche Aussprüche können wir zu jeder Zeit von fast jedem bedeutenden Führer der Arbeiterbewegung feststellen. So schrieb

die Redaktion der „Neuen Zeit" zu ihrem 10jährigen Bestehen: „Die Form des Kampfes gegen die alte Gesellschaft wurde eine andere. Man machte nicht mehr Staat und Gesellschaft in Bausch und Bogen den Prozeß, sondern beschäftigte sich mit den Spezialfragen des politischen und sozialen Lebens, mit den politischen und sozialen Tagesfragen. Das sieht weniger großartig aus als das erstere, aber es ist eine notwendige Phase der Bewegung, die natürliche Konsequenz und Bedingung ihres Wachstums. Sie davor bewahren wollen heißt sie auf ewig dem Niveau der Sektenbewegung erhalten wollen. Die prinzipielle Ausschließlichkeit der letzteren, die auf sentimentale Gemüter einen so großen Reiz ausübt, ist nur um den Preis des Verzichts auf die wirkliche Emanzipation des Proletariats aufrechtzuerhalten." Daß auch innerhalb der Arbeiterbewegung der letzten Jahrzehnte sich der gleiche Vorgang weiterhin vollziehen mußte, ist Vielen noch nicht bewußt geworden.

Es ist einmal ein Gesetz des gesellschaftlichen Wachstums, daß jede aufsteigende Gruppe, die sich frei entfalten kann, eine stetig zunehmende *Schichtung* erfährt, die sich in der Bewegung nach *innen* auswirkt. Die Gruppe wird immer reicher an gesellschaftlichen Funktionen, an Abstufungen der Unterordnung, der Ueberordnung und der geistigen Unterschiede. Bei der Arbeiterschaft als *der* aufsteigenden Klasse ist diese Tendenz um so größer, als sie eine im Grunde traditionslose und enterbte Schicht ist, die sich den Anteil an den materiellen und geistigen Werten nur in eigenem Kampf langsam erringen, zum großen Teile überhaupt erst neu schaffen muß. Wer die heutige Arbeiterbewegung daraufhin vergleicht mit der von vor einigen Jahrzehnten, der sieht schon an äußeren Merkmalen diese Wendung zu stärkerer Differenzierung, die durch die neuen Kampfbedingungen der Demokratie noch erheblich gefördert worden ist: Es sind eine Unmenge neuer Arbeiterorganisationen erstanden, ob es nun Arbeiterradiovereinigung, Arbeiteraquariumverein, Arbeiterschützenbund oder die „Konzentration G. m. b. H.", die Arbeiterbank, die Baugenossenschaften, die Feuerbestattungskassen, die Volksfürsorge, die Fahr-

radfabriken der Gewerkschaften oder ähnliches sind. Wo früher *eine* wissenschaftliche Zeitschrift, die „Neue Zeit", die theoretische Vertiefung in einer für Jeden zugänglichen Form besorgte, soll der gute Vertrauensmann heute über ein halbes Dutzend wissenschaftliche Zeitschriften lesen, die ihm infolge ihres „akademischen Niveaus" oft nicht mehr verständlich sind. An wissenschaftlichen Zeitschriften der deutschen Arbeiterbewegung existieren in der Nachkriegszeit die „Gesellschaft", die „Arbeit", das „Gewerkschafts-Archiv", die „Kommune", die „Genossenschaft", die „Sozialistischen Monatshefte", die „Bücherwarte", die „Urania". Daneben gibt es noch Zwischenorgane wie „Der Klassenkampf", der schon eine Verbindung zwischen Wissenschaft und Tagespresse darstellen will. Es gibt einen Verband sozialistischer Akademiker und einen Verband sozialistischer Studenten, es gibt einen Verband der Werkmeister — also Leitungsfunktion Ausübender — und einen Verband der öffentlichen Beamten. Wenn die Gewerkschaften früher zu Verbandsangestellten nur Angehörige ihres Berufes machten, so finden wir heute bei allen großen Verbänden die akademisch geschulten Volkswirte und Juristen. Sie werden als „Fachleute" für bestimmte Gebiete herangeholt und bilden eine neue Art der Beamten, den „Gewerkschaftssyndikus". — Es ist klar, daß alles das eine gewaltige und wachsende *Bildungsdifferenz* innerhalb der Arbeiterbewegung herbeiführen muß, die, solange sie nicht allen *bewußt* wird, mit der Anlaß zu soziologischen *Reibungen* ist.

Die Gefahren dieser Differenzierung, die ein absolut notwendiger Prozeß ist, liegen in der Tendenz zur „Verbürgerlichung" einzelner Gruppen. Die Unterschiede in der Bildung und in der beruflichen Stellung führen zu Aufstiegsbestrebungen innerhalb der Schicht und zu Angleichungstendenzen an „höhere" gesellschaftliche Schichten, deren Verbrauchsgewohnheiten, Lebensformen und Lebenshaltung man sowieso als selbstverständlich übernimmt, wenn die eigene Lebensfürsorge durch gehobene Stellung einigermaßen gesichert ist. —

Die Frage ist nicht damit abgetan, daß man fordert, die bürgerlichen Konventionen zu zerbrechen. Diese Forderung ist selbstverständlich, so schwer sie auch zu erfüllen ist. Die Schwierigkeit liegt darin, daß uns eigene Formen entweder überhaupt fehlen oder nur als Ansätze zu Neuem vorhanden sind. Es ist wahrhafter, ehrlich den eigenen Mangel zu bekennen und um den Stil zu ringen, als Formen zu übernehmen, die erstorben sind. Sie werden uns sonst genau so zur Lüge wie dem Bürgertum, das sie gedankenlos gebraucht.

Die Frage der proletarischen Lebensführung ist heute noch nicht bis zum letzten lösbar. Wo dem großen Teil unserer Anhänger das Verhältnis zur Form erst geweckt werden muß, bedeutet es noch einen weiten Weg bis zum übergeordneten Prinzip der Lebenseinheit, ohne das eine Gemeinschaft keine Form entwickeln kann, die alle Seiten des Lebens umfaßt. — In diesen Fragen muß die *Jugend* Wächter und Treiber sein. Sie muß sich mit den Problemen auseinandersetzen und bewußt experimentieren. Aber sie darf dabei nicht kleinlich verfahren. Wer eine Kultur schaffen will, darf nicht eingeengt sein. Er braucht Freizügigkeit, Mittel und Toleranz! —

Was sich in verstärkter Differenzierung nach innen zeigt, gilt in höherem Maße für das Verhalten der Bewegung nach *außen!* Die Arbeiterbewegung hat nach dem Kriege eine Unmenge neuer öffentlicher Funktionen übernehmen und die besten Kräfte dafür abgeben müssen, ob es sich um die örtliche, öffentliche Wohlfahrtspflege, um die verstärkte Delegation in die Dorf-, Stadt- und Länderparlamente, in die Verwaltungsstellen der Kommunen und Länder handelt. Ferner: ob es die Frage der Regierungsbildung oder die Stellung zur Handelspolitik ist, ob die Bekämpfung der Arbeitgeberorganisationen in Frage steht oder die Werbung von abseitsstehenden Schichten: Ueberall ist die Vorarbeit und die Durchdringung der Materie ungemein schwieriger und komplizierter geworden als in der Vorkriegszeit. Es stellt an den organisierten Apparat der Arbeiterbewegung wachsende Anforderungen.

c) *Die Tendenz zur Beharrung.*

Die Objektivierung

Je mehr sich die Dinge von den Menschen trennen, desto weniger und seltener behalten sie innere Beziehungen zu ihnen. Ihre Bewegung löst sich los vom Wollen der Menschen. Sie entwickeln Eigengesetzlichkeit.

In dieser Erscheinung steckt ein Vorgang, den es zu jeder Zeit gibt, nämlich die einfache Tatsache, daß jedes Werk, das von einem Menschen oder einer Menschengruppe geschaffen wurde, sich von seinem Schöpfer löst. Es steht nun als etwas „Objektives", Herausgestelltes da, als eine *Gestalt*, die von anderen Menschen nachempfunden, verstanden werden kann. Das Verstehen ist möglich, wenn sein Sinngehalt in Anderen wieder lebendig wird.

Jedes Werk beharrt in der einmal geschaffenen Form. Dadurch daß die Menschen später mit anderem Sinngehalt erfüllt werden, scheint es, als ob diese Hervorbringungen der Menschen ihr eigenes Leben entfalteten, sich verselbständigten. Es sind Loslösungen, die den Einzelnen und die Gruppe überdauern, *erstarrte Bewegungen*, deren Sinn und Gesetzlichkeit in ihrer *Form* fortwirkt.

Was sich auf die einzelnen formgewordenen und im Material erstarrten Werke der Menschen, auf die Kirchen und Bücher, die Werkzeuge und Bilder bezieht, erstreckt sich auch auf die gesellschaftlichen Verbände. Auch die Beziehungen des gesellschaftlichen Lebens objektivieren sich. Da aber das gesellschaftliche Leben ein fortdauernder Prozeß ist, wirkt die fortdauernde Objektivierung der alten Sinngehalte für die Entwicklung der zeitentsprechenden Inhalte hemmend. So leben die alten Objektivationen in dem gesellschaftlichen Verbande weiter, wenn sie veraltet sind. Sie kommen z. B. im „Gewohnheitshandeln" zum Ausdruck. Ein Beispiel mag das verdeutlichen: Wenn einem gesellschaftlichen Verband die Verbandsordnung nicht durch Zwang auferlegt worden ist, dann wird das Verbandshandeln der Mitglieder zur geschriebenen oder ungeschriebenen Ordnung. Die Ordnung gleicht dem objektivierten Willen oder *den objektivierten Verhaltungs-*

regeln der Mitglieder untereinander. Diese Ordnung hat dann die Tendenz, sich zu verselbständigen. Auch wenn die Mitglieder längst gewechselt haben, hat sie das Bestreben, sie noch zu sich zu zwingen, obwohl sie ihnen vielleicht sinnlos geworden ist. Es gibt viele Verbände, wo die Mitglieder nur noch durch diese Gemeinsamkeit der Ordnung, nicht durch den sie bedingenden geistigen Wert zusammengehalten werden. Die Ordnung ist ein Stück objektiviertes Gruppenbewußtsein aus einer Vergangenheit. So ist es zu erklären, daß die Verbandsordnung Generationen überdauern kann.

In unserer Zeit kapitalistischen Prinzips wird die Tendenz zur Beharrung der sozialen Verbände bedeutend verstärkt durch die Abtrennung und Kalkulierbarkeit der Einzelteile. Je größer die gesellschaftlichen Verbände werden, desto mehr müssen sie einzelne Menschen beauftragen, die nichts anderes als die Durchführung der Verbandsordnung zu überwachen haben. Diese Wächter der Statuten und Programme müssen jeden Angriff gegen das Statut parieren. Sie tun es um so eher, als ihnen auf Grund ihrer Funktionsabtrennung oft ein Ueberblick über das Gesamte der Bewegung fehlt. Infolgedessen überdauert heute viel leichter der Verwaltungsapparat der Partei das Programm. Und so kann eine Partei, die einmal eine Existenzberechtigung gehabt hat, noch lange weiterbestehen, lediglich wenn sie einen guten „Apparat" mit bezahlten Stufenleitern erhalten kann.

Zusammenfassend kann man sagen, daß in jeder Struktur eines sozialen Verbandes jene Tendenz zur Trägheit, zur Beharrung wirksam ist. Sie wirkt in der kapitalistischen Epoche viel stärker als zu irgendeiner anderen Zeit. Durch sie herrscht die Vergangenheit über die Gegenwart, die Toten über die Lebenden — auch in der Arbeiterbewegung.

Beispiel: Arbeiterbewegung

Auf die Frage der „Erstarrung" und der „Verkalkung" der Arbeiterbewegung sind wir schon an anderer Stelle eingegangen. Hier noch eine Ergänzung, soweit die „Erstarrung" der letzten Jahre in Betracht kommt. Die Ursachen für den Machtrückgang

der Arbeiterbewegung und die folgende Defensivhaltung liegen in ganz anderen Umständen als im „Trägheitsgesetz". Sie ist sehr stark auf die Aenderungen der politischen und der wirtschaftlichen Struktur zurückzuführen, die neue Kampfbedingungen geschaffen haben. Sie hat ihre Gründe auch in der Spaltung der Arbeiterbewegung, die das Vertrauen erschütterte.

Aber ein Symptom ist doch außerordentlich wichtig. Wenn man nämlich die Mitgliederzusammensetzung der SPD. nach dem Alter beobachtet, so ergibt sich an Hand der Angabe des Kieler Parteitagsprotokolls folgende lehrreiche Aufstellung über die Alterszusammensetzung der Mitglieder, die sich freilich nur auf einige charakteristische Orte bezieht:

Mitglieder im Alter bis 20 Jahren 1,7 Proz. der Gesamtzahl,
von 21 „ 25 „ 6 „ „ „
„ 26 „ 30 „ 9,6 „ „ „

Die Mitglieder unter 30 Jahren bilden insgesamt nur 17,3 Proz. der Parteimitgliedschaft. Vor dem Kriege war diese Zahl schätzungsweise doppelt so groß. Die weiteren Zahlen zeigen ein Ansteigen nach oben hin:

Mitglieder im Alter von 31 bis 35 Jahren 10,8 Proz.,
von 36 „ 40 „ 14,5 „

Zählt man diese Gruppen zusammen, so ergibt sich, daß die Mitglieder unter 40 Jahren 42,6 Proz. der Parteimitgliedschaft ausmachen, und die älteren Jahresklassen 57,4 Proz., so daß die größere Hälfte der Partei aus Uebervierzigjährigen besteht.

Wenn man dazu bedenkt, daß das Durchschnittsalter der Reichstagsfraktion der SPD. 51 Jahre 9 Monate beträgt (das Durchschnittsalter *aller* Abgeordneten ist 52 Jahre), wird klar:

Die Rolle der Jungen

Es fehlt der große Teil der Jugend, und zwar mehr, als durch die Kriegsverluste in Rechnung zu ziehen wäre. Gerade der Jugend erwächst aber eine wichtige soziologische Funktion in der Organisation und in der Bewegung überhaupt. Denn was über das Gesetz der Beharrung für die Statuten gilt, gilt im weitesten Sinne auch für die *Gedankeninhalte* der Bewegung. Auch für die Ar-

beiterbewegung gibt es keine Zeitspanne, die der vorangegangenen gleicht. Immer wird ein Teil der Gedanken und Spannungen, der politischen, philosophischen, wissenschaftlichen, künstlerischen Tendenzen und besonders der Kampfbedingungen in der vorangegangenen Zeitspanne seine Wurzel haben und der andere Teil in der Gegenwart hinzugekommen sein. Zu jeder Zeit ist das Verhältnis dieses Alten zu dem Neuen verschieden. Es gibt keine Zeit, die nur Neues enthält, die in völligem Bruch mit der Vergangenheit entstanden wäre, so wie keine möglich ist, die nur die Neuauflage der alten Epoche darstellt. Der Jugend kommt es zu, *daß sie ihr Handeln in den Tendenzen der neuen Strömungen,* gleichsam ohne Berücksichtigung des alten, überkommenen Bestandes *vollziehe,* auf daß die alten Bestandteile möglichst bald ihre Geltung und Wirkung verlieren. Natürlich ist es außerordentlich schwer, eine Zeitspanne in ihren geistigen Strömungen zu überschauen. Sehr oft wird für das Neue genommen, was das Alte ist, wie das Kapitel „Neue Kultur" zeigt.

Das Alte in der Arbeiterbewegung von heute ist z. B. der Kampf *innerhalb* der Arbeiterbewegung, soweit er gegen die Personen geführt wird, statt gegen die Sache. Die junge Generation muß die Kraft haben, sich *über* die begreiflichen Differenzen hinwegzusetzen und *die Frage der besten Wege zu dem Ziel,* über das alle einig sind, *neu zu stellen.* Sie muß von Grund auf an Hand der Geschichte der Arbeiterbewegung, an Hand der Einsichten in das Wesen der Politik und auf Grund der neuen Tatsachen der Wirklichkeit neue Wege, neue Methoden, neue Formen suchen.

d) Der Fetischcharakter des gesellschaftlichen Lebens.

Bei bestimmten primitiven Völkern, die noch nicht kausal — in unserem Sinne — zu denken vermögen, also den Zusammenhang von Ursache und Wirkung nicht kennen, schreibt man Krankheiten und Tod der Menschen „Geistern" zu, die deshalb unter Anweisung des Priesters ausgetrieben oder gebannt werden. Die

Verfügung über die Geister der Toten sichert man sich dadurch, daß man Finger, Zähne, Haare und andere Teile der Toten sammelt. Man glaubt, daß der Geist der Toten damit an sie gefesselt würde. Der Primitive glaubt, wenn er diesen „Fetisch" anbetet, daß er den Geist selber in seinen Bann zwingt.

Dieses Bild des Fetischanbeters, der seinem Fetisch Eigenschaften andichtet, die nicht in dessen ntaürlicher Beschaffenheit liegen, läßt sich ausgezeichnet auf die Erklärung und Beschreibung der heutigen Gesellschaftsform übertragen. Das, was wir in drei Einzeltendenzen als Tendenz zur Vorausberechenbarkeit, zur Differenzierung (Komplizierung) und zur Beharrung aufgezeigt haben, sind im Grunde drei Seiten einer Gesamterscheinung, die Marx den „Fetischcharakter" genannt hat. Freilich können wir hier nicht auf die Bedingungen dieser Erscheinung eingehen. Wir müssen uns mit der Beschreibung begnügen. Aber schon die zeigt, daß sie für alle Fragen der Bewußtseinsbildung von größter Bedeutung ist.

Die drei Tendenzen zeigen eminent, wie sehr die Erscheinungsformen der Dinge verschieden sind von ihrem wirklichen Wesen *). Es ist wie im kaufmännischen Betriebe oder in der technischen Stufenleiter. Der einzelne Beamte hat nur Einblick in seine kleine Abteilung. Deren Vorgänge sind für ihn absolut kalkulierbar. Aber der Gesamtbetrieb in seinem Funktionieren bleibt ihm ein Buch mit sieben Siegeln. So ist es auch im Großen. Der gesamte gesellschaftliche Prozeß mit dem Ineinander-, Durcheinander- und Gegeneinanderwirken der gesellschaftlichen Gruppen verläuft derart verhüllt und kompliziert, daß die Einzelteile zwar immer mehr berechenbar werden, aber der Gesamtverlauf immer unüberschaubarer, zufälliger, zusammenhangloser wird. Infolgedessen haben wir auch viele Wissenschaftler, die nicht ausgehen von der kapitalistischen Wurzel dieser Erscheinungen. Sie sehen und beschreiben dann das Gebäude so, als ginge es den Menschen nicht mehr

*) Wesen im geschichtsphilosophischen Sinne.

an, als sei es tatsächlich ein System von starren, unabänderlichen Gesetzen.

Die Zeit hat sich gegen früher also verkehrt. In früheren gesellschaftlichen Formen unterlag die Produktion der Bestimmung und Leitung der Gesellschaft. Sie war überschaubar und gestaltungsfähig. Heute dagegen erscheinen die Verhältnisse der Produzenten, der Politiker und überhaupt aller Menschen untereinander als Verhältnisse der sachlichen Dinge, zu den sie „berechnenden" Menschen. Es ist, als wenn die Menschen sich um der Dinge willen bewegen — daß sie um „*des* Geldes" willen arbeiten, um „*der* Handelsbilanz" oder „*des* Kredites" wegen Rechtssätze prägen, daß sie um „*der* Macht" willen sich organisieren — und nicht, als ob das alles nur Beziehungen von Menschen wären, als ob die Dinge dazu da wären, den Menschen ein bestgestaltetes Dasein zu ermöglichen. Die Dinge scheinen den Menschen zu beherrschen, nicht umgekehrt. Diese sachlichen, vom Menschen gelösten, abstrakten „Gesetze" sind der Fetisch, den die bürgerlichen Theoretiker anbeten, die nicht vom Gesamtprozeß ausgehen. Dadurch sehen sie nicht den Kern, das Wesen der Erscheinung Kapitalismus. Sie setzen die Erscheinungsform mit dem Wesen gleich und werden dadurch selber Opfer dieses Fetischismus. Deshalb können sie auch nie dazu kommen, das System selbst von seiner Wurzel aus zu *ändern*.

So ist es gekommen, daß die Wissenschaft ihre Teilsysteme, die „Disziplinen", nur formal untereinander verbunden hat, daß ein letzter Sinnzusammenhang verlorenging. Ein einziges Beispiel dafür aus der Wirtschaftslehre. Im Laufe der Zeit sind die Wissenschaftler dort zur Darstellung der „reinen Theorie" gekommen. In dieser werden die Fragen der praktischen Gestaltung, die Untersuchung der realen Wirklichkeit ausgeschaltet. Die „Theorie" wird von der „Praxis" der Politik getrennt. Das ist eine Folge der Verdinglichung. Das „Ganze" wird nur durch ein System formaler Definitionen erfaßt oder im Zustande der Ruhe („ceteris paribus") beschrieben. Dieser „moderne" Nationalökonom weiß wohl, daß

die gesellschaftlichen Gruppen Einfluß haben auf die Wirtschaftsgestaltung, daß die „soziale Frage", die „Theorie der Verteilung" eminent praktische und nicht zuletzt auch politische Bedeutung haben, aber da es verschiedene menschliche Wertungen und „Standpunkte" dabei zu berücksichtigen gibt, zieht er sich in die Höhen zurück, in denen das für jede Richtung „Allgemeingültige" wohnt. Das Wertproblem wird ausgeschaltet. Man rettet die „wertfreie" Wissenschaft, bleibt *Zuschauer*.

Ein drastisches Beispiel bietet auch die bekannte Rede von Schmalenbach, die er Anfang Juni 1928 in Wien gehalten hat. Wenn er sagt: „Nicht Menschen, sondern starke wirtschaftliche Kräfte sind es, die uns in die neue wirtschaftliche Epoche hineintreiben", dann ist es ein bestes Beispiel, wie die reine Beschreibung der Gegenwart aus den Gesetzen der Kalkulierbarkeit heraus nur eine Beschreibung der Erscheinungsform wird, daß sie aber nicht den inneren Zusammenhang, die Bewegung des Ganzen aufdeckt. So sehr Schmalenbach gegenüber den Anderen richtige Tendenzen sieht, kann er infolge seines falschen Ausgangspunktes zu keiner *Lösung* kommen. Es kann auch nicht anders sein, daß, wer als Einzelner diese Welt betrachtet, ihr hilflos gegenübersteht als einem komplizierten Ineinandergreifen von starren Dingen, die nach inneren „Gesetzen" ablaufen. Er kann diese in seinem Urteil für gut oder schlecht halten, ihrer Wirksamkeit aber kann er sich — als Einzelner — nicht entziehen.

Die Ideologie

Diese Tatsache ist es nun, die Marx meint, wenn er von dem „ideologischen Schleier", von der „Verhüllung der wirklichen Welt" oder von der „ökonomischen Charaktermaske" spricht: Es ist ein großer Unterschied zwischen dem, wie die Welt *in Wirklichkeit verläuft und wie sie sich im Kopfe der Einzelnen malt*. Wer erkennen will, wie sie sich in Wirklichkeit vollzieht, darf nicht den berechenbaren Einzelteil nur ansehen und die Gesetze der Einzelteile zu dem Ganzen summieren. Er darf den Gesamtbetrieb nicht von der Abteilung aus erklären, sondern er muß den Einzelteil in seiner Funktion im Gesamtprozeß sehen. Er muß

vom Gesamtprozeß, von der „Totalität" ausgehen, sonst nimmt er die Erscheinungsform, den Fetisch, für das Wesen selber *).

Auch für die Arbeiterbewegung trifft das zu: „Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen *vorstellt*. Es handelt sich darum, *was es ist*, und was es diesem *Sein* gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird [12])."

Das „ökonomische" Interesse

Jetzt wird auch klar, wie das Wort von den „Interessen" der einzelnen Schichten, so wie es oft in der Arbeiterschaft gebraucht wird, aufgefaßt werden muß. Das Beispiel Schmalenbachs und „der reinen Theorie" in der Wirtschaftslehre zeigt, wie „Ideologien" aus den „ökonomischen" Verhältnissen herauswachsen. Die „ökonomischen" Verhältnisse sind im Marxismus die Arbeitsverhältnisse, in denen die Menschen leben. Diese *Lebens*verhältnisse formen ihr Denken, gliedern ihre Gruppen, beeinflussen ihr geistiges Verhalten. Innerhalb bestimmter Grenzen und in bestimmter Wechselwirkung haben deshalb die Sphären dieses geistigen Verhaltens auch Eigengesetzlichkeit.

Denn jede gesellschaftliche Gruppe geht zunächst auf „Selbsterhaltung". Selbsterhaltung ist theoretisch aber soweit gefaßt, daß sie *alle* Lebensbedürfnisse einschließt, nach denen die Menschen streben. Ueber die letzte Abeilung dieser Lebensbedürfnisse ist nun im Marxismus nichts ausgesagt. Solche Endmotive können sein — wenn man vorerst nur an die *Triebe* denkt — Befriedigung der Lebensnotdurft, Befriedigung der Geltungs- und Machtansprüche, Befriedigung des Sexualtriebes (z. B. bei der Schmuckherstellung). Das heißt aber praktisch: Wenn man den Begriff des Interesses soweit faßt, sind schon bestimmte Gesinnungen und Werte eingeschlossen, ohne daß über deren Herkunft und Geltungsdauer zunächst ausgesagt wird. (Max Adler bezeichnet denn auch den historischen Materialismus als „soziologische Motivation

*) Auf die Ausdeutungen, die der Begriff „Totalität", zum Modebegriff geworden, in den letzten Jahren erfahren hat, kann hier nicht eingegangen werden. Es vollzieht sich hier das gleiche wie bei der „reinen Theorie".

der Wertungen".) Diese „Interessen" haben nichts mehr mit jenen „Interessen" zu tun, die im Vorteil der Einzelnen bestehen.

Wenn man die Interessen der großen gesellschaftlichen Gruppen, die auf Grund ihrer Schichtgebundenheit zu einer eigenen „Ideologie" führen müssen, erkennen und erklären und auf ihr gesellschaftliches Handeln beziehen will, bleibt man also nicht der Aufgabe enthoben, nach jenen tieferen Motiven zu suchen. So hat Marx z. B. die *Religion* immer wieder ihres Fetischcharakters in den *verschiedensten* Funktionen entkleidet. Er hat gezeigt, daß sie zur Niederhaltung der Massen benutzt worden ist („dem Volke muß die Religion erhalten bleiben"), daß sie vorgeschützt werden kann, um bessere Geschäfte zu machen, aber auch daß sie als Spiegel oder „Reflex" der wirklichen Welt auftritt. In einem Falle ist sie Mittel, ökonomische Zwecke durchzusetzen, wird von Einzelnen bewußt angewendet, ohne daß Andere es wissen. Im anderen Falle ist es eine dem Einzelnen unbewußte Beeinflussung durch die tatsächlichen Umstände, die nichts mit *absichtlicher* Verschleierung zu tun hat.

Man könnte hinzufügen, daß die Religion heute (von der Psychoanalyse) auch als ein „Verdrängungs"mechanismus bei Einzelnen oder ganzen Schichten erkannt ist. Er führt dort zu der Selbsttäuschung, als ob man für unpersönliche Ideen oder das Allgemeininteresse einträte, während in einer tieferen Bewußtseinsschicht doch das „Interesse" Triebfeder ist.

Seit Jahren gibt es aber auch schon die Diskussion über die — man möchte sagen „reine" — Religion, die ihres Fetischcharakters entkleidet ist und als außerordentlich wichtige Triebkraft im gesellschaftlichen Leben erkannt wurde. *Tillich* ist einer der Verfechter dieser Auffassungen. Er sieht diese Religion in der „innersten, unbewußten Glut, aus der die Dynamik der Masse ihre Kraft nimmt, ... auch dann, wenn sie sich gegen die empirischen Religionsformen wendet" [13]).

Die Tatsache der „Verhüllung" der wirklichen Motive wird heute von keinem Soziologen mehr bestritten. Im Gegenteil ist be-

sonders von nichtsozialistischen Gelehrten wie Max Weber, aber auch von Simmel, Sombart, Lukácz u. a. noch sehr viel Material herangetragen worden. So sagt Max Weber [14]): „Es verhüllen vorgeschobene ‚Motive' und ‚Verdrängungen' (d. h. zunächst: nicht eingestandene Motive) oft genug gerade dem Handelnden selbst den wirklichen Zusammenhang der Ausrichtung seines Handelns derart, daß auch subjektiv aufrichtige Selbstzeugnisse nur relativen Wert haben." Oder Sombart [15]) sagt, nachdem er die Motive der kapitalistischen Unternehmer bei ihrem Handeln aufgezählt hat als Machtstreben, Ehrgeiz, Pflichtbewußtsein, Gemeinnützigkeit, Betätigungsdrang usw.: „Eine nähere Prüfung ergibt, daß kein einziges der Motive, von denen das Handeln der Unternehmer geleitet wird, irgendwelche Möglichkeit des erfolgreichen Wirkens hat, *ohne* daß die kapitalistische Unternehmung selber in ihrem Wirken von Erfolg gekrönt ist. Dieser Erfolg kann in nichts anderem bestehen als in der Erzielung eines Gewinnes . . ."

Die Soziologen erklären also die Tatsache, daß sich in gesellschaftlichen Gruppen Bewußtseinsformen entwickeln können, die als Urteil, Gesinnung oder Idee ehrlich geglaubt oder für real gehalten werden, ohne daß sie als wirklich letzte Motive bestehen müßten. —

Diese Beispiele sollen nur zeigen, daß die Tatsache der „Verschleierung des Klasseninteresses" sich in außerordentlich zahlreichen Formen vollzieht. Die Frage ist sehr wichtig für die Werbearbeit in der Arbeiterbewegung. Sie zeigt nebenbei auch, daß dabei nicht nach Schema F verfahren werden kann, insbesondere, daß man nicht Jeden, der anders denkt, für unehrlich oder dümmer ansehen darf.

Anwendung: der Arbeiter

Im Leben des Arbeiters kommt die Wirkung der Vorausberechenbarkeit, der Differenzierung und der Beharrung in hohem Maße zum Ausdruck. Soweit er in den Betrieb gestellt wird, ist er ein kalkuliertes, mechanisches Teilstück in einem kalkulierten Ganzen. Seine Fähigkeit, eine Drehbank zu bedienen, technische Zeichnungen anzufertigen oder Unterricht zu erteilen, wird abgetrennt von

seinem übrigen Menschen, um den sich niemand zu kümmern hat. Sein Denken wird nur von seiner Stückarbeit geschärft und „entwickelt" und bleibt deshalb nur Stückdenken. Er ist nicht mehr eine Einheit von Denken, Fühlen und Wollen, seine Arbeit ist sinnlos geworden. Und seine Stückarbeit pumpt ihn körperlich und seelisch so aus, und seine Zeit wird ihm so beschnitten, daß die Gefahr besteht, daß sein Menschtum dabei vollkommen verschüttet wird.

Die „Mechanisierung"

Das Bürgertum spricht in diesem Falle von der „Mechanisierung" des Menschen, die, wenn ihre Ausmaße weiter so wachsen, eines Tages die ganze Kultur in Frage stellt, weil jene Schicht von der mechanisierten, wie es scheint kulturunfähigen Arbeiterschaft keinen Schutz ihrer Kulturwerte erwarten kann. Als „Ausweg" werden eine ganze Reihe oft recht romantischer Maßnahmen vorgeschlagen. Von dem „Zurück zur Natur" oder „Zurück zum Handwerk" geht es zur „Werkstattaussiedelung" bis zur „Durchmechanisierung" oder — die andere Seite — zur „Wiederbeseelung" der Arbeit. Es ist klar, daß der Kampf gegen die Maschine — wie auch der gegen die „Rationalisierung" - Maschinenstürmerei ist. Bei unserer hohen Menschenziffer können wir ohne die Maschine nicht mehr leben. Zweitens aber ist eine Lösung der Frage auch dadurch nicht möglich — wie es Sombart vorschlägt —, daß man dem Oekonomischen, Materiellen das Seelische, die Innerlichkeit „gegenüberstellt"; dieser Vorschlag zeigt erstens noch keinen *Weg*, zweitens läßt er ja die mechanisierenden Mächte weiter bestehen! Die Lösung kann nur von einer Veränderung der Grundverhältnisse her kommen.

Der Arbeiterschaft bleibt darum kein anderer Weg, als mit aller Wucht nach der Umgestaltung der Wirklichkeit zu drängen, die ihre Entwicklung und ihre Entfaltung gefährdet. Gleichzeitig muß sie fortlaufend die Schäden dieser Erscheinung bekämpfen und ausbessern. Weil diese Erscheinungen schon *vor* der Möglichkeit einer Umwälzung die Voraussetzungen der Umwälzung in Frage stellt, muß die Arbeiterschaft sich immer und immer wieder die

Gefahr ins *Bewußtsein* heben, damit sie im persönlichen Leben den Menschen nicht verschütten läßt.

Folgerungen

Daß solche Gefahren der „Mechanisierung" für die Arbeiterbewegung bestehen, wird von Niemandem bestritten, aber von Vielen praktisch übersehen. Wenn der Geist der Kalkulation auch die Masse als Massen*bewegung* ergreift und durchdringt, ehe die sozialistischen Ideen Wurzel fassen, wird sie nicht nur in ihrer Schwungkraft gelähmt und ihrer tiefsten Wurzel beraubt, sondern es wird die Erreichung des Endzieles überhaupt in Frage gestellt, weil dann nur ein Teil der Bewegung Subjekt des gesellschaftlichen Lebens werden kann, der andere Objekt bleiben muß. Darum müssen wir versuchen, zwar nicht ohne Organisation, aber *nicht von der Organisation aus*, schon heute jeden Einzelnen *zum Subjekt des politischen und wirtschaftlichen Prozesses zu machen.* Wir müssen eine *lebendige* Teilnahme jedes Einzelnen an der tatsächlichen *Bewegung* des Gesamtlebens erstreben. Der Einzelne muß als Subjekt wirken und Anteil haben und zugleich Objekt sein, indem *durch ihn der Sinn des Ganzen zur Verwirklichung kommt.* „Subjekt des gesellschaftlichen Lebens ist der Einzelne nur dann, wenn er in all seinem Tun und Erleiden etwas sehen kann, was für ihn selbst bedeutungsvoll und für das er selbst verantwortlich ist, und das zugleich eine allgemeine Bedeutung hat, die über jeden Einzelnen hinausführt in die Tiefen des Lebenssinnes selbst. Das ist möglich, wenn er Form empfängt und Form gibt nur in dem begrenzten Kreise, in dem er lebendig und schöpferisch wirken kann, wenn er aber zugleich sich jederzeit bewußt bleibt, daß dieser engere Kreis ein Glied eines größeren ist und durch ihn hindurch ein Glied des Gesamtlebens, dessen innerster Sinn im kleinsten wie im größten offenbar wird!" [16])

„Erleichtert und gesteigert wird die Einheit mit dem Gesamterleben dadurch, daß jeder Einzelne in mehreren Kreisen steht, in naturgegebenen und freigewählten, in dem einen im engeren, in dem anderen im weiteren Raum, in dem einen mehr als Subjekt, mehr als Führer, in dem anderen mehr als Objekt, mehr als Ge-

führter, in keinem aber nur das eine oder das andere. Die Aktivität, die Selbstverantwortlichkeit und das Selbstinteresse der kleinsten Kreise im wirtschaftlichen, politischen und geistigen Sinne, ihr Zusammenschluß zu größeren und größten Kreisen bis hin zur Menschheit überhaupt als Ganzes und höchstes Gemeinschaftserlebnis, das ist es, was allein den Gegensatz von Persönlichkeit und Masse aufheben und Jeden zur Persönlichkeit ... machen kann [17])."

Das heißt, anders ausgedrückt: die Arbeiterbewegung muß in sich eine so starke und innige ideen- und gesinnungsmäßige Verbundenheit schaffen, daß es dem Aufbau eines ganzen, neuen gesellschaftlichen Lebens mit *allen* Sparten und Zweigen gleichkommt. All die Fehler der „Verbürgerlichung" sind dabei nicht so bedeutend, wenn versucht wird, sozusagen eine *eigene Gesellschaft* aufzubauen, die in all ihren Teilen und Zweigen *eigene Formen* entwickelt. Man soll ruhig eigene Kegelvereine, Sportvereine, Schützengilden (Wien) gründen, *wenn es sinnvoll und wesensgemäß ist* und wenn man dabei nicht auf die Organisation der Bürgerlichen schielt! Aber die Arbeiterschaft soll sich hüten, Dinge anzunehmen, die zerbrochene und dekadente Intellektuelle an sie herantragen, nur weil sie mit proletarischen Vorzeichen versehen sind. Gerade weil die Arbeiterschaft in ihrer natürlichen Kraft und mit ihrer großen Sehnsucht in den ersten Anfängen gesellschaftlicher Gestaltung steht, weil sie dankbar alles hinnimmt, was ihren Lebenskreis zu erweitern scheint, *müssen jene Gestaltungen von ihr ferngehalten werden, die man als fertige Form vor sie hinstellt*, statt daß man sie als eigenen Ausdruck wachsen ließ.

(Man müßte in diesem Zusammenhang einmal untersuchen, ob und welche Funktionen die bestehenden Organisationen in diesem Prozeß erfüllen können, wieweit z. B. Gewerkschaft und Partei nur Zweckverbände sind und welche Rolle den sogenannten „Kulturorganisationen" zukommt — eine Frage, die außerhalb des Themas liegt.)

Aber die andere Seite der großen Gefahr für die Arbeiterbewegung ist die wachsende Komplizierung innerhalb der eigenen Bewegung, von der unter „Differenzierung" die Rede war.

Um zu verhüten, daß das einzelne Mitglied nur Zuschauer bleibt, müssen Wege gefunden werden, die Jedem den Zusammenhang wieder erkennbar machen. Sie bedingen eine *Vereinfachung* aller Geschehnisse, aller Darstellungen und alles Handelns, die nicht allein durch Bildungsarbeit erreicht werden kann. Die Bildner können zwar die Methoden dafür entwickeln helfen, aber sie schaffen es nicht ohne die Anderen. Sobald diese Vereinfachung nämlich als eine subjektive Auswahl aufgefaßt wird, wird sie zur Vereinseitigung, die die Gefahren der Komplizierung gerade verschärft. Auf die Dauer muß sie dann die Reibungen vergrößern und die Handlungseinheit der Organisation stören.

Die Geschichte der Erwachsenenbildungsarbeit ist eine Geschichte solcher Auswahlmethoden. Zuerst hat man dem bildungshungrigen Arbeiter die Brosamen gereicht, die von der Herren Tische fielen. Man hat popularisiert durch Vergröberung und Auslassung. Dann hat man an ihn herangetragen, was ihm „wichtig" erschien, was er am meisten erfragte und erstrebte. Er erstrebte soviel wie möglich, denn sein Ideal war ein „möglichst vielseitiges Wissen": „Wissen ist Macht!" Wo dieses liberale Bildungsziel heute noch herrscht — und es ist in der Arbeiterbewegung weitverbreitet —, besteht gewöhnlich auch noch jene kritiklose Methode der Auswahl und Vereinfachung. Der Verfasser glaubt, daß es heute möglich ist, objektive Maßstäbe zu bestimmen, nach denen eine Auswahl und eine Vereinfachung der bildenden und der politischen Stoffe möglich ist [18]). Jede Vereinfachung muß beim *Tatsächlichen* ansetzen und in ihr immer wieder die Totalität fassen, nicht umgekehrt. Sie muß den Kern, das Wesentliche bloßlegen und vertiefen. Sie muß ausschalten, was nicht bildungswirksam ist oder was nicht politisch willensbildend wirkt. Die Vereinfachung muß nach den Grundgedanken erfolgen, die in dem Zitat [17]) zum Ausdruck kommen.

Man kann das auch anders ausdrücken: die Arbeiterschaft muß danach streben, das wirtschaftliche, politische und überhaupt das ganze gesellschaftliche Leben seiner *Abstraktheit* für den Einzelnen zu entkleiden! *Jedem muß in seinen kleinen Kreisen das größere Ganze wieder bewußt werden können.* Auf der einen Seite muß das erreicht werden durch die gesellschaftliche Umwandlung: Wir müssen eines Tages diejenigen Rechtsreformen und Herrschaftsverhältnisse in Wirtschaft, Staat und Recht aufzuheben trachten, die es ermöglichen, daß einzelne Menschen die übrigen zu Mitteln ihres Eigenzweckes machen. Wir müssen das gesellschaftliche Leben wieder durchsichtiger und überschaubarer machen wollen.

Ehe das gesellschaftliche Leben seine Abstraktheit durch eine tatsächliche Umgestaltung verliert, muß aber *die Abstraktheit aus unseren Darstellungen verschwinden!* Das ist die andere wichtige Aufgabe der Gegenwart. Die Abstraktheit unserer Darstellungen im Leitaufsatz und in der Versammlungsrede, in den „populären" Büchern und in den wissenschaftlichen Zeitschriften ist tief begründet in der Entstehungsgeschichte des wissenschaftlichen Sozialismus. Es ist eine Auswirkunag der besonderen Denkmethode des Marxismus, die aber nicht spezifisch marxistisch zu sein braucht.

Der Marxismus stellte die *objektiven* Bedingungen heraus, unter denen die gesellschaftlichen Bewegungen ablaufen. Er sah als gesellschaftliche Triebfedern nur Kräfte, die in der Wirklichkeit existieren. Er setzte seine These einer Auffassung entgegen, die nur das Individuelle, Einmalige beschrieb und den Urgrund des Geschehens in den unabhängig von der Materie wirkenden Ideen ansah. Er mußte in dem Kampf um die Durchsetzung seine Behauptungen sehr überspitzen. Gegenüber jener Auffassung, die die Geschichte von Helden und Königen, jedenfalls von Personen machen ließ, war das Objektive, die „sozialen Gesetze" zu betonen. Dazu kam, daß der Marxismus auch das Kind seiner Zeit war, wenngleich er selbst die Abstammung leugnete. Diese Zeit ist geistesgeschichtlich bekannt als die des Naturalismus und des

Positivismus. Es war die Zeit der Uebertragung des naturwissenschaftlichen Denkens auf die gesellschaftlichen Geschehnisse.

Auch wenn man die gesellschaftlichen Gesetze nicht als mechanisch und mathematisch beweisbar wie damals die Naturgesetze ansieht, sondern als Tendenzen, die durch Gegentendenzen gestört und geändert werden können, wie es der Marxismus tut, liegt in der Form, in der sie uns hinterlassen sind, eine Gefahr. Wohl ist es nur mit ihrer Hilfe möglich geworden, die kapitalistische Gesellschaft in ihrem Ganzen und in ihrer Struktur zu überschauen, aber in ihrem Ausbau und in der Verlängerung auf die Gegenwart sind die Nachfahren der Altmeister nicht mitgekommen. Seitdem auch in der gesamten nichtsozialistischen Wissenschaft gesellschaftliche Fragen in den Vordergrund gerückt sind, und nachdem viele der objektiven Grundtatsachen, die die Altmeister herausstellten, unter dem Zwange der Verhältnisse auch von Nichtsozialisten erkannt und einbezogen werden mußten, sind die Dinge viel diffiziler geworden. Es tritt wieder der individuelle Fall, diesmal *im Rahmen der gesellschaftlichen Bedingungen*, also die besondere, jeweilige *Anwendung* in den Vordergrund. Für solche konkrete Anwendungen reichen viele allgemeine Formulierungen nicht mehr aus, erst recht, wenn sie in der Auslegung strittig geworden sind. Die „Bewegungsgesetze der Gesellschaft" vermitteln einen großartigen Ueberblick, sie gelten im kapitalistischen Amerika genau so wie in Deutschland und Frankreich, aber sie führen leicht dazu, das Besondere, den konkreten Fall und die konkrete Aufgabe, zu übersehen, weil von der individuellen Gestalt notwendigerweise abstrahiert werden mußte. Die Gefahr liegt besonders dort, wo der Marxismus mit Denkmethoden verknüpft worden ist, die das *formalgesetzliche* Denken fördern. Und sie ist besonders groß dort, wo eine „Anwendung" auf den konkreten *politischen* Fall versucht wird.

Gerade wer als Marxist den Kampf gegen Positivismus und Naturalismus, der in den letzten Jahren nachgerade Mode geworden ist, nicht mitzumachen braucht, muß ihn von den positivi-

stischen Schlacken befreien helfen. Er darf nicht stehenbleiben bei der Analyse des Allgemeinen. Er darf nicht mit abstrakten Konstruktionen im luftleeren Raum politische Notwendigkeiten begründen wollen, sondern er muß im konkreten, individuellen Fall das Einmalige *und* das Allgemeine sehen. Er darf nicht bei der Feststellung stehen bleiben, daß und warum die Dinge Herrschaft über die Menschen gewannen, sondern er muß den Zusammenhang herstellen, indem er den Menschen wieder einbezieht. Er muß in seinen Darstellungen *vom Menschlichen zum Menschen sprechen.* Er darf den Darstellungen nicht die abstrakte, unpersönliche „sachlich-objektive" Form geben, die blutleer ist und den normalen Menschen nicht drückt oder mitreißt. Er soll nicht etwa unsachlich und unobjektiv werden, erst recht soll er nicht in einen Kult des Irrationalen eintreten, sondern er soll die Dinge nicht nur von den Dingen aus beschreiben, als objektive Gesetze. Er soll ihr Wirken zu den Menschen in Beziehung setzen. Es wird freilich noch sehr lange dauern, bis wir nur *Programme* erhalten, die den Menschen wieder zu begeistern vermögen, die nicht mehr ins Deutsche übersetzt zu werden brauchen, ins Deutsche des einfachen Mannes, der kein Wissenschaftler sein kann! Und noch schwieriger wird es sein, die Redakteure von ihrem unpersönlichen Zeitungsdeutsch abzubringen!

(Auf die erkenntnistheoretischen Ausgangspunkte dieser Haltung kann hier nicht eingegangen werden, auch nicht auf die Frage, in welcher Weise diese Haltung tatsächlich mit der soziologischen Denkmethode des Marxismus vereinbar ist.)

Damit ist auch die Stellung formuliert, die in dem Kampf gegen den „Rationalismus" einzunehmen ist. Es ist sinnlos, sich negativ gegen ihn aufzulehnen. Das geschieht ohne uns und abseits unserer Arbeit seit 20 Jahren ausreichend auf allen Gebieten. Das war eine notwendige Reaktion, die allerdings nicht nur negativ geblieben ist. Es war eine Auflehnung gegen den Geist des Kapitalismus. Wer auf Grund dessen aber nun lediglich Intuition und Schau gelten lassen wollte, würde zum Reaktionär. Es wird auch

weiterhin notwendig bleiben, die Rationalität, besonders in der Wissenschaft, auf die denkbar größte Weise zu steigern. Aber wir müssen die Haltung aufgeben, daß wir über das, was nicht rational beweisbar und wiederholbar ist, nichts aussagen. Wir müssen schärfer als bisher *die Grenzen des Rationalen hervorheben* und *weniger als bisher vor dem Irrationalen und den Sinnfragen Halt machen.* Dann wird sich aus der Auseinandersetzung über die neue Betrachtungsweise ihre praktische Wirksamkeit und Fruchtbarkeit abschätzen lassen. Ein zügelloser und richtungsloser Irrationalismus wäre politisch mindestens ebenso gefährlich als der Nurrationalismus. —

Was vom Organisatorischen aus zur Frage des Fetischismus zu sagen ist, ist zunächst die Formulierung der Aufgabe. Für die Organisationen der Arbeiterbewegung besteht die Aufgabe, sich aller Mittel rationaler Kalkulierbarkeit zur Erzielung höchster Kampffähigkeit und Schlagkraft zu bedienen, ohne daß sie die schädlichen Auswirkungen dieses Stufenleiteraufbaues, die Erstarrung und den Fetischismus, übernimmt und ohne daß sie die lebendigen, nicht kalkulierbaren Kräfte dabei verschüttet. Das ist das *Problem* der Organisation der Arbeiterbewegung, der Ausgangspunkt für die Organisationslehre.

Die Organisationen und die Machtentfaltung

a) Die Organisationen im Staate.

Den Staat lediglich in seiner Rechtsform zu sehen, die letzten Endes in der Verfassung niedergelegt ist, ist einseitig. Er ist ebenso in seiner soziologischen Formbildung zu begreifen, die sich aus dem *Zusammenwirken der großen und kleinen gesellschaftlichen Verbände* ergibt. Der Staat als Rechtsform und als soziologischer Verband sind keine Gegensätze. An der Rechtsordnung des Staates finden die vielen gesellschaftlichen Gebilde, die als organisierte Gruppen wirken, praktisch ihre letzte Orientierung, ganz gleich, ob sie beziehungslos nebeneinanderstehen, ob ihre verschiedenen Ziel- und Zweckrichtungen sich kreuzen oder überschneiden, ob sie sich bekämpfen oder miteinander vereinen.

Viele Organisationen sind aufgebaut als Verbände mit freiwilliger Gefolgschaft, wenigstens der Form nach. Sie beruhen auf freier Werbung! Ein kleiner Teil sind Zwangsverbände. Ihr Wirken ist für viele Menschen die Voraussetzung zur Existenz.

Alle Verbände arbeiten im Prinzip auf die gleiche Weise. Sie besitzen einen Apparat und greifen, wo es angeht und wo es ihren Zwecken entspricht, in die verschiedenen gesellschaftlichen Sphären ein, meist in die Politik. Dieses Eingreifen vollzieht sich in einer nicht ohne weiteres sichtbaren Weise. Es nimmt die Form von Macht und Herrschaft an und soll in den nächsten Kapiteln durchschaubarer gemacht werden.

Ein Teil der Organisationen wirken als „Interessenverbände". Das sind Zweckverbände, die niemals erwarten, daß sie je alle Staatsbürger umfassen. Sie vertreten ein Einzelgruppeninteresse. Sie richten ihr Ringen im Staate nie auf alle Seiten des gesell-

schaftlichen Lebens. Sie führen ihren Kampf um den Staat und gegen die anderen Organisationen soweit, als es ihren „Interessen" entspricht. Nur auf einem Teilgebiete wollen sie in das staatliche Leben eingreifen, um es anders zu ordnen.

Der andere Teil sind die Organisationen, die sich an die Allgemeinheit wenden und ihre Forderungen am Gemeinwohl begründen. Auch wenn sie zunächst nur an eine bestimmte Gruppe appellieren, wollen sie letzten Endes alle Menschen überzeugen, den ganzen Staat beherrschen. Die organisierte Arbeiterbewegung ist zu dieser Gruppe zu rechnen.

Allen diesen Verbänden ist die Organisation Mittel zur Machtdurchsetzung im Staate. Auch die den Staat programmgemäß bekämpfen, müssen sich stärkst um ihn kümmern und an ihm orientieren. Denn der Staat ist kein Gebilde *neben* all diesen Organisationen. Er ist auf keinen Fall nur der Verwaltungsapparat, der die Anderen beherrscht. Sondern *jede dieser Organisationen ist ein Teil von ihm und bestimmt zu ihrem Teile seine Struktur mit.* Deshalb steht auch die staatliche Ordnung nicht über der Ordnung der Organisationen; sie ist nur das letzte Ende ihrer vielfältigen und vielförmigen Verflechtungen. Aus dieser Doppelform ergeben sich viele Streitfragen.

In dem Zeitpunkte, in dem eine gültige Rechtsordnung des Staates geschaffen wird, ist sie der genaue Ausdruck der tatsächlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse der organisierten Gruppen im Staate. Im Laufe der Zeit kann zwischen beiden ein Widerspruch eintreten. Die Kräfteverhältnisse haben sich verschoben, aber die Verfassung, die Rechtsordnung ist die alte geblieben. Der rechtliche Tatbestand gerät in Spannung mit dem soziologischen. Das hat Grenzen. Auf die Dauer kann sich das Recht nicht gegen die tatsächlichen gesellschaftlichen Machtverhältnisse wenden. Es entsteht die Tendenz, eines Tages die Rechtsordnung den tatsächlichen Machtverhältnissen anzupassen. Insofern gibt es zeitweilig Macht ohne Recht, aber Recht ist nicht

denkbar ohne Macht. Das Recht ist die Erscheinungsform jeder Art von Macht und von Herrschaft.

Alle Gruppen, die den Staat beeinflussen wollen — ob sie ihn völlig oder teilweise ändern mögen —, können dies nur, indem sie versuchen, *ihre Machtansprüche in Recht umzuwandeln.* Das ist die technische Seite der Politik. Insofern erstrebt alle Politik letzten Endes die *Umwandlung der Gruppenforderungen vermittelst der Gruppenwillen in Gesetzgebung.* Gesetzgebung und Rechtsprechung sind die große Arena, in der die gesellschaftlichen Machtkämpfe ausgetragen werden.

Die Gruppen, die öffentlich dazu legitimiert sind, die Umsetzung der Gruppenwillen auf dem Wege politischer Zielsetzung in Gesetzgebung herbeizuführen, sind in Deutschland die Parteien. Obwohl sie an keiner Stelle der Verfassung erwähnt sind, sind sie sogar die Träger des Regierungssystems. Dieser Widerspruch hat seine Ursache darin, daß die Schöpfer der Weimarer Verfassung ein Staatsbürgerideal aus dem vorigen Jahrhundert hatten. Sie wollten nicht die tatsächliche soziale Struktur und die seitdem erfolgte Gliederung der Staatsbürger in Klassen-, Interessen- und Weltanschauungsverbände sehen.

Diese liberalen Staatstheoretiker des vorigen Jahrhunderts sahen den Staatsbürger als Einzelindividuum. Sie nahmen an und forderten, daß jeder Staatsbürger bei seinen politischen Handlungen seine eigene Meinung bilde, einzig aus seinem Innern heraus. Aus seiner Einzelvernunft — meinten sie — fasse er auch die Entschlüsse bei den Wahlen zum Parlament. Dieser „rationalistischen" Auffassung entsprach das Ideal der Beteiligung aller einzelnen Staatsbürger an der Staatsgewalt. („Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.") Und das Parlament war nach dieser Auffassung der Ort, wo in voller Oeffentlichkeit in Rede und Gegenrede das Bessere gegenüber dem weniger Guten abgewogen wurde. Die Parlamentarier waren zwar Auserwählte, aber sie waren in jeder Hinsicht frei und nur ihrem Gewissen, nicht ihrem Auftrag verpflichtet.

Diese Auffassung der Demokratie und der politischen Meinungsbildung ist längst als Illusion erkannt, wenn auch noch nicht überwunden. Sie dient im wesentlichen Phantasten und Demagogen als Ausgangspunkt und Maßstab, von einer „Krise der Demokratie" oder von einer „bürgerlichen Demokratie" zu sprechen.

Heute sind es die freiwilligen Vereinigungen von Staatsbürgern, die den politischen Zweck aufstellen und die die Wahlen und die übrige Politik in eine bestimmte Richtung zu lenken suchen. Der Einzelne dagegen ist überhaupt nicht mehr in der Lage, die Staatsnotwendigkeiten zu überschauen. Die Parteien „machen" alles. Auch das ist kein Zufall und keine Rechtskonstruktion.

Die Entstehung der heutigen Massenparteien hat ihre Ursache in der Veränderung der sozialen Struktur, die sich seit den letzten 60 und mehr Jahren in Deutschland vollzogen hat. Wenn es beispielsweise 1871 bei 40 Millionen Menschen 8 Millionen Wahlberechtigte gab (20 Proz.) und bei der letzten Reichstagswahl von 1928 bei 63 Millionen über 40 Millionen Wahlberechtigte (65 Proz.), dann geht das parallel der Erscheinung, daß wir 1871 ca. 45 Proz., 1928 ca. 70 Proz. Lohnarbeiter in Deutschland hatten. 1875 lebten 6 Proz. aller Deutschen in den Großstädten, heute sind es fast 30 Proz.; und die von ihrem Denken und Sein beeinflußt werden, die in den kleinen Städten und dicht um sie herum wohnen, sind über drei Viertel des deutschen Volkes! Die Auflösung der durch die Tradition gebundenen, bürgerlich-bäuerlichen Kleinwelt durch die Maschine, die Ansammlung riesiger Menschenmassen in den Großstädten, die Umwandlung der alten Gemeinschaftsverhältnisse in rational zu ordnende „Gesellschaft", das rasche Anwachsen des Industrieproletariats, das als Bodensatz der Gesellschaft politisch unterdrückt wurde, mußten zwangsläufig zum Aufbau von Massenorganisationen führen, die aus dem Untertanen den politisch mündigen und gleichberechtigten Staatsbürger machen wollten. Sobald dann in einem Lande eine Gruppe ihren politischen Betrieb bürokratisiert, müssen die an-

deren Gruppen notgedrungen folgen, wenn sie auf die Dauer nicht unterlegen bleiben wollen.

Diese Entwicklung entspricht auch den sonstigen kapitalistischen Tendenzen. Wenn die Vorausberechenbarkeit im Erwerbsleben alle anderen gesellschaftlichen Gebiete durchdringt, kann sie vor den selbstgeschaffenen Großgruppen nicht Halt machen. So wie alle Sphären menschlichen Lebens in Einzelabteilungen aufgelöst werden, wird auch die Politik von der kulturellen Sphäre getrennt. Sie erhält ihr Eigenleben, schafft aus den lokalen politischen Kleingruppen überlokale Reichsparteien und verlegt den Standort des politischen Lebens, das mehr und mehr unpersönlich wird, nach der Reichshauptstadt.

Infolgedessen kann es in unserer Zeit keinen anderen Weg zur Einzeldurchsetzung im Staate geben als den der Vereinigung in Berufs-, Interessen-, Weltanschauungsgruppen, in Unternehmerverbände, Handwerkerorganisationen, Gewerkschaften, Anwaltskammern, Arbeiterkammern, Hausfrauenvereine, Parteien. Und wer sich gegen die Parteien wendet, muß sich konsequenterweise auch gegen jede dieser anderen Organisationen wenden, muß sich vor allem wenden gegen den Kapitalismus und gegen die Großstadt! —

Nur aus diesen Tatsachen ist es zu verstehen, daß auch der Parlamentarismus seine alten Formen gewandelt hat. Die Verhandlungen im Plenum der Parlamente sind eine leere Form geworden. Längst vor jeder Abstimmung steht das Ergebnis der Abstimmung fest, denn die Beschlußfassung darüber hat sich geheim in den Fraktionen und Kommissionen vollzogen, und die Darlegungen der Abgeordneten sind Offenbarungen des Parteistandpunktes, nicht die persönliche Meinung der Einzelnen.

Darum ist die politische Meinungsbildung heute nicht mehr Sache des einzelnen Staatsbürgers, sondern es sind *die großen gesellschaftlichen Verbände*, die die Meinungs- und *Willens*bildung systematisch betreiben. Sie betreiben diese Meinungsbildung unter Anwendung massenpsychologischer Einsichten und erreichen da-

mit, daß die Willensinhalte nur in relativ geringer Typenzahl auftreten, weil die Massen relativ gleichen Rieseneinwirkungen, besonders zu Wahlzeiten, unterliegen. Man kann also nicht mehr die alte Meinung vertreten, daß die Mehrheitsentscheidung deswegen untrüglich sei, weil die große Mehrzahl der Wähler das Richtige will und tut. Diese Auffassung gründet sich auf den psychologischen Einzelwillen und muß jede Parteibildung als eine die freie Entschließung störende Erscheinung ablehnen. Sie entspricht einer sozialen Struktur, die vor 80 Jahren bestanden hat. Um so stärker treten in der Gegenwart die soziologischen Gesetze des Massen- und Gruppenverhaltens in den Vordergrund, um so notwendiger ist es auch, sich mit den allgemeinen Voraussetzungen jeder Gruppenmeinungsbildung zu befassen.

b) Der Herrschaftsapparat des Staates.

Die Mittel, mit denen der Staat auf die Organisationen und auf die einzelnen Staatsbürger wirkt, wollen wir den Staatsapparat nennen. Der Staatsapparat ist nichts anderes als das Heer und die Bürokratie, deren sich der Staat zur Verwaltung und zur Ausführung seiner Aufgaben bedient. Wie jede andere Bürokratie ist sie ein System von Stufenleitern und Rangordnungen, in denen jede Leitungsfunktion eine Herrschaftsfunktion ermöglicht. Nur besteht der Unterschied gegenüber anderen Herrschaftssystemen, daß die Staatsbürokratie ihre Befehle durch Zwang, auf dem Wege der Gewalt durchzusetzen vermag. (Auch ein sozialistischer Staat muß mit dem Recht ausgestattet sein, physischen Zwang auszuüben, weil er sonst nicht das geordnete Zusammenleben zu gewährleisten vermag.) Das Eingreifen des Apparates ist überall dort gegeben, wo die gesellschaftlichen Verbände nicht mehr von sich aus ihr Handeln regeln können. Der Staat hat das letzte Wort, wenn die Gruppen in ihrem Streite nicht mehr weiter kommen. Er entscheidet innerhalb des Staatsgebietes als letzte Stelle, wo Konflikte die Rechtssicherheit bedrohen oder die staatliche Einheit gefährden. Er ordnet in letzter Instanz[19]).

Früher wurde der Staat zusammengehalten durch die kriegerische Macht der herrschenden Klasse. Erst der Absolutismus der letzten Jahrhunderte hat sich als Herrschaftsmittel noch die Bürokratie geschaffen. Diese Herrschaftsform setzt aber einen Staat mit politisch unselbständigen und unbedeutenden organisierten Gruppen voraus.

In dem Maße, als die selbständigen Organisationen im Staate zunehmen, als die großen Massen Anteil an der politischen Gestaltung fordern, verringert sich die Nichts-als-Herrschafts-Funktion der Staatsbürokratie. Die Demokratie vermag die Herrschaftsbestrebungen auf die mildeste Form zu bringen.

Die Demokratie kann jedoch auf die Staatsbürokratie nicht verzichten. Im Gegenteil wird sie ihr notwendigerweise sogar größeren Umfang geben. So wie die Wirtschaftsordnung zwangsläufig eine ständige Ausweitung aller kapitalistischen Größen erlebt, muß auch der Staat immer mehr Aufgaben übernehmen, muß er in immer neue Gebiete ordnend und regelnd eingreifen. Man kann diese Tendenz als Gesetz der wachsenden Staatstätigkeit bezeichnen. Aus diesem Grunde muß auch die Zahl der staatlichen Herrschaftsträger — der zivilen und der militärischen Beamten — immer größer werden.

Die *Unterschiede* der Staatsbürokratie gegenüber dem bürokratischen Apparat der übrigen Organisationen liegen nicht nur in dem Recht zur Gewalt, sie liegen auch in der Form der Leitung und der Kontrolle: In den Organisationen der Gemeinde und der Kirche, beim Landbunde und in der Bank handelt es sich um gradweise verschiedene *Selbstverwaltung*. Bei ihnen können zum Mitberaten, Mitbeschließen und zur Kontrolle ehrenamtliche oder beauftragte Vertreter der „Beherrschten" der Leitung beigeordnet sein. Die Staatsbürokratie stellt niemals nur „Selbstverwaltung" dar. Bei der Selbstverwaltung setzt das „Ordnungsstreben" den *gleichgerichteten Willen* voraus, sucht es ein allen gemeinsames Ziel zu verwirklichen. Bei der Staatsbürokratie stehen an der Spitze *politische* Leiter. Und der Politiker muß versuchen, *den*

eigenen Gruppenwillen gegenüber dem fremden durchzusetzen. Politik ist *Kampf!*

Die Herrschaft der Staatsbürokratie wird dadurch ausgeübt, daß der Verwaltungsapparat den Befehlen der Auftraggeber gehorcht oder in jedem Augenblick auf Anruf zur Verfügung stehen muß. Mit der Verfügung über die Produktionsmittel der Politik oder über die Kriegsmittel des Heeres oder über die Verwaltungsmittel der öffentlichen Verwaltung wird der „Staatsbürger", der Soldat und der Beamte genau so hierarchisch abhängig von seinem Betriebskommandeur wie der Arbeiter in der Fabrik, der von seinen Produktionsmitteln getrennt ist, von seinem Vorgesetzten.

Die Staatsgewalt wird demzufolge nicht lediglich von den Beamten ausgeübt. Der Beamte ist nicht Herrscher, sondern Diener der Staatsgewalt. Die Staatsgewalt wird verkörpert von den Personen, die auf Grund der Verfassung als oberste Organe fungieren. Aber Anteil haben an ihr *alle Organisationen im Staate,* die soziologisch auf ihn wirksam sind!

Daraus werden zweierlei Erscheinungen verständlich: das Streben aller organisierten Gruppen, *die Aemter im Staate zu besetzen* (nicht Patronage), was sich in verschiedenerlei Formen vollziehen kann, und zweitens das Bestreben der Organisationen, von *außerhalb* den Herrschaftsapparat zu *kontrollieren,* durch Gegenmacht und Gegenbürokratie die Herrschaftsbestrebungen einzuschränken und der Ausführung Richtung zu weisen.

Diesen Wandel im Charakter des Staates übersehen unsere Intransigenten. Für sie ist kapitalistischer Staat kapitalistischer Staat, *nichts* als ein „Herrschaftsinstrument zur Unterdrückung der besitzlosen Klasse". Als ob ein solches Herrschaftsinstrument nicht auch die Kirche und der Betrieb sein können! — Je mehr der Staatsapparat wächst, weil ihm immer mehr Aufgaben zugeschrieben werden, je mehr die militärische Organisation des Staates zurücktritt zugunsten der wirtschaftlichen, technischen, sozialen und kulturellen Aufgaben, je mehr die unteren Schichten

durch Organisationen Gegengewichte schaffen, die *grundsätzlich* an *allen* Punkten des Staatsapparates und an der Leitung des Staates Anteil haben können und erstreben, desto mehr können grundsätzlich auch die unteren Schichten tatsächlich und stufenweise eindringen und den Apparat für sich dienstbar machen!

c) Der Staat und die Organisationen.

Der demokratische Staat kann nur Einheit sein, solange er die Vielheit der Gruppenwillen zu organisieren vermag. Er ist nicht nur eine „Ordnung" („Der Staat ist die Rechtsordnung" sagt der Staatsrechtslehrer Kelsen!), sondern er muß Organe haben, die im Auftrage der „Staatsbürger" und verbindlich für sie handeln. Sie müssen das Zustandekommen und Aufrechterhalten der Staatseinheit gewährleisten, wenn die Organisationen im Wettstreit um Macht und Herrschaft im Staate den eigenen Willen gegenüber den gegnerischen durchzusetzen streben. (Das Streiten ist also eine notwendige Erscheinung, aber selbstverständlich können die Formen des Streites verschieden sein. Die höchste und erstrebenswerteste Form des Kampfes ist das Ringen auf geistiger Ebene. Freilich ist keine Gruppe in der Wahl ihrer Mittel frei.) Solange die Gruppenwillen im Staate gegensätzlich sind, kann der Gesamtwille, der „Volkswille" nur aus den integrierten Einzelwillen bestehen. Aber auch jede die herrschende Gruppe bekämpfende Organisation muß wollen, daß sich ein Gesamtwillen ergibt, sonst zerfällt der Staat oder — eine mildere Form — die Politik der „verneinenden" Gruppe wird zum Mißerfolg. Insofern bestehen zwischen allen organisierten Gruppen im Staate Gemeinsamkeiten. Diese Gemeinsamkeiten sind keine „Volksgemeinschaft", aber sie können auf eine Volksgemeinschaft tendieren.

Daraus ergeben sich die Funktionen, die den obersten Organen des Staates beim Kampf um die Gestaltung des Staates durch die Politik zukommen, insbesondere bei der Umwandlung in Gesetzgebung.

Die Gesetzgebung ist ein Spiel der Gruppeninteressen. Die Gruppen *müssen* zu einem Ausgleich kommen, wenn eine praktische Arbeit möglich sein soll. Diesen Ausgleich herbeizuführen ist Aufgabe *jeder Regierung* — also auch einer sozialistischen. Darum ist es richtig, wenn der Soziologe Barnes [20]), S. 91, sagt: „Die Regierung ist das Forum, das den Gruppen gestattet, ihren Interessenkampf öffentlich zu führen und sich in immer mehr oder minder vollständigem Maße den Gegenstand ihrer Interessen zu sichern."

Wo die Regierung die Konflikte zweier oder mehrerer Gruppen schlichtet, sucht sie keinen überparteilichen Ausgleich, sondern, da sie selber ein Organ von Gruppeninteressen ist, wird sie sich auf den Standpunkt der gerade mächtigsten Gruppe oder Gruppen stellen und eventuell vorschreiben, in welcher Weise der Konflikt geschlichtet werden muß. Solange sich die Parteien gleichberechtigt nebeneinanderstellen und um den Staat kämpfen, müssen sie diese Funktion der Regierung anerkennen, sonst zerfällt der Staat. Darum hängt auch der Erfolg einer Regierung in hohem Grade mit davon ab, in welchem Grade ihr dieser Ausgleich der Interessengegensätze und eine Vermittlung zwischen den Interessengruppen gelingt. Stresemanns Bedeutung liegt nicht so sehr in der Genialität seiner Politik, als vielmehr in dieser Fähigkeit zum Ausgleichen. (Selbstverständlich soll das nicht heißen, daß die Regierung keine eigene Meinung über die Arten und Ziele des Ausgleichs haben soll!)

Der Ausgleich zwischen den streitenden Gruppen kann auf zweierlei Weise erfolgen: entweder in machtmäßiger Alleindurchsetzung eines Gruppenwillens (oder einiger) *vor* allen anderen oder durch Konzessionen. Im ersten Fall stellt es ein Aufzwingen der eigenen Meinung dar, wofür Voraussetzung ist die tatsächliche Ueberlegenheit in der Meinungs- und Urteilsbildung (vielleicht durch Beherrschung der Zeitungen usw., siehe späteres Kapitel) und der Besitz der ausschlaggebenden „Positionen". Diese Gruppe muß die geistige Fähigkeit und den materiellen Apparat besitzen, dann

allein Staat und Gesellschaft zu ordnen. Anders ist es bei dem Ausgleich durch Konzessionen.

Die Konzessionen sind ein Ausdruck der Teilzustimmung, dort wo die machtmäßige Aufzwingung der Einzelgruppenmeinung in Rechtsform nicht möglich ist. Natürlich werden diese Teilzustimmungen zum Kampfgegenstand, um den gerungen, „gehandelt" wird. Ein beredtes Beispiel aus der letzten Gegenwart sind die langwierigen Verhandlungen des Reichskanzlers Müller im Juni 1928 um das Zustandebringen einer Regierung. Es zeugt von wenig Einsicht in den inneren Mechanismus der Demokratie, wenn Zeitungen, die die Demokratie verteidigen, dabei geringschätzig und spottend vom „Kuhhandel" reden, denn Demokratie ohne „Kuhhandel" ist nicht denkbar. In einer Zeit, wo das Bürgertum nicht ohne die Arbeiterschaft regieren kann, aber die Arbeiterschaft noch nicht stark genug ist, um allein die Regierung zu führen — wie es in den Wahlen vom 20. Mai 1928 zum Ausdruck kam —, kann nur in Formen dieses „Kuhhandels" regiert werden. Ein Kompromiß *muß* also das Ergebnis sein, wenn es keinem der kämpfenden Teile gelingt, über den anderen zu siegen.

Aber natürlich ist das Kompromiß sinnlos, wenn im voraus feststehen sollte, daß keiner der kämpfenden Teile etwas dabei gewinnt. Wer vor oder bei Beginn des Kampfes seinen Genossen sagt: wir wollen oder müssen ein Kompromiß schließen, ist also der Meinung, daß er *nicht* über den Anderen siegen wird, daß die eigenen Kräfte schwächer als die des Gegners seien. Er muß dann von vornherein erwogen haben, ob er sich überhaupt mit dem Gegner auf diese Form des Kampfes einlassen soll. Wenn er mit dem alleinigen Sieg rechnet, kann er andererseits seine Anhänger beim Beginn der Kampfhandlungen nicht auf das Kompromiß vorbereiten.

Außer diesen „öffentlichen" politischen Kompromissen werden von den organisierten Großgruppen auch ständig Kompromisse geschlossen, die für die Oeffentlichkeit nicht sichtbar werden. So z. B. haben die Gewerkschaften und die Vereinigung der deutschen

Arbeitgeberverbände schon ihre Zustimmung oder Ablehnung, ihre Richtlinie oder ihre Teilzustimmung erklärt, ehe manche Gesetzentwürfe den Ministerialreferenten verlassen, auch wenn sie im Augenblick nicht in der Regierungskoalition sitzen. An vielen öffentlichen und halböffentlichen Stellen, besonders der Sozialgesetzgebung und -verwaltung, fällen Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder die verschiedenen politischen Gruppen in direkter und freier Vereinbarung dauernd Entscheidungen, die als Grundlage zur Gesetzgebung dienen oder (als Rechtsauslegung) direkt wie Gesetze wirken. (Es wäre verdienstvoll, wenn Partei und Gewerkschaften diese Seite ihrer politischen Tätigkeit dem Vertrauensmann im Zusammenhang künftig stärker klarmachen würden.)

Das und nichts anderes ist der Sinn des politischen Kompromisses. Dieses politische Kompromiß ist also kein moralisches, entehrendes, ist keine „Gesinnungsgemeinschaft", sondern eine sachliche, praktische, zweckgerichtete Vereinbarung, die *immer* dort eintreten muß, wo die eigene Macht zur Durchführung der geschlossenen eigenen Gruppeninteressen noch nicht ausreicht und die vollkommene einheitliche, geschlossene Durchsetzung der gegnerischen Gruppeninteressen und ihre Umwandlung in Gesetzgebung *verhindert* werden soll. Es wird dann nur ein Teil der eigenen Forderungen durchgesetzt, ohne daß die Gruppe verhindern kann, daß ihren Grundsätzen widersprechende oder nicht voll entsprechende andere Teile infolge der Machtkonstellation herausgenommen werden. Daß es dabei Grenzen geben kann, wo die Verweigerung des Kompromisses öffentlich demonstriert werden muß, um „die Verantwortung vor der Oeffentlichkeit" abzulehnen, ist selbstverständlich. Auch ist es eine andere Frage, inwieweit die Partei- und sonstige Oeffentlichkeit um der Handlungseinheit willen jeweils über Stand und „Wert" der Kompromisse unterrichtet werden muß.

Jedenfalls kann man *Barnes* auch zustimmen, wenn er (S. 91) über die Funktion des Staates aussagt: „Der Staat ist dazu da, die Konflikte in den notwendigen Grenzen zu halten und sie aus

zerstörenden in aufbauende Mittel umzuwandeln." Otto *Bauer* hat sich [21]) in direktem Bezug auf die Arbeiterschaft ähnlich geäußert, wenn er sagt: „Die Arbeiterklasse kann ihren Klassenkampf nur innerhalb des historisch gegebenen staatlichen Rahmens führen. Sie lehnt es ab, die Lösung der nationalen Fragen vom ungewissen Siege einer imperialistischen Weltumwälzung zu erhoffen, da der Sieg des Imperialismus die Niederlage der Arbeiterklasse in den großen kapitalistischen Nachbarstaaten voraussetzt . . ." —

Wenn die Gruppenmeinungen und Gruppeninteressen in diesem Kampfe um Macht und Herrschaft eine so große Rolle spielen, liegt es nahe, daß wir uns nun der Meinungsbildung und Urteilsbildung der Gruppen zuwenden müssen.

d) Gruppenmeinung und Gruppenurteil.

Wie eine einheitliche Meinung oder Teilmeinung in einer Gruppe entstehen kann, ist die Frage, wie ein Gruppen*urteil* zustandekommt. Da alle Menschen nach Anlage, Fähigkeit, auf Grund ihrer Umgebung usw. verschieden sind, wird es niemals genau gleiche Urteile geben können. *Der Wurzelboden, die Grundströmungen* des Gruppenurteils sind die primitiven, rein gefühlsmäßigen Sympathien und Antipathien, die aus der *Lebenslage* heraus entstehen. Es sind triebmäßige Reaktionen, die aus den Umweltbedingungen, aus den gesellschaftlichen Tatsachen erwachsen: Schmerz, Freude, Furcht, Trauer, Glück, Haß, Neid. Sie sind stärker oder schwächer, je nachdem ob der Einzelne irgendwo erlebnismäßig stärker verwurzelt ist. Sie sind Ausdrucksformen des triebmäßigen Denkens und der *Grundanschauungen,* die für einen ganzen Kulturkreis gemeinsam und daher für weite Schichten ähnlich oder gleich sind. *Erst auf dieser Grundlage,* die gestaltlos ist, entstehen die speziellen Gruppenurteile.

An sich kann ein Urteil ethischer oder logischer Art sein. Das ethische entscheidet, ob eine Sache gut oder schlecht ist; das logi-

sche, ob sie folgerichtig erscheint. Auch das logische Urteilsvermögen beruht aber nicht lediglich auf dem Denken, sondern es sprechen stets viele Imponderabilien mit, die nicht anteilmäßig zu erfassen sein werden: Milieu, Arbeitsverhältnisse, Konvention, Sitte, Brauch und andere Gewohnheiten. Wenn wir von dieser Seite her unser Kapitel über das Gewohnheitshandeln fortführen, zeigt es sich, daß *das übernommene Urteil* eine recht große Rolle spielt. Eins der stärksten Argumente bei der Meinungsbildung ist die Berufung auf den „Anderen", der „ebenso handelt", der „der gleichen Ansicht ist".

Das Gruppenurteil bildet sich zunächst im kleinen Kreise, in dem es relative Uebereinstimmung erhält. Wenn diese kleine Gruppe eine der ersten Leitungsfunktionen einer Organisation innehat, wird das Urteil zum *maßgebenden* oder *tonangebenden* und nimmt den Weg durch die *Kanäle der Meinungsbildung,* von denen später die Rede ist. So übernimmt die Arbeiterschaft stark die Ansichten ihrer Lehrer, Erzieher, Führer, natürlich nicht nur die gehörten, sondern *insbesondere auch die gelesenen.* Gerade die Hochachtung vor dem geschriebenen Wort ist einer der Gründe für den Einfluß der Presse, die so stark meinungsbildend wirkt und die Ansichten ihrer Leser geradezu fabrizieren kann.

An sich muß ja Jeder, auch jeder Gelehrte und „strenge Wissenschaftler" Meinungen *„übernehmen"*. Er muß sich darauf verlassen, daß jener Andere, der Fachmann, exakt und richtig gearbeitet hat. Er muß sich die Berichte und Werturteile seiner Zeitgenossen in dem Maße stärker aneignen (oft ohne daß er sich der Abhängigkeit bewußt wird), als er sich selber auf ein engeres Fachgebiet beschränkt, oder auch, je mehr er diese Einsicht dem Anderen gegenüber — vielleicht auf Grund seiner Stellung — *vertreten, verteidigen und wiederholen* muß. Besonders die öftere Wiederholung wirkt stark suggestiv und meinungsbildend auf den Bildner wie auf die Gruppe. Die Wiederholung wirkt am stärksten, wenn es, wie gesagt, die „Autoritäten" sind, die die Urteile aussprechen. Darum werden ja auch immer wieder die „großen

Kanonen" für Vorträge geholt, obwohl ein Einheimischer, weil der die örtlichen Verhältnisse besser kennt, zuweilen das viel besser und umfassender als jener sagen könnte.

In ganz anderer Weise als durch das „Uebernehmen" kann die Urteilsbildung aber gefördert und unterstützt werden, wenn eine *Gesinnung* der Anlaß ist. Ueber die Gesinnung sagt Otte [22]): „Es ist das Bewußtsein, einen Ueberzeugungsschatz in seiner Seele zu besitzen, der dem Menschen über alles wert ist, für den er uneigennützig sich einsetzen, sich völlig verschwenden will. Die Gesinnung glättet oder steigert den Willensstrom, kann im schwächsten Körper Kräfte, eine Ausdauer, eine Wucht auslösen, welcher die Mitmenschen Bewunderung zollen müssen . . ."

Wenn eine *Gesinnung* die Mitglieder einer gesellschaftlichen Gruppe verbindet, dann sind die Mitglieder in ihrem *Wesen* verbunden. Eine Wesensverbundenheit ist möglich, wenn ein überpersönlicher, objektiver Wert erstrebt oder gelebt werden soll, der über die Gruppe selbst hinausgeht. Wesensverbundene Glieder einer Gruppe sind eine *Gemeinschaft.*

Gesinnung spricht sich nie in Formeln aus, Gesinnung ist nie theoretischer Streitgegenstand, Gesinnung ist Haltung! Die Gesinnung kann erwachsen aus gleichen Erlebnissen, aus gleichen Lebensgewohnheiten, aus gleichen Entwicklungsbedingungen, aus gleichen Anschauungen, aus gleichen Zielen. Gesinnung ist immer ein werthaftes Verhalten, das auf einem Glauben oder einer denkmäßig gewonnenen Einsicht beruht und an einem Postulat orientiert ist. Man hat sich für einen höchsten Wert entschieden und ordnet diesem alles unter, auch wenn das Handeln gegen das eigene Wohl verstößt. Ja gerade durch das *unbedingte* Einsetzen charakterisiert sich die Gesinnung. Gesinnung ist die tiefste, innerste Ueberzeugung eines Menschen.

Durch die Gesinnung wird die allgemeine *Richtung* des Willens festgelegt. Von ihr wird die Auswahl der Werte bestimmt. Wer sich einmal zu einer Gesinnung durchgerungen hat, lehnt bestimmte Dinge von vornherein, ohne Prüfung, ab. Daher kann

man sagen: wo die Gesinnung die Grundlage für die Urteilsbildung abgibt, werden alle herankommenden Urteile von ihr *gefiltert*. Wenn wir von der *Grundströmung* sagen konnten, daß sie „der Boden ist, auf dem sich die Urteile gestalten", so kann man von der Gesinnung sagen, daß sie es ist, die die Urteile *formt*. Aber während die Grundströmungen bei den Massen eines ganzen Kulturkreises nicht sehr verschieden sind, ist die Gesinnung spezialisiert auf Gruppen und Schichten. Münzner [23]) sagt (S. 47): „Das Urteil vermag um so leichter aufgenommen und anerkannt zu werden, je eher es der Gesinnung der Masse entspricht." In einer für die Werbung wichtigen Wendung heißt es weiter im Zusammenhang mit der Frage des übernommenen Urteils: „Je mehr ein Urteil wiederholt wird und je mehr es der Gesinnung einer Schicht entspricht, desto mehr Aussicht hat es, selbst zur Gesinnung, zum Gesinnungsbestandteil zu werden — eine Erkenntnis, die die Zeitungen oft in gefährlicher Weise ausnutzen."

Die öffentliche Meinung

Das bisher über die Urteilsbildung Gesagte bezieht sich auf die organisierten gesellschaftlichen Gruppen. Eine interessante Form nimmt diese Urteilsbildung bei dem „Gespenst öffentliche Meinung" an. In Wirklichkeit gibt es *die* öffentliche Meinung nicht. Es gibt höchstens öffentliche Meinungen. Die Grundvoraussetzung für die „öffentliche" Urteilsbildung sind die verschiedenen Organisationen und Verbände, oder die Apparate, welche die *Zeitungen* besitzen. Ihre Grundlage sind die gleichen oder ähnlichen Zwecke, Gesinnungen oder Ziele, die sie mit ihrer Meinungsbildung verfolgen. Die öffentlichen Meinungen kommen zustande durch die Vielheit der „maßgebenden" Urteile der einzelnen Meinungs*schichten*. Sie gehen also im Grunde wieder zurück auf die soziologischen Schichtungen. Eine Korrektur erfolgt aber durch die Einrichtung der Zeitungen. Welche dieser Schichten durch ihre technischen, geistigen oder Gemütsmachtmittel am stärksten ist, beherrscht am stärksten das allgemeine Urteil, trägt ihre Urteile am stärksten den Uebrigen auf. Das ist möglich, weil erstens der große Teil die Urteile kritiklos *übernimmt*, zweitens aber in

den meisten Fällen auch nicht in der Lage ist, die Richtigkeit nachzuprüfen. Eine öffentliche Meinung ist ein *Gruppen*urteil, das, um seine Geltung noch zu vergrößern, sich als das herrschende Urteil bezeichnet.

e) Das Wesen der Macht und die Kanäle der Meinungsbildung.

Macht bedeutet jede geistige, seelische oder Willenshaltung, die Andere in freiwillige Gefolgschaft oder Teilgefolgschaft führt. Sie umfaßt *jede* Möglichkeit, gegenüber einem Einzelnen oder einer Gruppe den eigenen Willen oder das eigene Urteil durchzusetzen. Sie beruht auf natürlicher oder entwickelter und gewollter Ueberlegenheit des Geistes oder des Gemüts. Sie entsteht nicht lediglich aus Geltungsdrang; sie kann auch Ausdrucksform geprägter Persönlichkeit sein. Der Begriff der Macht ist gestaltlos. Sie kann *aus allen denkbaren Qualitäten* eines Menschen erwachsen und von allen denkbaren Seiten Andere in Urteilsabhängigkeit und damit in Gefolgschaft bringen. Ihr einziger Gegenpol ist die Liebe.

Macht ist also nichts Statisches, sondern etwas Dynamisches. Sie ist kein faßbarer und berechenbarer Gegenstand, sondern sie ist Bewegung. Macht bedeutet Eindringen in Urteile und Gesinnungen Anderer.

Macht ausüben, heißt den Kampf aufnehmen mit denjenigen logischen und ethischen Urteilen anderer Gruppen, die von ihnen anerkannt, gestützt und verteidigt werden. Jeder Machtgewinn ist der Sieg eines Urteils über ein anderes Urteil. Jemand wird siegen, wenn er das bekämpfte Urteil erfolgreich widerlegen kann, wenn jenes im eigenen aufgeht, so daß der Andere sich seiner besseren Einsicht, also seinem Willen und seinem Einfluß freiwillig fügt, wenn er die Meinung des Anderen anerkennt. Dieses Eindringen in die Urteile darf aber auf keinen Fall nur als rationaler Vorgang gedacht werden. Jede Gefühls- und Gemütseinwirkung, jedes Tatbeispiel einer Gesinnung kann genau so zur Anerkennung durch

Andere führen wie ein rationaler Erkenntnisvorgang. Auf jeden Fall kann man nur Macht ausüben als fortwährend *Tätiger*, der immer seine Urteile erneuert und stets aufs neue mit Urteilen und Gesinnungen der Anderen *ringt*. Im Politischen wird nur die Macht wirksam, die gewollt wird.

Aber „die Anderen" und ihre Meinungen sind nicht ohne weiteres zugänglich. Denn alle Gruppen, soweit sie organisiert sind, stellen, wie die kaufmännischen Betriebe, ein System von Fäden, Röhren und Leitungen dar, die miteiander zusammenhängen, die nur von der Spitze aus zu beschicken sind, von außen aber meist unangreifbar und unerreichbar bleiben. Da jeder Apparat auf der Kalkulation jeder Einzelteile beruht und die Befehle der nächsthöheren Leitungen befolgen muß, gibt jede Leitungsfunktion die Möglichkeit zur Ausübung nicht nur von Macht, sondern auch von *Herrschaft*.

Herrschaft liegt vor, wo die Möglichkeit besteht, daß eine willentliche Anordnung befehlsmäßig durchgesetzt wird. Alle Kommandeure, die an irgendeiner Stelle im Stufenleiteraufbau eines Betriebssystems oder einer anderen Bürokratie stehen, haben die Möglichkeit, über andere in bestimmten Grenzen zu verfügen. Insofern herrscht der Unternehmer über den Lohnarbeiter, der Offizier über den Soldaten, der Fachbeamte über den Interpellanten.

Komplizierter wird die Sache bei den gesellschaftlichen Verbänden, die auf freiwilliger Gefolgschaft beruhen, wo die anziehende „Macht" eine entpersönlichte „Idee", eine Gesinnung oder ein politisches Ziel ist. Dort ist praktisch meist nicht mehr zu scheiden, inwieweit Macht und wo Herrschaft ausgeübt wird. Das liegt daran, daß die obersten Organe gewöhnlich zur allgemeinen Urteilsbildung (besonders im Politischen) legitimiert sind und daß ihnen außerdem meist bestimmte Kanäle der Meinungsbildung zur Verfügung stehen. Sie haben gewöhnlich das selbstverständliche Recht der regelmäßigen „Durchgabe" der Urteile und können auf Grund des Organisationsstatuts einen Teil der Urteile und der Parolen zur Herbeiführung der Handlungseinheit für die Mit-

glieder verbindlich machen. In den organisierten Gruppen, in denen die Meinungsbildung sich *vorwiegend* auf solche Weise vollzieht — wo regelmäßig als gut und richtig hingenommen und befolgt wird, was der Vorstand sagt —, liegt seitens der Leitung *Machtgenuß* vor.

Machtgenuß bedeutet eine Behauptung und Verwertung bereits vorhandener Macht. Sie hat zur Voraussetzung die zur Gewohnheit gewordene Anerkennung eines Einflusses durch einen eingespielten Apparat. Der Machtgenuß ist auf ein Besitzbewußtsein gegründet. Eine solcherweise beherrschte Organisation unterscheidet sich von anderen Organisationen dadurch, daß ihr das Streben nach Machterweiterung fehlt. Die Ursache für Machtgenuß kann sein, daß der geistige Gehalt der Gruppe, das ständige Ringen um die Urteile, durch den Apparat erdrückt werden. Dann herrscht in der Organisation der Routinier. Oder es kann nicht oder nicht mehr zur Bewegung kommen, weil der geistige Gehalt überhaupt fehlt. Je stärker die Tendenz zu Machtverwertung und Machtbehauptung ist, desto rückständiger, reaktionärer muß die Gruppe wirken.

Wenn die Leitungsfunktionen zugleich Macht- oder Herrschaftsmittel sind, ist die Machtausübung durch gesellschaftliche Gruppen somit auch eine *technische* Angelegenheit. *Wer über die meisten Leitungsfunktionen, über die besten Urteils- und Meinungsfabriken und über die meisten Kanäle zur Urteilsdurchgabe verfügt, hat die größte Aussicht auf Ausbreitung der Gruppenurteile.*

Daraus folgt zweierlei: wer politische Macht erstrebt und politische Herrschaft ausüben will, muß das materielle und das ideelle Vermögen zur Leitung oder Beeinflussunng der organisierten Gruppen besitzen. Er muß zweitens wissen, welche ungeheure Rolle bei diesem Bestreben die *Technik* und ihre Anwendung im gedruckten Wort der Zeitung, des Flugblattes, der Bildbeilage, der Zeitschrift, des Plakates spielt. Hiervon gibt ein kleines anschauliches Beispiel Münzner [24]), S. 69, wenn er sagt:

„Der Hyde-parc orator *) mag in kleinem Kreise der Masse ein Schlagwort zurufen. Steht ihm die *nur durch finanzielle Ueberlegenheit* zu schaffende Organisation des technischen und wirtschaftlichen Kapitalismus zur Verfügung, so wird er sein gesprochenes Wort an die Häuserwände kleben, er wird es in Fahrzeugen jeglicher Art, in Kraftwagen und Untergrundbahnen anbringen, er wird es in Rauchfahnen an den Himmel schreiben, mit mächtigen und riesengroß aufleuchtenden Lettern, die weißen und goldenen und grellroten Farben an die Zinnen der Häuser anbringen, er wird es in die Presse unaufhörlich einpressen, er wird es auf der Bühne und auf der Leinwand in das Auge des Beschauers hineinschleudern. — Das ist die Macht, die die *Technik* dem Geiste bietet — und nicht selten ist es eine Mechanik des Ungeistes, eine maschinelle Organisation mit Hebel, Kontakten und Rotationsmaschinen, dazu bestimmt, in unaufhörlichen Wiederholungen Worte — leere Worte — in die Welt hinauszuschreien: zugunsten der Gruppe, die sich dieser Wirkung bedient."

Diese letzte Tatsache wird am deutlichsten bei der wichtigsten aller Meinungsfabriken, bei der *Presse*, die sich selbst als „Großmacht" bezeichnet.

Das gedruckte Wort

„Es liegt im gedruckten Wort eine Autorität eigener Art. Das gesprochene Wort hat eine persönlich gebundene Autorität, die noch verstärkt wird durch die Wucht des Sinnenhaften. Auch die Autorität des geschriebenen Wortes leitet sich vom Menschen ab. Der individuelle Bezug zwischen Wort und Mensch ist noch nicht aufgehoben. Hingegen ist das gedruckte Wort entpersönlicht, und gerade darauf beruht seine besondere Autorität. Es ist durch eine Maschine hindurchgegangen; die Lebenswärme ist ihm genommen; es liegt Distanz in ihm. Wie der Soldat das Befehlswort nicht als Wort eines ihm persönlich bekannten Menschen, sondern als Befehl einer Charge empfindet, d. h. einer unpersönlichen Autori-

*) Der „Hyde-parc orator" ist eine bekannte Gestalt aus dem Londoner Hydepark. Dort ist es Gepflogenheit, daß an den Straßen und Straßenecken ständig sich Redner aller Schattierungen aufstellen und um Zuhörerschaft werben, ohne daß sie dabei behelligt würden.

tät, so empfindet der literarisch ungeschulte Zeitungsleser das gedruckte Wort nicht als persönliche Niederschrift eines häufig in seinen Fähigkeiten beschränkten Menschen, sondern als eine von allen menschlichen Bedingtheiten losgelöste Autorität. Sie ist um so größer, je weniger bei einem Druckwerk an den Verfasser gedacht wird.

Die Zeitung

Der Redner kann nicht täglich morgens und abends den Hörer erreichen. Das aber tut die Zeitung. Sie sucht den Menschen auf, sie begleitet den Ablauf seines täglichen Lebens; sie schlingt sich in den Kreis seiner Gewohnheiten. Das gesprochene Wort mag im Augenblick eindringlicher sein — das gedruckte der Presse gleicht diesen Mangel durch stete Wiederholung aus. *Es gibt keine Macht der Erde, die der Macht der Wiederholung an Wirkung gleichkäme.* Nichts ist so absolut, daß es nicht schließlich doch geglaubt wird, wenn man es oft genug wiederholt. Alle Demagogie rechnet damit ... man hat deshalb auch die Politik die Kunst der Wiederholung genannt. Die Presse ist das Organ dieser Wiederholung [25])." (S. 367.)

Die Preßfreiheit

Die Zeit, in der die Presse als ein Organ der Freiheit gegolten hat, ist längst vorüber. Der wütende Kampf um die Preßfreiheit in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, der jahrzehntelang die Menschen durchzittert hat, ist nur zu begreifen aus der politischen Geschichte jener Zeit. Hatte das gedruckte Wort, die Presse, bis dahin nur der Nachrichtenübermittlung gedient, so wurde sie mit einem Male von einem aufsteigenden Bürgertum der „Aufklärung" als revolutionäres Mittel des politischen Kampfes gegen den ständischen Staat benutzt. Und aus diesem Grunde wurde in der Preßfreiheit des Vormärz nicht nur ein politisches Ausdrucksmittel verteidigt, sondern es ging um das geistige Schicksal der ganzen Menschheit! „Wer Preßfreiheit dem Volke verweigert, raubt ihm seine ursprünglichen Menschenrechte."

Die Funktion der Presse hat sich gewandelt mit der zunehmenden Industrialisierung, mit der Bildung der organisierten Großgruppen. Die Presse ist nicht mehr ein Freiheitsorgan im Kampf

gegen herrschende Gewalt — nur der Arbeiterpresse fällt noch eine entsprechende Teilfunktion zu —, sie ist kein Organ *der* öffentlichen Meinung mehr, sie ist Organ *einer* öffentlichen Meinung, Organ einer Gruppenmeinung. Und die Meinungen und Nachrichten sind Ware, die feil ist. Die Zeitungen sind kapitalistische Großunternehmungen, und nur der Unterschied besteht gegenüber anderen Unternehmungen, daß das Gesetz des freien Wettbewerbs auf dem Markt der Nachrichten und Urteile noch weniger Geltung hat als im übrigen Wirtschaftsleben. Mehr wie dort herrscht bei ihr das Monopol.

Heute ist auch schon die ursprüngliche Informationsquelle, die Nachricht, monopolisiert. Die Lieferanten der Ware Nachricht sind die Depeschenbüros. Diese Kapitalunternehmungen haben das Nachrichtenwesen der Welt durch wenige Gruppen vertrustet. Sie haben die Erde aufgeteilt in einige Gebiete, und alles, was in einem Gebiet passiert, darf nur von den durch sie konzessionierten Nachrichtenstellen mit Hilfe eines umfangreichen Netzes aufgesaugt und verbreitet werden. Diese Nachrichtenstellen wieder geben ihre Ware an die ihnen angeschlossenen Unternehmungen weiter. So versieht z. B. eins der Depeschenbüros der Vereinigten Staaten, die Associated Press, täglich etwa 900 Zeitungen mit telegraphischen Nachrichten.

Die Formgebung der Nachricht

Ehe die Nachricht den Leser erreicht, hat sie sehr viele Formgebungen und Bearbeitungen durchgemacht, die dem Leser nicht sichtbar sind. Der beutehungrige Journalist in den einzelnen Ländern, der „Berichterstatter", der im Wettlauf mit dem Konkurrenten von der B-Zeitung gierig nach jeder Nachricht greift, geben ihr — abgesehen von der *Auswahl* der zu berichtenden Tatsachen — bei der Uebermittlung eine Form, die sogar von den Kosten der Uebermittlung mitbeeinflußt werden kann. Der Redakteur sichtet dann nach dem Interessenkreis seiner Zeitung, nach seiner politischen „Richtung", vielleicht auch nach dem verfügbaren Platz und führt eine ganz verschiedene Wirkung herbei, je nachdem, welche Ueberschrift er der Nachricht gibt, ob er sie

als Schlagzeile an den Kopf der Zeitung bringt, ob er sie in Petit oder Nonpareille auf der letzten Seite versteckt, ob er sie mit einer Einleitung oder mit spöttischen Randbemerkungen versieht — kurz, aus diesen Nachrichten in der Zeitung soll sich der Leser dann ein politisches, objektives Urteil bilden!!

Die Nachricht und die politische Willensbeeinflussung

Es ist aber so, daß Zeitung und Leser eben nicht mehr in einer überschaubaren Welt stehen. Ihr Verhältnis zueinander gleicht dem Bilde eines modernen Kriegsschauplatzes: alles beherrschend und in den Grundlinien bestimmend steht da die Technik mit einem verwirrenden Apparat. Die Kämpfer stehen unsichtbar im Hintergrunde, Gruppe gegen Gruppe, Armee gegen Armee; der einzelne Soldat ist wie der einzelne Leser ohnmächtig ausgeliefert. Wo früher Politiker und Militärs in offener Schlacht an der Spitze ihrer Heere kämpften und fielen, sitzt heute der Feldherr im Hintergrund. Er ist Leiter eines Büros, und je besser er seinen Apparat an der Strippe hat, desto größer sind seine Chancen für den Sieg.

Schon in der Art und Form der Nachricht liegt also die politische Beeinflussung: die Nachricht kann formal richtig, aber unzulänglich sein. Sie kann den Tatbestand eines politischen Ereignisses bringen, aber die entscheidenden Motive und Begleitumstände, auf die es gerade ankommt und nach denen die Welt hungert, verschweigen. Sie kann bestimmte Klassen von Nachrichten — kriminelle, antisemitische, sensationelle, lokale — in einer übertriebenen und gewollten Häufigkeit publizieren. Sie kann bestimmte Seiten der politischen Ereignisse dauernd so einseitig hervorkehren, daß — dem einfachen Leser nahezu unbemerkt — ungeheure politische Wirkungen schon dadurch erzielt werden. Auch das Feuilleton, der Handelsteil und die wissenschaftliche Beilage kann die Wertungen des politischen Teils systematisch unterstützen. Diese Wirkungen sind deshalb so gefährlich, weil sie nicht als politische, absichtliche Wirkungen empfunden werden, weil die „Formgebungen" von außen nicht sichtbar werden, weder dem Leser noch oft dem Redakteur! — Die Macht

dieser Beeinflussungszentralen wird verstärkt durch die engen Beziehungen zu den Regierungsstellen!

Die gesellschaftliche Macht des Kapitals

In diesem Zusammenhang wird es klar, wieso das *Kapital* ein Mittel ist, soziale Macht zu entfalten. Das Geheimnis dieser Macht liegt in der Fähigkeit, sich stets in die Gestalt zu verwandeln, in der es das größte Maß von Meinungsbeeinflussung und tatsächlichen *Befehlsabhängigkeiten* schaffen kann. Es kann Kommandostellen und Meinungskanäle kaufen. Diese Tatsachen meint Otto Bauer z. B., wenn er im „Kampf" 8/9, 1928[26]) (Kapitalsherrschaft in der Demokratie) sagt: „Auch in der auf das allgemeine und gleiche Wahlrecht gegründeten Demokratie herrscht die Kapitalistenklasse, aber sie regiert nicht. Die große Bourgeoisie kann in der Demokratie nur herrschen, indem sie ihre Führung Parteien überläßt, die imstande sind, die Mehrheit des ganzen Volkes hinter ihren Fahnen zu sammeln, und diese Parteien ihren Bedürfnissen, Grundsätzen, Ideen dienstbar macht.... Die herrschende Kapitalistenklasse bringt die regierende Klasse unter ihren Einfluß und übt durch sie ihre Herrschaft aus. Die Morgan und Rockefeller kandidieren nicht in die Parlamente und werden nicht Präsidenten, Staatssekretäre, Richter; sie herrschen, indem sie die ‚Parteimaschine' der bürgerlichen Parteien, die regieren, unter ihrem Einfluß erhalten."

Wirkungen und Grenzen der Presse

Die Macht der Presse ist begründet in ihrer Möglichkeit dauernder Urteilsbeeinflussung. Sie ist eine täglich oder mehrmals täglich einwirkende Kraft, deren niemand zu entrinnen vermag. Besonders die „eigene" Zeitung, das Leib- und Magenblatt, an das sich der Leser „gewöhnt" hat, wird *als eigenes Denken anerkannt;* ihre Meinung geht in den Kopf des Lesers über, als ob er es selber gedacht und erdacht hätte, ohne daß ihm die Selbsttäuschung bewußt wird. Auf der einen Seite wird die Zeitung von der Masse aus als verantwortlich angesehen, die eine Sache „bringen muß". Auf der anderen Seite ist die Presse in der Lage, Stimmungen zu erzeugen. Sie scheint Diener der Masse zu sein und ist doch meist ihr Lenker. Da aber die „Masse" aus verschiedenen

Urteilsgruppen und Gesinnungsgeschichten besteht, die sich nicht mit ihrem Abonnentenkreis decken und die von ihr auch nie vollständig erreicht werden können, gehen ihre Spekulationen und ihre Beherrschungstendenzen glücklicherweise oft fehl.

Die Presse kann nur die Urteilsbildung beeinflussen, nicht aber die Grundströmungen ändern, sie verstärkt nur *vorhandene* Gefühlslagen. Indem sie den Boden für das politische Denken der Gruppen vorbereitet und die Oeffentlichkeit zur Wächterin des politischen Lebens macht, wohnt ihr die gewaltige Kraft inne. Indem sie mit Millionen Exemplaren gleiche oder ähnliche Wirkungen oder Reaktionen hervorruft, *nivelliert sie das Denken.*

Dort, wo ein fester Leserstamm vorhanden ist, liegt es nun so, daß diese Kanäle immer wieder nur *bestimmten* Meinungsfabriken zugänglich sind, *an die Andere überhaupt nicht mehr herankommen können.* Der Leser hat sich in seine Zeitung festgebissen, ist ihrem Einfluß erlegen, hat die immer wiederkehrenden Grundgedanken mit seinem Gefühlsinhalt verbunden, zur Teilgesinnung gemacht, die nicht mehr durch logische Einwände zu brechen ist. Wenn man sich etwa vornehmen wollte, der Leserschicht der Leipziger Neuesten Nachrichten, unter der viele Arbeiter sind, klarzumachen, daß ihre Zeitung demagogisch schreibt und den Gegner nach einem boshaften Wort auf die bekannte dreierlei Weise bekämpft — indem sie ihn lächerlich macht, ihn verleumdet oder ihn totschweigt —, dann würde eher das bekannte Kamel durch das Nadelöhr gehen, als daß jene Einflußnahme gelingt — es sei denn, die Abonnentenkartothek fiele dem Gegner in die Hände.

Diese abgeschlossenen Gruppen zu erfassen, in fremde Gesinnungsschichten einzudringen, sind mit die schwierigsten Aufgaben für die sozialistische Werbearbeit.

Weil viele Kanäle der Urteilsbildung monopolisiert sind, darf man bei der Werbung den Anderen, an den man herankommen möchte, nicht grundsätzlich für dümmer oder schlechter halten, wenn er nicht von selbst kommt. Böswilligkeit kann wohl beim Schmieden der Parolen seitens der Meinungsfabriken vorgelegen

haben, aber die Leser und Gruppenglieder sind ja ihrer Meinungsbildung *ausgeliefert*. Eine Wahlpropaganda, die nur auf den Nachweis eingestellt ist, daß der Andere ein Lump sei, kann kaum für den Augenblick aufputschen, bei den meisten erweckt sie Mißtrauen.

Aber nicht in jeder organisierten Gruppe sind die Gruppenglieder ihren „Meinungskanälen" ausgeliefert. Es ist dort nicht, wo die Glieder miteinander verbunden sind, unter ihnen eine *freie Meinungsäußerung* herrscht. Die freie Meinungsäußerung und das Recht der Einblicknahme in die Funktionen der Leitung sind die *einzigen* Mittel, die vor jener Vergewaltigung schützen, auch wenn noch ein Unterschied dadurch besteht, daß die Meinungskanäle dauernd senden, die freie Gegenäußerung und die Kontrolle aber nur in größeren Abständen erfolgt. In einem solchen Verbande grundsätzlich freien Meinungsaustausches resultiert das gemeinsame Urteil aus einem *Kampf der Meinungen innerhalb der Gruppe*. Daher ist dieser Kampf notwendig und *ein Zeichen für Leben, für Bewegung*. Da die freie Meinungsäußerung der einzige Schutz vor dem Beherrschtwerden ist, hat die Arbeiterschaft sie auch immer als ihr höchstes und heiligstes Gut betrachtet. Und wo sie irgend in Gefahr gerät, gibt es kein noch so starkes Mittel, um sie wiederherzustellen. —

Was von dem gedruckten Wort gilt, trifft auf das „gesendete" Wort, auf das bewegte Bild und auf das Bildwort zu: Rundfunk und Film sind genau so Machtmittel und Herrschaftsinstrumente wie Presse und Verwaltungsapparat, nur daß hier mehr wie bei der Zeitung die erfaßten Schichten nicht den organisierten Gruppen entsprechen.

Der Rundfunk

Der Rundfunk sendet seine Nachrichten und seine Darbietungen täglich an Millionen von Menschen und hält viele von ihnen mehr in Bann als die beste Zeitung ihre Leser. In den wenigen Jahren seiner Entwicklung ist aus dem technischen Wunder, das die Menschen ob seiner Zauberei anzog, ein notwendiges Verkehrsmittel geworden, das nicht nur Redaktionen gebrauchen, sondern das Hunderttausende von Menschen nicht mehr entbehren wollen,

wenn auch nur als Unterhaltungsmittel. Aber erst recht als Unterhaltungsmittel wirkt es sehr suggestiv, ist es meinungs- und urteilsbildend stärker als die Zeitung! Und wenn es schon möglich ist, bei Darbietungen, die auf Widerstand stoßen, das Hörgerät hinzulegen oder den Lautsprecher abzustellen, so wirkt die Uebertragung vom bildnerischen und erst recht vom künstlerischen Standpunkt aus oft vernichtend. Die Uebertragungen wenden sich vorwiegend an die unkontrollierbare Sphäre des Gefühls. Vom *Künstlerischen:* Selbst wo künstlerisch einwandfrei gesendet wird, geht durch die Uebertragung doch das Individuelle und Einmalige, das Wesentliche jeder künstlerischen Leistung verloren. Es ist denkbar, daß die Technik hier noch vieles verbessert und daß der Rundfunk mehr und mehr eine arteigene Kunstform zu entwickeln sucht, vorläufig ist noch alles problematisch. Vom *Bildnerischen* aus ist das Radio Maschine. Es verwehrt dem Menschen, zu sich selbst zu kommen und zieht ihn leicht auch von den politischen Aufgaben des Tages ab. Es bannt ihn an einen Apparat, der mit Sekundenpünktlichkeit arbeitet und dessen Darbietungen dem Unterhaltungsbedürfnis, dem Streben nach Ablenkung entgegenkommt. So hilft es die große Schicht der Kleinbürger verstärken, deren Sinnen und Trachten nicht mehr über die Gegenwart hinausgeht, die aufhört zu ringen und zu kämpfen! Der Rundfunk fördert die Bildung der mechanischen Masse, und alles wird darauf ankommen, wie sehr seine *politische* Wirkung gelenkt und ausgebaut werden kann! Das ist sehr abhängig von seiner Organisationsform.

In Deutschland ist die Rundfunkübertragung in den Händen des Staates monopolisiert. Das ist gegenüber anderen Ländern ein Vorzug. Wenn, wie in den Niederlanden, die Sender den einzelnen Weltanschauungsrichtungen zugeteilt sind, dann gelangt der Hörer über das Allgewohnte seines Denkens nicht hinaus. Wo Privatgesellschaften die Sender beherrschen, wie vielfach in den Vereinigten Staaten, ist die einseitige Meinungs- und Urteilsbeeinflussung am größten und am gefährlichsten.

Das Reichsmonopol hat den deutschen Sendern organisatorisch — mit einer Ausnahme — die Form von Aktiengesellschaften gegeben, die den Geschäftsablauf besorgen! Zwar ist verschiedenfach Privatkapital bei der Einrichtung der Sendegesellschaften herangezogen worden, das in den Genuß einer guten Dividende kommt, aber der Einfluß auf die Programmgestaltung erfolgt nach anderen Grundsätzen. Die Ueberwachung der Sendegesellschaften und die aktive Mitwirkung an der Programmgestaltung obliegt Ueberwachungsausschüssen für Politik und Beiräten für Kulturpolitik. Die Richtlinien für die „überparteiliche" Arbeit der Sender hat der Reichsrat aufgestellt; die engeren bestimmen die Volksbildungsministerien der Länder. Auf diese Weise ist grundsätzlich der Einfluß aller politischen Gruppen auf den Rundfunk gesichert. Wie er sich durchsetzt, sind Fragen des politischen Kampfes. Wieweit er sich heute durchgesetzt hat, kann nur durch tiefere soziologische Untersuchung begründet werden, die nicht Gegenstand dieser Arbeit ist.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß unter den Werbemitteln, die der Verbreitung der sozialistischen Gedankenwelt dienen sollen, der Rundfunk außerordentlich wichtig ist, besonders *je mehr Vortrags- und Gesprächsform*, also die Wissensübermittlung, *in den Vordergrund treten*. Auch wenn die „Sendung" als überparteilich gelten soll und die direkte politische Wissens- und Stimmungsübermittlung nur mit großen Einschränkungen zugelassen ist, bleibt der Rundfunk ein unerhört wirksames Mittel politischer Meinungs- und Urteilsbildung, weil alle Kulturpolitik und Wirtschaftspolitik eben auch Politik ist! Trotz der Gefahren hat sich die Arbeiterschaft positiv kritisch zu ihm zu stellen, damit sie eine Nutzbarmachung erreichen kann. Wie diese Eroberung des Rundfunks im einzelnen zu erfolgen hätte, gehört an andere Stelle.

Die Kunst als Macht

Zur dritten großen Gruppe der Meinungskanäle gehört der Film. Die Beurteilung des Films als Meinungs- und Urteilsbildner umfaßt auch die Frage, wie die *Kunst* in ihren verschiedenen Formen

auf die Menschen wirkt. Wir wollen das zunächst ganz allgemein, ohne Rücksicht auf die jeweilige Kunstform, tun.

Das Kunstwerk ist die totale Gestaltung einer individuell geschauten Wirklichkeit. 1.: Die totale Gestaltung: Erst wenn es total im wesentlichen ist (was unabhängig ist von den Einzelheiten), wird es vollkommen. Nur wenn es vollkommen ist, bleibt es eigenartig und unvergeßlich. So wie bei einer Kugel jedes Sandkorn, jede kleine Veränderung der Grundform ihr Gesamtbild zerstört und von Jedem sofort bemerkt wird, wirkt das Kunstwerk erst völlig und eindeutig, wenn es total ist. 2.: Das Kunstwerk ist Ausdrucksform geschauter Wirklichkeit. Das heißt, daß der Künstler durch sein Werk ebenso vollkommen ausdrücken kann, was der Wissenschaftler im Buche oder der Redner mit dem Wort gestaltet. Darum ist die Kunst auch eine hochpolitische, eine meinung- und urteilbeeinflussende Angelegenheit. Sie ist Kampfform und kann regierungsstürzend wie staatserhaltend wirken.

Die Regierungsform der Siegesalleen ist schon im Vorkriegsdeutschland durch die Kunst der Karikatur unterhöhlt worden. Im alten Aegypten war die Kunst Gottesdienst: Pharao ist die Gottheit, die Künstler sind die Priester. Die Priester sind Staatsbeamte, und zwar allerhöchste Staatsbeamte. Auch in Griechenland und in Rom stehen die Künstler im öffentlichen Solde. Im Orient werden die Künstler an erster Stelle in den kaiserlichen Dienst gezogen. Ob sie Tempel bauen oder Festungen, ob sie Epen schreiben oder Dramen, sie unterstehen dem höchsten Gebieter. Die Kirche des Abendlandes hat nur in ihrer Frühzeit mit aller Kunst gebrochen gehabt. Dann hat auch sie die Künstler in ihren Dienst geholt, und Jahrhundertelang war der Kirchendienst zugleich Staatsdienst. Aus ihr sind jene stärksten Gestaltungen erwachsen, die noch heute unsere Bewunderung erregen.

Die Beispiele zeigen — und weitere tausend Beispiele ließen sich noch anführen —, daß *das künstlerische Schaffen zu jeder Machtentfaltung gehört.* Die Kunst ist eine der stärksten Mächte, die Andere in freiwillige Gefolgschaft bringt. Sie kann meist sehr viel

mehr wirken und ausdrücken als andere Mittel der schriftlichen oder mündlichen Beeinflussung, weil das Kunstwerk *alle* wesentlichen Merkmale und alle Unterscheidungen unvergeßlich, unwillkürlich und mit einem Schlage den Menschen einprägt.

Der Film

Kino und Film von der künstlerischen Seite einzuordnen ist nicht einfach und hier auch nicht notwendig, weil nur das Wie und Wiesehr der Urteilsbeeinflussung geschildert werden soll. Und da kann der Kitsch genau so beeinflussen wie die Kunst. Kitsch ist ein Abklatsch von Kunst. Kitsch ist Lüge. Er ist nicht individuell geschaute und total gestaltete Wirklichkeit, sondern unvollkommen gestaltete Unwirklichkeit. Er kann technisch gekonnt sein, aber er ist verlogen im Seelischen oder im Sozialen. Der Kitsch verzerrt die Gefühle und Empfindungen und erzieht Banausen. Kitsch ist immer antirevolutionär.

Daß unsere Filme immer noch mehr Kitsch sind als Kunstwerke, hängt mit ihrer Entstehung und mit der privatwirtschaftlichen Art ihrer Herstellung und Vorführung zusammen. Der Film ist als technische Errungenschaft entstanden, nicht als Kunstform. Die Art seiner Herstellung ist Massenerzeugung. Sie erfolgt im Großbetrieb. Der Zweck der Herstellung ist Gewinnerzielung, und der Maßstab für seine Qualität ist der Markt. Am Markt entscheidet die Nachfrage, die das geringste Risiko bringt und die größte Vorausberechenbarkeit gestattet. Das ist der Hauptgrund, warum bei der Herstellung des Films der Künstler nicht frei und unabhängig schaffen kann. Dazu kommt die Schwierigkeit, daß der Film nie das Werk eines Einzelnen sein kann, sondern daß Schriftsteller und Schauspieler, Regisseur und Photograph, Architekt und Kapitalist zusammenwirken müssen!

Das geringste Risiko der Filmherstellung liegt im Appell an das seichte Unterhaltungsbedürfnis, an Rührseligkeit, Sentimentalität und Sensation; das größte Risiko, wo durch Darstellung sozialer Tatsachen und sozialer Kämpfe politische Leidenschaften geweckt werden. Da kann das Publikum den Erfolg gefährden oder der Staat durch seine Zensur eingreifen. Der beste Schutz gegen zu

hohes Risiko und die beste Sicherung der Rente ist das Streben nach Marktbeherrschung und Marktausschaltung. Sie wird begünstigt durch den ungeheuren Kapitalbedarf der Filmindustrien. Infolgedessen gerät die Filmindustrie immer mehr in die Hände einiger weniger Riesentrusts, gegen die ein Außenseiter fast nichts mehr unternehmen kann, es sei denn, daß der Staat als Monopolkonkurrent eingreifen kann. Oft sind die Filmgesellschaften mit den Zeitungskonzernen verbunden wie bei Hugenberg. Und neuerdings werden auch Anstrengungen gemacht, sämtliche Filmtheater in großen Kartellen zusammenzuschließen!

Was das heißt, mag daraus hervorgehen, daß es in Deutschland derzeit etwa 5400 Filmtheater gibt, die soviel Plätze aufweisen, daß jeder erwachsene Deutsche jährlich fünfzehnmal ins Kino gehen müßte, wenn sie dauernd besetzt sein sollen! Die Filmtheater sind längst Paläste geworden, die an Größe und Aufmachung den Opern und Schauspielhäusern nicht nachstehen, nur daß sie ungemein zahlreicher existieren als diese! Was das heißt, mögen wir auch erkennen, wenn wir uns ansehen, welches soziale Milieu in diesen Filmen gezeigt wird. Hedwig Wachenheim schildert das wie folgt: „Die jungen Leute, die, aus der Fabrik und dem Büro kommend, aus Müdigkeit und Abwechslungsbedürfnis die fremde Welt im Kino suchen, sehen dort als einziges Lebensziel Reichtum. Und da die Industrie fast immer unfähig ist, echtes menschliches Leben, das Gegenstand der Kunst ist, zu schildern, putzt sie ihre Menschenatrappen heraus. Da sie kein seelisches Abenteuer wagt, macht sie die Umgebung der Atrappen zum Abenteuer: Historie, Schloß oder Uebersee. Der Inhalt dieser Filme ist das Ziel bürgerlichen Lebens, die materielle Verbesserung, die auch den amerikanischen Film beherrscht. Zerstreut man damit nicht nur, sondern gelingt es, den Klassenkampf damit bei einigen Proletariern hinter die Sehnsucht, zu leben wie die Reichen, verschwinden zu lassen, nun — um so besser erscheint es manchen Produzenten, unter denen ja Hugenberg der Prominenteste ist. Ist es ein Wunder, wenn dann Zuschauer, denen vieles fehlt, an-

fangen, auf ein Filmglück zu hoffen und dabei das Bewußtsein verlieren dafür, daß der Mensch die sittliche Aufgabe hat, im Dienst der Gesellschaft zu handeln? Hier ist die sittliche Gefahr"![27])

Wie revolutionär könnte demgegenüber die Kamera sein, wenn sie die soziale Wirklichkeit einfing, so wie sie ist. Was könnten uns Reiseschilderungen, die nicht nur die Naturschönheiten und die malerischen Winkel, sondern auch die Elendstatsachen bringen und gesellschaftliche Zusammenhänge zeigen. Wir müßten die Spielfilme aussehen, die ihren Stoff aus den großen sozialen Kämpfen nähmen, statt konstruierte Einzelschicksale oder Schicksale des typisch bürgerlichen Lebens hinzustellen. Welches Anschauungs- und Erziehungsmittel könnte der Film sein, wieviel Freude könnte er bringen und wie könnte er helfen, die Menschen innerlich frei und stark zu machen für ihren Kampf — wenn seine großen Möglichkeiten und seine packende, überall auf der Erde verständliche Sprache nicht in den Dienst privaten Erwerbsstrebens gestellt würde, sondern den großen künstlerisch-pädagogischen Aufgaben des sozialen Aufstiegs diente!

Freilich — wie anders müßte sich die Arbeiterschaft zum Film verhalten, wieviel kritischer und temperamentvoller müßte sie spürbar bejahen und verneinen; wie anders müßte ein großer Teil der Filmkritik unserer eigenen Presse ausschauen, wenn sie erst einmal den Willen zu jenem kritischen und temperamentvolleren Verhalten der größten Schicht der Kinobesucher wecken wollte; und wieviel mehr gehört dazu — an Können und an Kapital —, um langsam eine eigene Filmproduktion aufzubauen! —

Das Recht als Macht

Das Kapitel über Macht und Herrschaft und die Kanäle der Meinungsbildung würde nicht vollständig sein, wenn wir hier nicht an die Rolle des Rechts erinnert würden. Das Entscheidende darüber haben wir auf Seite 63 gesagt. Das Recht ist die Erscheinungsform von Macht und Herrschaft. Im Kampf ums Recht spielen sich die meisten gesellschaftlichen Kämpfe ab. Wir empfinden das Recht als eine von den Mächten, die uns am stärksten und ersten in freiwillige, befohlene oder mit Gewalt erzwungene

Abhängigkeit führen. Wir wissen aber ebenso, daß auch ein sozialistischer Staat seine Rechtsnormen haben muß. Insofern ist es wohl selbstverständlich, daß im letzten nur Macht und Herrschaft Recht konstituieren können. Nur ist die entscheidene Frage, wessen Macht und Herrschaft es darf: ob der geschlossene Wille der Gesamtheit sich die Arbeitsordnungen und die Gewaltordnungen gibt oder ob Einzelne dazu legitimiert werden oder sich selbst legitimieren.

Ebenso wichtig wird freilich sein, welche gesellschaftlichen Funktionen dem Recht innerhalb des gesellschaftlichen Verbandes jeweils zugemessen werden müssen! Wie sehr gerade hier ein Funktions- und Normenwandel vor sich gehen kann, hat in einer ausgezeichneten Arbeit *Renner* untersucht, und die ganze neue Literatur über die Rechtsform des Arbeitsrechts ist ein weiterer Beleg dafür. So sagt Renner z. B. S. 175)[28]: „... Die Gesellschaft der einfachen Warenproduzenten hat durch die Norm ihrer eigenen Existenzbedingungen das Substrat ihres Daseins festhalten wollen. Aber dieses Substrat wandelt sich trotz dem Gesetze, und doch in den Formen dieses Gesetzes, alle Rechtsinstitute wandeln ihre Funktionen automatisch, kaum beachtet und nicht begriffen, sie schlagen in ihr Gegenteil um." Der Funktionswechsel der sozialen Einrichtungen, der sich fast selbsttätig vollzieht, ist die Voraussetzung für den Normenwandel. Aber das Recht, die Norm, ändert sich eben nicht von selbst. Die Aenderung muß erkämpft werden: „Denn unzweifelhaft wird Norm nur durch Norm gebrochen. Die Norm aber ist ein bewußter Willensakt der Gesellschaft." (S. 180.)

Die Gewalt

Wenn man das Militär aufmarschieren läßt, übt man nicht Macht, sondern *Gewalt* aus. Gewalt ist jede unter dem Eindruck sachlichen (materiellen) oder persönlichen *Zwanges* erfolgende Einwirkung auf Menschen und Sachen. Die Gewalt lebt von der bleichen Furcht. Die Macht birgt den Schatz, zu dem die Menschen aus freiem Entschluß und aus innerem Drang immer wieder pilgern. Soweit die Arbeiterschaft mit Mitteln des Zwanges an

ihrem Aufstieg gehindert wird, kann sie auf die Gewalt als letztes Mittel nicht verzichten. Auch in diesem Falle wird aber ihre *Dauer*herrschaft nur durch wachsende *Macht*entfaltung gewährleistet sein.

Zusammenfassung

Die größte Macht übt somit *der* Einzelne oder diejenige Gruppe aus, erstens: deren Urteile am schärfsten und vollkommensten, einfach begreiflich und zugleich auf die Totalität gerichtet, den ganzen Menschen erfassen und die — zweitens — zugleich in den sämtlichen Kanälen der Meinungsbildung freie Fahrt erhalten.

Unpersönliche Mächte scheinen die Rechtsordnung, die sittlichen Gesetze und die großen Menschheitsideen zu sein. Aber auch diese müssen, wenn sie wirksam sein sollen, immer ihre persönlichen Träger haben.

Gesellschaftliche Macht und Herrschaft, also Kampf um Urteile und Urteilsweitergabe, sind somit dort möglich, wo die Fähigkeit zur Beeinflussung, Leitung und Organisation gesellschaftlicher Verbände besteht. Wer an der Spitze von Organisationen und Apparaten steht, steht am Zugang zu Meinungskanälen. Wer „Massen marschieren lassen" kann, verfügt über Macht und kann Herrschaft ausüben. Zwar kann man von der eigenen Gruppe dazu legitimiert sein, man kann sich in unserer Gesellschaftsordnung aber auch mit Hilfe von Kapital und Technik solche Einflußmöglichkeiten auf die Kanäle der Meinungsbildung kaufen.

Wer kraft Gesetzes, das an sich wieder Ergebnis von Gruppenkämpfen ist, an Leitungsfunktionen, an „Positionen" steht, in Kirche, Schule, Justiz, hat gleichfalls die Möglichkeit einer ganz wichtigen Urteilsbeeinflussung. (Auch sie werden unpersönlich oder materiell genannt, aber nur, weil sie Jedem gehorchen, der sich an ihre Spitze setzt.)

Um den Machtwillen der Arbeiterbewegung auf die konkrete Form zu richten, muß die zielgerichtete *Werbearbeit* mit ihren Analysen fremder Gruppenurteile und Gruppengesinnungen die Vorarbeit leisten. Zu diesem Zwecke ist es nötig, zusammenfassend zu fragen, worauf denn die Macht der Arbeiterbewegung nun im ganzen beruht.

Die Macht der Arbeiterbewegung und das Klassenbewußtsein.

a) Die Voraussetzungen der Bewußtseinsbildung.

Wodurch wird die Macht einer Klasse bestimmt? Die Macht der Arbeiterklasse beruht

1. auf der zahlenmäßigen Stärke ihrer Klassenangehörigen und ihrer gesellschaftlich-geschichtlichen Funktion im Gesamtprozeß;
2. auf der zahlenmäßigen Größe und der praktischen Leistungsfähigkeit (Aktionsbereitschaft) ihrer *Organisationen;*
3. auf dem Besitz an Kommando- und Beeinflussungsstellen des staatlichen Apparates;
4. auf dem Grad des Klassenbewußtseins, das abhängig ist von
   a) der Bildungsstufe der Klasse,
   b) der Stärke und Anziehungskraft der tragenden Idee,
   c) von der Stärke des politischen Willens,
   d) von der einheitlichen Einschätzung der Lage;
5. auf der Stärke und Organisationskraft der Gegner;
6. auf der politischen Struktur des Staates.

Selbstverständlich sind die Faktoren nicht mechanisch und nicht statisch zu nehmen. Es sind dies die *Elemente* der Macht, die sich durch das Zusammenwirken beim Handeln ungeheuerlich steigern. Wir wollen sie im einzelnen untersuchen:

Gesellschaftl. Funktionen

Es sind auf keinen Fall nur wirtschaftliche Tatsachen, die die Gruppen der Menschen gliedern. Aber durch alle sozialen Organisationen zieht sich der Gegensatz von Kapital und Arbeit. Die Lebensrichtung des kapitalistischen Menschen ist davon abhängig, in welcher Weise er seine Arbeitskraft verkaufen kann. Darum ist

diese Trennung der Menschen in Lohnarbeiter und Produktionsmittelbesitzer keine Erfindung der Marxisten, sondern die Feststellung einer gesellschaftlichen Tatsache, die die kapitalistische Struktur entscheidend bestimmt. Infolgedessen kommt es zunächst auch nicht darauf an, ob diese Trennung allen Menschen bewußt wird, sondern ob sie nach den tatsächlichen Entwicklungstendenzen Wirksamkeit hat und im Laufe der Zeit zu einer Bewußtmachung führen kann.

Zu Beginn jeder kapitalistischen Entwicklung ist die Lohnarbeiterschaft gering an Zahl. Sie wächst in dem Maße, in dem sich der Kapitalismus ausbreitet. Sie wird größer an Zahl, und es wachsen ihr immer mehr Funktionen im Gesamtprozeß zu. Darum sind diese objektiven Tendenzen, deren Richtigkeit sich in allen kapitalistischen Ländern bestätigt, die Stütze für das subjektive Wollen der Arbeiterschaft, eines Tages das System zu beseitigen, das die Menschen in Klassen scheidet und der unterdrückten Klasse die Entfaltungsmöglichkeiten verhindert.

Wie sehr sich in Deutschland die Zahl der Lohnarbeiter, die wir gleichsetzen mit dem Begriff Proletariat, im Laufe einer hundertjährigen Entwicklung vermehrt hat, zeigt folgender Vergleich: Nach Karl Hch. Rau kamen 1828 in den 10 größten Städten Preußens noch auf je 1000 Handwerksmeister 1600 Gehilfen, in den 30 großen Städten Preußens 1051 Gehilfen, in den übrigen Städten Preußens 639 Gehilfen, auf dem Lande Preußens 291 Gehilfen; im Durchschnitt ganz Preußens 527 Gehilfen!

Im ganzen genommen hatte also jeder Gehilfe noch Aussicht Meister zu werden. Von einer Lohnarbeiterschicht, die ihr Lebenlang zur Lohnarbeit verurteilt ist, konnte noch keine Rede sein!

Damals und bis in die 60er Jahre hinein war es möglich, daß man vom „Proletariat" sagen konnte: eine Theorie der Gesellschaft gäbe es noch nicht und man fühle auch nicht ihren Mangel, „weil das Leben der Gesellschaft noch zu keiner selbständigen Entwicklung gekommen" sei (*Lorenz von Stein*, 1842). *Bluntschli* sieht es als Aufgabe des Staates an, „das Proletariat möglichst in den

übrigen Ständen oder Klassen unterzubringen und so sein besonderes Wachstum zu hemmen". Das, meint er, sei nicht schwer, denn „das Proletariat besteht zumeist aus Abfällen der anderen Berufsklassen. Die vermögenslosen und vereinzelten Teile der Bevölkerung, die sich deshalb auch der befestigten Ordnung sicher entziehen, heißen wir das Proletariat". Und *Treitschke* gar zieht später aus dem Anwachsen des „Proletariats (das damals als Schimpfwort gebraucht wurde), kulturelle Folgerungen, indem er spricht von der „mangelnden Gesittungsfähigkeit der unteren Klassen und der Notwendigkeit, einen ungebildeten Arbeiterstand zu erhalten, wenn die Bildung der höheren Klasse nicht unmöglich werden soll". —

Nach der Mitte des Jahrhunderts beginnt die ungeheure Umschichtung der gesellschaftlichen Struktur, die das Proletariat zur stärksten aller Klassen macht:

Nach der Zählung von 1925 beträgt die Zahl der Lohnarbeiterschaft, wenn man die Alleinmeister im Handwerk und die Landwirte unter 2 ha sowie die Dienstboten dazurechnet, *über 70 Proz. aller Arbeitenden.* Ueber zwei Drittel des arbeitenden deutschen Volkes sind also Lohnarbeiter.

Diese Schicht wird weiterhin wachsen, auch wenn *innerhalb der Lohnarbeiterschaft* eine Neugliederung und Umschichtung sich vollzieht. Im Laufe der Zeit ist die Zahl der Angelernten und Ungelernten immer größer geworden, und die Angestellten haben sich zur Massenbewegung entwickelt. Während früher in allen Ländern die Mehrheit des Proletariats aus Industriearbeitern bestand, gibt es heute kein Land mehr, in dem die Industriearbeiterschaft noch über 50 Proz. beträgt. In allen Ländern wächst heute die Angestelltenschaft schneller als die der Industriearbeiter. Deren Zahl beläuft sich im heutigen Deutschland auf nur 38 Proz. der gesamten Lohnarbeiterschaft. Seit 1882 läuft die Entwicklungskurve der Industriearbeiter in Deutschland parallel mit der Zahl der Erwerbstätigen. Beide haben sich verdoppelt. Die Zahl der Angestellten hat sich in der gleichen Zeit jedoch mehr als ver-

zehnfacht. — Auch wenn die begründete Annahme besteht, daß die Umschichtung in diesem Tempo nicht weitergeht, will sie doch bei der Werbung beachtet sein. Sie ändert nichts an den Grundtatsachen, aber sie kompliziert die Fragen der Bewußtseinsbildung.

Bei der Bewußtseinsbildung stellen die 70 Proz. Lohnarbeiter den nächsten Rahmen dar, innerhalb dessen die Arbeit getan werden muß. Nach ihrer wirtschaftlich-gesellschaftlichen Funktion im Gesamtprozeß gehören sie alle zur Arbeiterklasse. Ein großer Teil von ihnen ist aber noch ohne Erkenntnis seiner sozialen Stellung. Ihm dazu zu verhelfen, ist Sache des klassenbewußten Teils der Arbeiterschaft.

Der klassenbewußte Teil stützt seine Hoffnungen für einen Sieg des Proletariats nicht allein auf diese theoretische und tatsächliche Feststellung, daß die wirtschaftlich-gesellschaftlichen Funktionen des Proletariats im ganzen immer größer werden müssen *).

Es sieht sie nur als die *eine* Voraussetzung, die gewährleistet, daß ihr Ziel verwirklichbar ist. Wenn beispielsweise eine Schicht von Intellektuellen, die „freischwebend" zwischen den großen Klassen steht, die Aenderung des Gesellschaftssystems durch Aenderung der Erziehung propagierte, würde sie ohne jene ökonomische Grundlage geringe Aussicht für die Verwirklichung ihrer Ideen haben.

Die andere Voraussetzung der Machtentfaltung, die der Arbeiterschaft das Selbstbewußtsein gibt, liegt darin, daß die Arbeiterschaft in allen Ländern sich aus den Unterdrückten zusammensetzt, die nun mehr und mehr dazu kommen, ihre Ketten zu zerreißen.

In allen Ländern der Welt ist die Arbeiterklasse der Teil der Menschheit, auf dessen Kosten eine kleine Schicht lebt, praßt und sich geistig entwickelt. Die Arbeiterschaft wird unterdrückt und

*) Das „Proletariat" Roms hatte keine Funktion im wirtschaftlichen Gesamtprozeß. Als Lumpenproletariat war es nicht Träger der Produktion wie das kapitalistische Proletariat es ist.

ausgebeutet und nun fordert auch sie das Recht auf Entfaltung und Menschsein und *Gerechtigkeit* auf *allen* Lebensgebieten. Darum ist die Arbeiterklasse eine *aufsteigende* Klasse, die Schritt für Schritt in alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens eindringt, um eines Tages nach einem neuen Prinzip sie zu ordnen und sie völlig neu zu formen. Das ist ihre geschichtliche Funktion.

Diese beiden aus der Einsicht in den Gesamtprozeß gewonnenen Erkenntnisse sind die Grundpfeiler für das Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse, das ihr Kraft gibt. Daß diese Einsicht längst nicht Gemeingut aller Lohnarbeiter ist, daß sie allein noch nicht ausreicht zur Machtentfaltung und selbst *noch nicht Macht konstituiert*, ist klar. Das zeigt schon die Tatsache, daß überall im Reiche die Arbeiterschaft nur einen Bruchteil der Gegenkräfte innehat und die Tatsache, daß beispielsweise die politischen Gruppierungen des gesellschaftlichen Lebens anders verlaufen als diese der ökonomischen Klasse. —

Wenn von anderer, meist gegnerischer Seite die Frage aufgeworfen worden ist, ob nicht stärker als die Tatsache des Lohnarbeiterverhältnisses die Einkommensgröße, im weiteren Sinne *die Lebenslage* die Menschen und Gruppen binde, so ist das in vielen Fällen richtig. Es widerspricht jedoch nicht unseren Behauptungen, die die Gesamtzahl der Lohnarbeiter mit den ihnen immer mehr zuwachsenden Funktionen im Gesamtprozeß als *einen* der Pfeiler in der Machtentfaltung und Entwicklung des Selbstbewußtseins ansehen und die Bedeutung für die *Struktur* der kapitalistischen Gesellschaft hervorheben. Die Frage nach der „stärkeren Bindung" wird unter dem Kapitel Klassenbewußtsein zu beantworten sein. Dieses hier zeigt den Ausgangspunkt: Die anderen Schichten, die Besitzer der Produktionsmittel, haben *grundsätzlich*, aus ihren Funktionen heraus, ein entgegengesetztes Interesse. — Die Gegenüberstellung zeigt die *objektiven* Möglichkeiten des Kampfes der Arbeiterschaft und infolgedessen die Grenzen der Entwicklung.

Bibliothek
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Aktionsbereitschaft und praktische Leistungsfähigkeit der eigenen Organisationen

Die Gemeinsamkeit der Lage und des Schicksals allein ist noch nicht organisationsbildend. Sie ist aber eine *Voraussetzung* für die Organisation. Erst die Organisation verbürgt die Umwandlung des Wollens in Tat.

Ueber Umfang und Stärke der Organisationen der Arbeiterschaft bestehen eine Reihe von Einzeldarstellungen, so daß wir hier auf die Aufzählung verzichten können. Wir haben zudem an anderer Stelle die Bedeutung der Organisationskraft ausführlich erörtert.

Die Organisation wird erst sinnvoll, wenn immerwährend die integrierenden Gemeinsamkeiten in Handlung umgewandelt werden. In der Nachkriegszeit haben die verschiedenen Sparten der Arbeiterbewegung einen notwendigen Differenzierungsprozeß durchgemacht. Diese Arbeitsteilung zerriß die Handlungseinheit und nahm in ihrer Verhüllung die Gestalt von Auseinandersetzungen über psychologische Fragen an. Im letzten Jahre sind viele Anzeichen für eine Gegenbewegung da, die unter der Parole „Gegenkonzentration zu der Kapitalzusammenballung" die verschiedenen Abteilungen wieder zusammenbringen will. Trotzdem ist festzustellen, daß noch viele Verbände der Arbeiterbewegung sich nach ihrem innerorganisatorischen Betrieb in der Zeit des Frühkapitalismus oder der Manufaktur befinden, worüber im zweiten Bande sehr viel zu sagen sein wird.

Die Organisationen kommen erst dann zur vollen Wirksamkeit, wenn sie in jedem Augenblick mit allen verfügbaren Mitteln in die Urteile und Gesinnungen anderer Verbände eingreifen, wenn sie ständig in der Lage sind, ihre Anhänger auf den Plan zu rufen, wenn sie zu jeder Zeit und an jedem Punkte kämpfen mit den Mitteln des Apparates und der Idee. Nicht zuletzt beruht die organisatorische Stärke auf der finanziellen Kraft und der Schlagfertigkeit der Verbände, auf die Werbemittel und Werbetechnik von großem Einfluß sind.

Auch der „Kampf um die Positionen" im Staate, um die Leitungsfunktionen, braucht uns hier nicht mehr viel zu beschäftigen.

Zudem ist in den letzten Jahren die Frage durch öffentliche Auseinandersetzungen, in Schriften und Aufsätzen so geklärt worden, daß kaum große Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen werden.

Besitz von Kommando- und Beeinflussungsstellen im staatlichen Apparat

In einer Zeit, in der die Parteien Aemter zu vergeben haben, erhalten sie natürlich Zuwachs von solchen, denen das Parteibuch Sprungbrett ist. Solche Karrieremacher gibt es in allen Parteien, und sie sind für alle eine Gefahr. Sie sind die ersten, die ihre Herkunft vergessen, wenn sie an sicherer Stelle stehen, währenddem die „Position" doch nur dann Sinn hat, wenn die Beauftragten in engem Kontakt mit ihren Auftraggebern bleiben. Der einzige Schutz vor solchen Erscheinungen liegt darin, daß die Arbeiterschaft ihre Kräfte auf weite Sicht selbst heranbildet oder überwacht, daß sie eine Bewährung im kleinen Kreise fordert und dort auch die charakterliche Beobachtung durchführt.

Der Kampf um die Positionen beginnt nicht erst beim Kampf um die offenen Stellen. Die Eroberung der Justiz z. B .beginnt bei der Werbung um den Studenten oder um den Mittelschüler. Wer es erlebt hat, in welchem Ausmaße die jungen Juristen von alten Hochschullehrern in den alten Staatsauffassungen an den Hochschulen beeinflußt werden, der weiß, daß das Wort von der „Vertrauenskrise der Justiz" in dieser Generation noch nicht verschwinden wird. Der Kampf an der Hochschule ist ebenso wichtig wie der Kampf um den Bürgermeisterposten und das Ringen um die Beamten!

Der Kampf *an* den Positionen geht nach zwei Seiten. Er ist Einflußnahme auf die Personalpolitik in allen Verwaltungsstellen der Gemeinde, der Länder, des Reiches, der Justiz, der Schule, der Reichswehr usw. Er muß gleichzeitig sein Beeinflussung der Gesetzgebung mit allen denkbaren Mitteln und unter *politischen* Gesichtspunkten. Seine Durchführung setzt voraus, daß die Arbeitervertreter grundsätzlich überall eindringen *wollen*. Ob sie in der Minderheit oder in der Mehrheit sind, sie müssen in die *Gemeinde*parlamente gehen und die Bürgermeisteranwartschaften erstreben.

Ebenso müssen sie in die *Länder*parlamente und in die Länder*regierungen* gehen. Seitdem durch die Reichsverfassung von 1919 der Wirkungskreis der Länder zugunsten des Reiches erheblich eingeschränkt wurde, ist die Länder„politik" zum großen Teile Verwaltungsarbeit. Sie ist Exekutive der Reichsgesetzgebung, ist Personaleinsetzung und Gesetzesauslegung. Infolgedessen ist die „Koalition" in den Ländern nicht anders als die in den Stadtparlamenten zu bewerten. Die Vertreter der Arbeiterbewegung haben unter normalen Verhältnissen grundsätzlich in sie einzutreten, sich grundsätzlich an der Landesregierung zu beteiligen (siehe auch unter „Aenderung der politischen Struktur").

Anders ist die Frage bei der Reichsregierung. Dort ist verantwortliche Hauptgesetzesbeschließung, die auch der mitregierenden Minderheit zur Last geschrieben werden kann. Dort kommt zur innenpolitischen noch die außenpolitische Verantwortung. Da die einzelnen Parteien, ganz gleich ob sie in der Regierung sind oder nicht, in den Ausschüssen des Parlaments Mitglied bleiben, in denen die Gesetze vorzubereiten sind, bleibt es eine rein taktische Entscheidung, ob man sich an der verantwortlichen Gesetzgebung und repräsentativen Führung durch Regierungsübernahme beteiligt. —

Kann der Sozialist an verantwortlicher Kommandostelle sozialistische Politik machen? Zunächst muß bedacht werden, daß an solcher Stelle meist Entscheidungen für *alle* Bevölkerungskreise zu treffen sind. Der Kreishauptmann oder der Arbeitsminister kann die Eingaben etwa der Arbeitgeber nicht einfach dem Papierkorb überantworten; er muß positiv-kritisch zu ihnen Stellung nehmen und eine Entscheidung treffen. Wenn Interesse gegen Interesse steht, wird es oft keinen anderen Ausweg geben als das Kompromiß, das im Rahmen des Möglichen und der Kräfteverhältnisse für jede Partei eine Teillösung darstellt. Oder es gibt den anderen und letzten Weg: *die Verantwortung offen abzulehnen.* Die Grenzen für die eine oder die andere Haltung lassen sich nicht theoretisch bestimmen. Auf keinen Fall kann ein Sozialist an irgend-

einem „vorgeschobenen Posten" im Kapitalismus sozialistische Politik machen, solange keine klaren Mehrheiten bestehen. Wohl aber kann er sehr viel tun, das sich im Rahmen der Rechts- und Machtverhältnisse zugunsten seiner Klasse auswirkt und das wesentlich anders aussieht, als wenn der politische Gegner zu entscheiden hätte!

Die andere Schwierigkeit für die Bewußtseinsbildung der Masse bei der Eroberung der Kommandostellen liegt darin, daß die große Masse auf Jahre hinaus sie nicht als *Erfolge* spürt, weil die Aenderung der Machtverteilung sich *stillschweigend* vollzieht durch interne Machtverschiebung in den Verwaltungen, durch Personalpolitik usw. Das Urteil über den politischen Erfolg einer Regierung darf also niemals nur auf den *sichtbaren* Erfolg gestützt sein.

b) Das Klassenbewußtsein.

Vom Klassenhaß bis zum Klassenbewußtsein ist eine weite Entwicklungsstufe. Klassenbewußtsein ist kein psychologischer Begriff. Es ist nicht das summierte Bewußtein der Klassenangehörigen. Sondern die Vorstellung des Klassenbewußtseins der Arbeiterschaft ist gebunden an den wissenschaftlichen Grundgehalt ihrer Lehre. Seine erste Voraussetzung ist infolgedessen die Fähigkeit, das gesellschaftliche Leben entdinglicht, also seines Fetischcharakters entkleidet zu sehen. Es ist das Vermögen, die berechenbaren Einzelerscheinungen des gesellschaftlichen Lebens als Ganzes und als Bewegung zu sehen, auf daß aus der Ueberschau und Durchschau die Gesamt*gestaltung* möglich ist. Wer sich am stärksten mit seiner Klasse verbunden fühlt, muß am heftigsten die Beseitigung der Klasse wollen. Das Klassenbewußtsein ist nicht denkbar ohne den *Umgestaltungs*willen. Dieser Wille muß auf allumfassende Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens gerichtet sein. Schließlich muß diese Gestaltung verwirklichbar sein, d. h. objektiven Entwicklungstendenzen entsprechen. Infolgedessen

sieht das Klassenbewußtsein in jedem Zeitpunkte anders aus, je nachdem, wie sich die Wirklichkeit verändert.

Ist das Klassenbewußtsein ein Abbild der Wirklichkeit nach dem Satze „Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein"? In dem Maße, als die Menschen die Richtigkeit der These einsehen und die Zusammenhänge tatsächlich durchschauen, verändert sie sich in ihr Gegenteil! *Hätte totale gesellschaftliche Gestaltung einen Sinn, wenn die Arbeiterklasse nicht glaubte, auf Grund ihres Bewußtseins von den Zusammenhängen das Sein zu gestalten?* Wenn sie nicht glaubte, daß der Mensch eines Tages wieder Subjekt statt Objekt im gesellschaftlichen Leben sein könnte?!

Die Stärke des Klassenbewußtseins ist neben diesen Voraussetzungen abhängig 1. von der Bildungsstufe der Klasse im allgemeinen, 2. von der Stärke und Anziehungskraft ihrer tragenden Idee, 3. von der Stärke des politischen Willens, 4. von der einheitlichen Einschätzung der Lage bei der Herbeiführung der Handlungseinheit.

Bildungsstufe

Es leuchtet ein, daß die Schicht auf durchschnittlich hoher Bildungsstufe bessere Voraussetzungen für eine differenzierte Einsicht in den sich stetig differenzierenden Gesamtprozeß mitbringt als eine Lohnarbeiterschaft, die in den Anfängen der Zivilisation steht, die einen großen Prozentsatz Analphabeten enthält, aber die doch nicht in der Lage ist, „sich Rechenschaft abzulegen von dem, was sich vor ihren Augen abspielt und sich zum Organ desselben zu machen" [29]).

Immerhin ist dieses allgemeine Bildungsniveau *relativ* zu sehen. Es darf nicht die deutsche Arbeiterklasse mit der russischen Arbeiterklasse verglichen werden, sondern die deutsche Arbeiterklasse mit den deutschen Gruppen des Kleinbürgertums und der Bourgeoisie und das Bildungsniveau der russischen Arbeiterklasse im Verhältnis zu dem der russischen gegnerischen Intelligenz. Die 18 Proz. russischer Lohnarbeiter *hatten* 1917 die „Fähigkeit . . ., das *Ganze* der Gesellschaft als Bewegung zu sehen und die Einheit des Gesamtprozesses herbeizuführen". Die Gruppe ihrer „Berufs-

revolutionäre", die sich Jahrzehntelang für den Umsturz vorbereitet hatte, hatte Kraft und Fähigkeit genug, um den Beginn der Umgestaltung durchzuführen. Daß dabei allerdings ein günstiger Umstand, der in anderen Ländern fehlt, Voraussetzung war, zeigt das später angeführte Beispiel über Rußland (siehe S. 110).

Die deutsche Arbeiterbewegung dürfte mit zu den unterdrückten Schichten gehören, die in der Welt die durchschnittlich beste Bildungsstufe erreicht hat. Sie hat seit 50 Jahren gegenüber den sie beherrschenden Klassen der Bourgeoisie einen ganz gewaltigen Niveauaufschwung erlebt. Sie hat angefangen mit schwerer, harter Selbstbildung in Elementarfächern und hat sich in Jahrzehnten weit mehr als die Grundbegriffe der sozialistischen wissenschaftlichen Gedankenwelt zu eigen gemacht. Sie hat zunehmend den Herrschaftsapparat ihres Gegners durchforscht und sich für seine Umgestaltung vorbereitet.

Stärke und Anziehungskraft der tragenden Idee

Die organisierten Verbände der Arbeiterbewegung wären nutzlos, wenn nicht hinter all dem Streben und Mühen, dem Dulden und Opfern, dem Verteidigen und Angreifen eine große, starke, tragende Idee stünde. Gegen Ideen und Ideale sind politische Maßnahmen machtlos, und eine organisierte Bewegung, die von einer Idee getragen wird, kommt mit weniger Mitteln aus als der zweckorientierte Gegner. Diese tragende Idee der Arbeiterbewegung ist der Sozialismus. Er ist das innere Prinzip, das mit bewegender Kraft nach Gestaltung ringt und alle Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens in sich fassen will. Er ist bei den meisten erst Ahnung, die da ist *vor* aller Form und die das Grundelement bildet zu jener Gesinnung, von der schon früher die Rede war. Diese Gesinnung ist eine innere Ueberzeugung, die überall gegenwärtig ist und allen Lebensäußerungen Sinn, Ziel und Tiefe verleiht.

Es besteht kein Zweifel, daß diese Voraussetzungen erst bei Wenigen erfüllt sind, daß solche *einheitliche* Gesinnung heute nur einen kleinen Teil von Menschen erfaßt hat. Deshalb befinden sich viele Fragen noch im Stadium der Problematik. Darum wird die Gestaltungskraft zuerst auf die „äußeren Bezirke" des gesellschaft-

lichen Lebens, als den *Voraussetzungen* zur Aenderung, gerichtet. Und ehe nicht diese Voraussetzungen erfüllt sind, kann auch eine totale Lösung der Umgestaltungsfrage nicht möglich sein.

Solange die Idee der organisatorischen Form entbehrt, ist sie weltenweit. Sie kann sich in allen Regionen bewegen. Sie kann die abstraktesten Höhen durchdringen. Sie kann rein, schön und groß herrschen wie sie Lust hat oder Aufnahme findet, denn ihr fehlt die praktische Bedeutung. Sobald eine Idee sich aber auf die reale Wirklichkeit bezieht, gar die Umwelt *verändern* will, *muß* sie sich der organisatorischen Form bedienen.

Durch den Schraubstock der Organisation verliert sie aber notwendigerweise einen Teil ihrer Bewegungsfreiheit — nicht ihrer Größe —, denn Organisation muß Zwecke setzen: das Letzte und Innerste im Menschen entzieht sich aber organisatorischer Zwecksetzung. Darum kann diese Seite des Sozialismus ebensowenig wie innere Freiheit oder Tugend als Zweck erstrebt, *sondern muß als Haltung und Gesinnung gelebt werden.*

Widerspricht also im letzten die Organisation der Idee, so bleibt für die bestehende Ordnung doch die Tatsache, daß sich die Idee nur als organisierte Idee verwirklichen läßt. Sie gewinnt an Wirkungskraft durch die Planmäßigkeit ihrer Verbreitung. Die Idee kann mit Hilfe der Organisation „zur *Gewalt* werden". Die Organisation ist also nicht *ein* Mittel, sondern *das* Mittel zur Verwirklichung der Idee. Sie ist das Gefäß, innerhalb dessen sich die Idee in *Bewegung* umsetzen muß. Und an einem Punkte, in der *Handlung*, muß der Widerspruch zwischen den einengenden Gesetzen der Organisation und der nach Bewegungsfreiheit strebenden Idee immer wieder aufgehoben werden! —

Wenn die tragende Idee sich in der Gesellschaft nicht durchsetzen kann — gleiche Möglichkeit ungehinderter organisierter Werbung vorausgesetzt —, ist das ein Beweis für ihre geringe Lebenskraft. Auf die Dauer wird ihre Gefolgschaft dann zurückgedrängt und ihre Kraft schwinden müssen.

Ist die Kraft der Idee stärker als der gesellschaftliche Widerstand — wieder gleiche Möglichkeiten und Mittel des Kampfes vorausgesetzt —, dann muß sie die Wirklichkeit langsam ändern können. Dazwischen liegt das Kompromiß, also dort, wo auf lange Zeit hinaus keiner über den anderen siegen kann.

Auf der anderen Seite verliert jede Idee in dem Maße an Spannkraft, als sie Teilerfüllungen oder Teilverwirklichungen erfährt. Der Sozialismus ist davon nicht ausgenommen.

Als Ergebnis kann man sagen: Solange sich die Arbeiterschaft rein betrachtend *nur* mit der Stärkung dieser Idee befaßt, solange sie über die bessere und höhere Sittlichkeit *diskutiert*, statt die Anderen angreift, stört sie die *politischen* Kreise ihrer Gegner nicht. Selbst der größte sittliche Hochstand und das stärkste Ausgebreitetsein der tragenden Idee schützt nicht vor dem *Kampf* um die Idee. Dieser Kampf ist das notwendige *Einbilden* dieser Idee in *alle* gesellschaftlichen Gebilde mit den Mitteln der *Macht* bis zur endgültigen Herrschaft, also des dauernden Eindringens in die Positionen, in die Kommandostellen *und* in die Gruppenurteile. Die größte und schönste Idee indes, die ohne diesen praktischen Kampf bleibt, kann nicht zur Herrschaft führen, weil Herrschaft nicht durch Mittel der Ethik und nicht durch Mittel der Wissenschaft, sondern in erster Linie durch Mittel der *Politik* errungen wird. Die Idee ist nur die eine, allerdings wichtigste Voraussetzung für diesen Kampf.

Stärke des politischen Willens

Daß auch der politische *Wille* eine unerläßliche Voraussetzung für die Stärke des Klassenbewußtseins ist, ist nicht so selbstverständlich, als es vielleicht auf den ersten Blick erscheint. An sich ist in der marxistischen Diskussion der Vorkriegszeit oft widerlegt worden, daß die Erkenntnis: die Bewegung der gesellschaftlichen Gruppen sei bedingt von den Bewegungsgesetzen des wirtschaftlich-gesellschaftlichen Lebens, gleichbedeutend mit einer fatalistischen Haltung der Gruppe sei, bei der es keinen „freien Willen" gäbe, daß vielmehr die Menschen so handeln müßten, wie es diese Gesetze ihnen vorschrieben.

Freilich hat auch die gegenteilige Auffassung praktische Bedeutung gehabt, daß der Erfolg der Politik fast *ausschließlich* von dem *Willen* der Beteiligten abhängt. Diese Auffassung ist mit dem Schlagwort „Voluntarismus" verpönt worden.

Was wir meinen, ist weder Voluntarismus noch Fatalismus, noch ist es von der Beantortung der Ausgangsfrage abhängig, ob der Wille des Menschen frei oder determiniert sei. Wenn Friedrich Engels, ein Vertreter des determinierten Willens, etwa sagt: „Freiheit des Willens heißt nichts anderes als die Fähigkeit, mit Sachkenntnis entscheiden zu können" oder Grab (S. 11)[30]), ein Vertreter „freien" Willens: „Jeder freie Willensakt ist ein Akt der Wahl zwischen Entscheidungsmöglichkeiten, und eine praktische Entscheidung ist immer notwendig eine Wertentscheidung", so zeigt dies, daß die beiden Auffassungen in der praktischen Bedeutung des Willens übereinstimmen. Es kommt darauf an, die Funktion des Willens für den praktischen Machtkampf zu betonen.

Schon aus früheren Kapiteln (Die Stärke der tragenden Idee und Das Gesetz der Beharrung) ist hervorgegangen, daß es durchaus Zustände gibt, wo der politische Wille fehlt, obwohl eine absolute Kampfstellung der Arbeiterbewegung gegen die gesamte übrige Welt besteht. *Die reine „Entlarvung" des Gegners*, das Bestreben, lediglich die Erscheinungsformen des gesellschaftlichen Lebens ihres Fetischcharakters zu entkleiden, *reicht noch nicht aus, Macht zu gewinnen.* Das Wesen der Politik ist, daß sie dauernd vor Entscheidungsmöglichkeiten steht, daß *stets mehrere Wege offen sind.* Die Gruppe, die zur politischen Macht will, muß also *fortdauernd* zwischen solchen Entscheidungsmöglichkeiten *wählen*, muß fortdauernd auf konkrete, sofort *verwirklichbare* Ziele gerichtet sein und eine entsprechende, systematische *Willensbildung* betreiben. Die Energien zu diesem politischen Willen verleiht die moralische und intellektuelle Kraft der tragenden Idee. Wo diese Idee fehlt oder zu schwach wurde, also etwa wenn die Organisation bürokratisiert, ihre Zweckverrichtungen verwaltungsmäßig, mechanisch und im wesentlichen von der *Leitung* durch-

geführt werden, trübt die notwendigerweise folgende *Erstarrung* nicht nur die Reinheit der Zwecke, sondern sie schwächt den politischen Willen.

Daß die SPD. 1923—1926, wo sie sich allerdings von den Wunden der Inflation erholen mußte, *politisch* passiv war, daß dies eine Periode war, in der ihr der politische Wille fehlte, wird heute kaum von jemand bestritten werden. Eine besondere Schwierigkeit der Willensbildung liegt freilich vor, wenn *verschiedene Wege* zur Erreichung des politischen Zieles vorgeschlagen werden, wenn strategische oder taktische Differenzen bestehen, wie das in jenen Jahren der Fall war.

Die einheitliche Einschätzung der Lage

Es nützt aber die beste Erkenntnis über die Lage und die stärkste Idee auf ein Ziel hin nichts, wenn die Arbeiterbewegung sich nicht für *einen* Weg entscheiden kann, wenn es ihr nicht gelingt, eine politische Aktion in höchster und vollkommenster *Handlungseinheit* durchzuführen. Da die Beurteilung der Lage nicht lediglich rational berechenbar ist, sondern Imponderabilien mitspielen, werden und *müssen* also immer Differenzen über die denkbar beste politische Entscheidung bestehen. Wenn es nun nicht gelingt, eine Handlungseinheit herbeizuführen, dann ist das gleichbedeutend mit der Schwächung des Klassenbewußtseins. Die Macht der Bewegung wird eine Zeitlang herabgedrückt.

Die Organisation kennt zur Erzwingung der Handlungseinheit die *Disziplin*. Sie besteht für demokratisch aufgebaute Organisation in der freiwilligen Unterordnung und Einordnung der einzelnen Glieder unter die von der Mehrheit oder den entscheidenden Stellen der Organisation beschlossenen Handlungsabsichten. Die Partei- und Verbandsdisziplin ist also solange eine notwendige Erscheinung, als sie der Herbeiführung der Handlungseinheit dienen soll. Wo der Appell an die Disziplin auch außerhalb der Aktion geschieht, ist es ein Zeichen entweder für das Zurückgehen der tragenden Idee oder ein Zeichen von Machtgenuß durch die Leitungen!

Zusammenfassung

Es muß noch einmal betont werden: das Vorstehende ist die *gedankliche* Zerlegung in die Elemente des Klassenbewußtseins, die in der Praxis zwar verschiedene Betonung erhalten sollen, aber doch stets zusammenwirken müssen. Es ist so zu verstehen, daß, wenn *alle* Faktoren vorhanden sind, das denkbar größte Maß von Klassenbewußtsein entfaltet werden kann. Diese Zerlegung in die einzelnen Elemente ist in dem Augenblick notwendig, wo wir uns streiten, worin das richtige Klassenbewußtsein liegt. Wir müssen dann zurückgehen an die Elemente und von da aus Punkt für Punkt die Wirklichkeit untersuchen.

In dem Maße, als diese Elemente des Klassenbewutseins in einer Handlung zusammenfallen, in dem Maße wächst das Klassenbewußtsein, steigert sich die Macht der Bewegung ins Vielfache.

c) Die außerhalb der eigenen Organisation liegenden Bedingungen.

Stärke und Organisationskraft der Gegner

Die Macht der Arbeiterbewegung kann nicht unbegrenzt steigen. Wenn sie den jeweilig höchsten Stand ihrer Erkenntnis und den höchsten Grad eines gut geleiteten Willens erreicht hat, bleiben Hindernisse und Hemmungen, auf die sie fast keinen Einfluß hat. Das ist — erstens — die finanzielle Stärke und die sonstige Einflußmöglichkeit der gegnerischen Organisationen, über die in früheren Kapiteln das Notwendige und Grundsätzliche gesagt worden ist. Nur so ist es beispielsweise zu erklären, warum in Rußland, das nur teilweise kapitalistisch ist, mit seinen 18 Proz. Lohnarbeitern schon vor dem Kriege eine verhältnismäßig große politische Macht ausüben konnte, während die Vereinigten Staaten mit ihren etwa 60 Proz. Lohnarbeitern fast keine politische Arbeiterbewegung aufwies. In Rußland waren es vorwiegend ausländische Kapitalisten, die den Kapitalismus in Formen der Großindustrie aufgebaut hatten. Die Russen verdankten — ebenso wie z. B. die Ungarn bei ihrer Revolution 1923 — ihren Erfolg wesentlich dem *Fehlen* ebenbürtiger gegnerischer Organisationen.

In Deutschland, dem klassischen Lande der Organisation und

der Bürokratie ließ man nach dem Zusammenbruch von 1918 *alle* organisierten Gruppen mit ihren „Apparaten" bestehen, ob es sich um die Unternehmerverbände oder die Handels- und Landwirtschaftskammern handelte, um die großen Zeitungen oder den Volksverein für das katholische Deutschland, um die Anwaltskammern oder um die Kartelle, und es ist klar, daß diese alle wieder spielten, nachdem die erste Feigheit und der erste Schreck vorüber waren. Ob und in welchem Umfange solche Organisationen bestehen, ist von außerordentlicher Bedeutung für die Machtentfaltung der Arbeiterschaft, und wenn die endgültige Geschichte des deutschen Zusammenbruches geschrieben wird, so wird die Frage: Organisationskraft der Gegner eine große Rolle spielen. Im ganzen kann man sagen: je weniger stark die Organisationen der Gegner sind, desto mehr Aussichten hat die Arbeiterschaft.

Die politische Struktur des Staates

Eine andere entscheidende Grenze liegt in der politischen Struktur des Staates, also darin, durch welches Regierungssystem die politischen Gruppen formal — auf Grund von Verfassung und Gesetzgebung — ihre Herrschaft ausüben und tatsächlich: auf Grund von Wirtschaftsfunktionen, Besitz von Verwaltungsapparaten und Gewaltmitteln. Die Aenderung der politischen Struktur des deutschen Staates hat der Arbeiterschaft erheblich andere Kampfbedingungen gebracht. Sie hat neue Formen ihres Kampfes erfordert und die quantitativen und die qualitativen Anforderungen an ihre Arbeitskraft ins Ungeheuerliche gesteigert. Ueber diese Tatsachen bestehen heute keine grundsätzlichen Differenzen mehr. Die zusammenhängende Aufzählung dieser Aenderungen bedarf einer gesonderten Schrift. Wir bringen nur die Grundzüge. Die politische Struktur des alten Systems hat unübertroffen Max Weber [31]) dargestellt.

Bei einem Vergleich der Regierungssysteme ist die Funktion zu betrachten, die den obersten Staatsorganen übertragen ist. Es ist zu fragen, welchen Organen die Ausübung der Staatsgewalt zusteht und wer die politische Leitung des Staates tatsächlich in

Händen hat. Die formellen Träger der Staatsgewalt — das haben wir schon gesehen — sind längst nicht immer die tatsächlichen. Und auch die übliche Unterscheidung in Monarchie und Republik sagt darüber noch gar nichts aus. Denn die Regierungsformen der Monarchie können ebenso verschieden sein wie die der Republik. Die Einteilung in Formen, wo Alleinherrschaft, die Herrschaft Einzelner oder Herrschaft des gesamten Volkes unterschieden wird, ist keine soziologische, sondern eine staatsrechtliche.

Was sich in der politischen Struktur Deutschlands seit 1919 erheblich geändert hat, ist das Verhältnis des Reiches zu den Ländern, die Rolle, die dem Parlament und anderen Organen zukommt und das Verhältnis der Parteien zum Staate.

Im politischen System des Vorkriegsstaates war der Parlamentarismus nur eine leere, absolut bedeutungslose Form. *Alle* entscheidenden Stellen in Justiz, Verwaltung, Schule, Heer wurden entweder direkt oder durch Bestätigung von oben eingesetzt. „Oben", das waren Dynastie, Adel, Junkertum, Militär und einige politische Gruppen, die, weil man sie nicht bekämpfen konnte, Anteil in Form von „Aemtern" erhielten („Aemterpatronage"). Die gesetzgebende Stelle war der Bundesrat, also das Gremium der Länderfürsten. Das entscheidende Herrschaftsmittel war die Bürokratie, an die niemand herankonnte, der nicht dreimal im Hinblick auf seine konservative Gesinnung und Beamtenfügsamkeit gesiebt war. *Die Bürokratie konnte niemand kontrollieren, der nicht selbst Beamter in leitender Funktion war.* Darin liegt die Hauptbedeutung. Die offiziellen, vom Monarchen und dessen herrschenden Schichten eingesetzten politischen Führer bedienten sich dieser einzigartigen, von oben nach unten aufgezogenen Bürokratie, ohne daß es für irgendein Organ oder eine Gruppe (das Parlament oder die Parteien vielleicht) eine Möglichkeit der *Kontrolle* (sowohl der Verwaltungs- als auch der politischen Kontrolle) gab. Die politischen Spitzen waren keinem Parlament verantwortlich. Die Rolle des Parlaments beschränkte sich auf Kritik, Beschwerde, Beratung, auf Vorschläge und Sanktionen der Re-

gierungsvorlagen. Wer als politischer, aus den Parteien hervorgegangener Führer doch einmal an die politische Führung des Staates kam, mußte auf seine Verbindung mit der Partei verzichten. Er mußte also Beamter werden. So war das Parlament kein Arbeitsparlament, das die Verwaltung kontrollierte und dessen beste Köpfe Aussicht hatten, selbst die Führung des Staates zu übernehmen, um auf die Geschicke des Staates Einfluß zu üben, sondern es bestand eine unkontrollierte Beamtenherrschaft ohne Verantwortung, und *alle* Parteien, nicht nur die Sozialdemokratie — wenn diese auch in besonderem Maße —, soweit sie nicht direkte Interessenten an den Aemtern waren, mußten demzufolge *„negative Politik"* treiben. Die Parteien waren mißachtet, die „Köpfe" blieben ihr fern. Der Einfluß der Konservativen beruhte nicht auf den Eroberungen und Taten als *Partei*, sondern die *Pfründen*, der Aemterbesitz, vom Landrat bis zum Minister, fielen ihnen von der *Verwaltung* aus zu, auf dem Wege über studentische Korporationen und andere politisch-verwaltungsmäßige Verbindungen und Abmachungen.

Die politische Haltung der Sozialdemokratie unter der „konstitutionellen Monarchie" wird durch ein Wort von Marx aus einem Briefe an Engels gekennzeichnet: „Liebknecht macht sich recht gut; er hat von uns doch soviel behalten, daß er einsieht, *die einzig richtige Politik bestehe darin, gegen alles ohne Ausnahme zu stimmen* [32])."

Diese taktische Haltung: *ich kenne die Gründe nicht, aber ich mißbillige sie*, ist die charakteristische Haltung der „negativen Politik". Sie besitzt den Vorzug der Einfachheit. Wenn Bebel schon 1879 nicht mehr ganz damit auszukommen glaubte, wie ein Brief an Friedrich Engels zeigt [33]): „Wir werden, solange wir parlamentarisch mittun, uns in der reinen Negation nicht halten können. Die Masse verlangt, daß auch für das Heute gesorgt werde unbeschadet dessen, was morgen kommt", so war und blieb das trotzdem noch negatives Verhalten. Die „positive" Arbeit bezog sich nur auf Zugeständnisse und Kampf im *Parla-*

ment, wie auch die Antwort Engels' auf diesen Brief zeigt: „Die Fragen, in denen sozialdemokratische Abgeordnete aus der reinen Negation heraustreten können, sind sehr eng begrenzt. Es sind alles Fragen, in denen das Verhältnis der Arbeiter zum Kapitalisten *direkt* ins Spiel kommt ..." —

In der Weimarer Verfassung ist diese Form der Herrschaft feudaler Kliquen mit Hilfe der Bürokratie beseitigt worden. Der Reichstag ist die höchste gesetzgebende Körperschaft, die auch über Krieg und Frieden zu beschließen hat. Er ist nicht mehr ohnmächtige Dekoration, sondern das Organ der Beamtenkontrolle und der Budgetfeststellung. Er gibt Mittel zur Ausschaltung ungeeigneter leitender Beamten. Der Reichstag kann die Regierung durch Mißtrauen stürzen. Vor allem also: *die Parteien sind Träger der Regierung geworden.* Es ist dem Parteiführer, und zwar jedem Parteiführer, *grundsätzlich* möglich, *die Berechtigung seiner Forderungen* und seiner vorher geübten Kritik *sowie seine Fähigkeit zu Leitung des Staates in positiver Arbeit zu beweisen.* Er kann die politische Leitung übernehmen, ohne Beamtenminister zu sein.

Freilich kommt eine Gefahr aus dieser Umkehrung: Wenn der aus den Parteien hervorgegangene *politische* Leiter zu ahnungslos in den Fragen der Verwaltung und des Stufenleitersystems ist, wenn er sich lediglich von den „bewährten, amtlichen Mitarbeitern" beraten läßt, die *unverantwortlich* sind, wird er nur zu leicht Opfer seiner Bürokratie. Mehr wie einem Minister der letzten Jahre — auch sozialistischen — ist das so ergangen. So ist es offenes Geheimnis, daß man während des einen Monats Regierungstätigkeit in 1923 Hilferding über jeden Dreck und jede Kleinigkeit Stöße von Akten vorlegte, ihm *jede* Entscheidung irgendwelcher Art zuschob, um praktische Arbeitsunfähigkeit des Ministers herbeizuführen. — Während einer sozialistischen Regierung in Sachsen saß im x-Ministerium ein alter Geheimrat, den man von früher belassen hatte, weil er der beste Kenner der verwickelten Materie war und sich regierungsfreundlich ausgegeben

hatte. Dieser hatte seinen Apparat so in der Hand und ließ ihn in die Oeffentlichkeit hinaus so spielen, daß er eine Reihe wichtigster Maßnahmen des selbst nicht „sachverständigen" Ministers durchkreuzte, ohne daß man es ihm nachweisen konnte, wodurch er nicht nur dem Minister, sondern der ganzen Regierung unendlichen Schaden zufügte.

Wenn die Reichsregierung, wie das in den letzten Jahren der Fall war, jährlich oder halbjährlich wechselt, spielt es kaum noch eine Rolle, *welche* politische Gruppe an die Herrschaft kommt, weil die leitenden Politiker — wegen der stets drohenden Krisengefahr auf *kurzfristigen* und *sichtbaren* Erfolg eingestellt sind, nicht auf in Jahren erkennbare Taten — von der bisherigen Arbeit und der Fachkenntnis der langjährigen *Beamten* abhängig sein mußten. Diese Gefahren werden also beim häufigen Regierungswechsel akut.

Für die Parteien bedeutet die Aenderung im allgemeinen: die *grundsätzlich* „negative Politik", die in der Vorkriegszeit für alle nichtkonservativen Parteien, insbesondere für die Sozialdemokratie, notwendig war, führt zur *Selbstausschaltung. Politische* Herrschaft ausüben heißt noch immer wie früher: Anteil nehmen an der Verwaltung, Einfluß nehmen auf die Aemter, insbesondere die *leitenden* Aemter. Darum wird es in der neuen politischen Struktur des Staates ein notwendiges politisches *Hauptziel der Parteien, nach der Teilnahme an der Regierung zu drängen.* Diese Teilnahme wird solange die Form einer Koalition mit anderen Parteien annehmen, solange sich ein halbes Dutzend großer Parteien annähernd gleichstark gegenüberstehen. Aber je nachdem, welche Chancen diese jeweilige Kräftekonstellation bietet, wird die Einflußnahme durch Teilnahme an der höchsten politischen Verantwortung nur noch eine Frage der *Taktik.*

Auch die *Opposition* hat also eine andere Bedeutung wie früher. Für die Opposition bedarf es genau so begabter und fähiger Männer wie für die positive Mitarbeit, denn sie erfordert nicht nur die gleiche gründliche und fortlaufende Beobachtung der Gegner wie

bei der Koalition, sondern bringt den Zwang des immerwährenden, sofortigen Eingreifens, wobei der wesentliche Unterschied gegenüber der Koalition bleibt, daß die Opposition sich die Mittel nicht beliebig wählen kann, sondern sie sich von der Mehrheit vorschreiben lassen muß, wenn sie ihr jemals Herr werden will.

Zur Opposition gegen die höchste politische Stelle wird in der Demokratie Veranlassung sein, wenn die Regierungszusammensetzung vermuten läßt, daß der eigene Einfluß darin zu gering bleibt, als daß er sich überhaupt durchsetzen kann, also, wenn die Zahl der eigenen Mitglieder verhältnismäßig zu klein ist oder das Format ihrer Kräfte Enttäuschungen von vornherein erwarten läßt (Opposition, weil die Kräfte nicht ausreichen).

Oder die Partei will eine *außen*politische Entscheidung, die bevorsteht, nicht mitverantworten. Denn da die Arbeiterschaft ein anderes nationales Ziel hat als das Bürgertum — die nationale Politik des Bürgertums geht grundsätzlich darauf aus, die eigene Nation mit allen Mitteln über die fremde zu heben, die Arbeiterschaft jedoch will die Entwicklung des *ganzen* Volkes zur Nation und daher nationale Autonomie —, kann sie an der Koalition, in der solche machtpolitischen Entscheidungen nicht verhindert werden können, nicht teilnehmen (Opposition aus außenpolitisch-imperialistischer Gegnerschaft).

Oder sie bleibt in der Opposition, weil die Mitgliedschaft — nicht bloß eine kleine Gruppe — sich über den Wert und die politischen Möglichkeiten der Koalition nicht mehr einig ist. Sie muß dann solange in der Opposition bleiben, bis die *konkreten Forderungen* des innen- und außenpolitischen Programms der kommenden Spanne *zum gesicherten Besitz der Gefolgschaft* geworden sind. Denn erst dann hat die neue Aktion *in* der Regierung Aussicht auf Erfolg (Opposition zur Herbeiführung der Handlungseinheit).

Schließlich hat die Frage der *Auslese* der politischen Kräfte (über die Frage der Auslese ist schon viel geschrieben worden, besonders von *Cassau*, so daß hier einige Randbemerkungen genügen) eine andere Bedeutung. Bei der früheren Struktur konnte

leichter jemand in die Politik pfuschen. Heute entscheidet der Wettbewerb des Besten. Aber die Männer mit Fähigkeiten, politischem Willen und gesinnungsstarker Ueberzeugung, die heute allein den Erfolg verbürgen, stehen nicht eines Tages da, wenn sie gebraucht werden, sondern man muß sich lange vorher um sie gekümmert haben.

An sich gibt es in der Arbeiterbewegung keinen Mangel an Ratschlägen und guten Gedanken, an tüchtigen Genossen und freudigen Mitarbeitern, aber die Kräfte haben eben solange nicht die geringste Bedeutung, als es — erstens — leitende Instanzen gibt, die aus dem Gesetz der Kalkulation der Massenbewegung jede eigene Meinung kraftvoller und willenstarker Junger in der Organisation ausschalten, weil es ihre Berechenbarkeit stört und — zweitens —, solange es niemand gibt, der es als Aufgabe erachtet, auf weite, weite Sicht hin sie heranzuziehen. Auf *weite* Sicht, denn das aus der Not an Kräften geborene Verfahren der letzten Jahre — wenn es auch wohl nicht überall so war —, jedem rede- oder federgewandten Studiker oder Internatsbesucher Aemter mit hoher und höchster Verantwortung anzuvertrauen, schafft leicht Kliquen und Bonzen. Die Jungen und Begabten müssen sich auf irgendeinen kleineren oder größeren Kreis stützen können, der sie genau kennt und der sie sozusagen in die Rechnung des nächsten Jahrzehnts einkalkuliert. Dieses System der kleinen Kreise, in denen sich die Jungen, ohne daß sie sich schon festlegen müssen, tummeln und messen und wo sie charakterlich und politisch reifen können, fehlt! Es müßte versucht werden, es planmäßig für die ganze Arbeiterbewegung aufzubauen.

„Give him a chance" und laß ihn sich bewähren und um das dreißigste Jahr herum werden wir sehen — dieser englische Leitsatz, der großzügig und auf weite Sicht sich Kräfte schafft, sollte uns selbstverständlich werden.

Ein Wort noch über das geänderte Verhältnis des Reiches zu den Ländern. Das Reich von 1871 war ein Bundesstaat gewesen mit föderalistischem Charakter. Die Bundesstaaten waren nahezu

souverän. Sie hatten Verfassungsautonomie, was dazu führte, daß z. B. Mecklenburg mittelalterlich-ständisch, Baden mehr demokratisch das staatliche Leben organisierte. Sie besaßen ihre eigenen Steuerquellen, setzten selbständig ihre Verwaltung ein, hielten ihre eigene Polizei, stellten als Länder Kontingente zur Armee, betrieben ihre eigenen Eisenbahnen (wenigstens die großen Länder) und ihr eigenes Postwesen.

Leider ist der deutsche Einheitsstaat in Weimar nicht geschaffen worden, aber als dezentralisierter Einheitsstaat hat er die Rechte der Länder doch sehr erheblich beschnitten. Durch die Uniformierung der Länderverfassungen ist die republikanische Staatsform und demokratische Regierungsform für alle Länder Bedingung geworden. Auf den meisten Gebieten hat das Reich die ausschließliche Gesetzgebung. Das Reich hat die ausschließliche Steuerhoheit. Es hat sich in allen Ländern einen ungeheuren Steuerverwaltungsapparat (Reichs- und Landesfinanzämter) geschaffen. Es besitzt die ausschließliche Verwaltung der Eisenbahnen, der Post, der Wasserstraßen. Es steht ihm die ausschließliche Heeresgewalt zu. Es regelt ausschließlich die Zollgesetzgebung, die Beziehungen zum Ausland. Reichsrecht bricht Landesrecht.

Auf einer Reihe von Gebieten besteht die sogenannte konkurrierende Gesetzgebung: Das Reich kann die Gesetzgebung dort ausüben, muß es aber nicht. Auf den Gebieten z. B., die den Ländern ausschließlich verblieben sind, wie Kirche und Schule, kann das Reich durch Aufstellung von Grundsätzen eingreifen. Und auf allen diesen Gebieten, wo es durch die Gesetzgebung verfassungsmäßig in die Ländergesetzgebung eingreifen kann, übt es die Reichsaufsicht über die Länder aus.

Den Ländern ist in der Hauptsache neben Kirchen und Schule alle *Verwaltungs*tätigkeit geblieben. Die früheren Selbständigkeiten sind derart eingeschränkt worden, daß sie kein Tummelplatz für „hohe Politik" mehr sein können. Der Kampf um die Landesregierung unterscheidet sich im Prinzip nicht vom Kampf um die Stadtregierung, und es ist nicht einzusehen, wieso die Regierungs-

koalition des Landes etwas anderes sein soll als die einer Großstadt. Vielleicht ist es bei Preußen problematischer, weil es über zwei Drittel des Reiches umfaßt, aber auch dort kann es doch nur heißen: denkbar stärkste Beteiligung! zumal dem Lande das wichtige Recht zusteht, die Gemeindeverfassungen zu bestimmen. — Es leuchtet ein, welche Bedeutung den außerhalb der Organisation liegenden Bedingungen für die Herrschafts- und Machteroberung der Arbeiterschaft zukommt. Alle Faktoren der Macht, wie sie bisher aufgezählt wurden, als gleichbleibend angenommen und nur die politische Struktur des deutschen Staates in der Vorkriegszeit und heute verglichen — wird man sagen müssen, daß die gegenwärtige politische Struktur der deutschen Arbeiterschaft bedeutend mehr Chancen für ihren Machtkampf gibt als früher. Wenn die Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit dennoch jahrelang nicht nur in der Defensive blieb, sondern ihrem Einfluß nach zurückging, ist das nicht infolge, sondern *trotz* dieser anderen politischen Struktur geschehen. Der Rückgang ist auf Verschiebungen an anderen Fronten zurückzuführen.

Schließlich: Es gibt *keine Macht an sich*, sondern immer nur Macht *zum Zwecke der Verwirklichung bestimmter politischer Zielsetzung*. Die Rolle der Politik, ihre Möglichkeiten und ihre Mittel für die organisierte Machtentfaltung müssen darum in diesem Zusammenhang etwas stärker herausgehoben werden.

Politik, Taktik und Strategie

a) Wesen und Sinn der Politik.

Politik braucht immer einen Gegenspieler.

Politik ist zu Hause in der Sphäre der gesellschaftlichen Macht.

Politik ist nur denkbar als gewollte Tat.

Politik existiert nur als Gruppenerscheinung. Sie besteht im weitesten Sinne als gewolltes und zielgerichtetes Handeln an leitender Stelle einer Gruppe, abgestellt auf den Gegenwillen und das vermutete Handeln anderer Gruppen. Ob es Geschäfts-, Devisen-, Gesundheits-, „Kultur"- oder sonstige Politik ist, sie muß die eigenen Maßnahmen orientieren an den Absichten und Taten des anderen Verbandes. *Partei*politik ist demzufolge alles auf *Machteinfluß* gerichtete Handeln einer auf freiwilliger Gefolgschaft organisierten Gruppe — der Partei —, orientiert am *Staate*. Da der Staat aber nicht bloß die Organisation der Organisationen darstellt, sondern die einzige Organisation, die auf Gewalt gegründet ist, die als einzige das *Monopol* physischer Gewalt für sich beansprucht, die mit einem dienstbaren Apparat herrscht, bedeutet Parteipolitik auch jedes auf *Herrschaft* gerichtete Handeln im politischen Verband Staat (siehe auch Kapitel III, 3). Wir meinen Parteipolitik, wenn wir künftig von Politik schlechthin sprechen.

Politik als Betrieb und Technik

Im Zeitalter des Marktes, der Maschine und der Großstadt ist auch die Politik längst ein Gebiet geworden, das von den Tendenzen zur Vorausberechenbarkeit beherrscht wird, das nur von *Berufs wegen* überschaut und wirksam ausgeübt werden kann. So wie das Dingverhältnis die Zusammenhänge der Wirtschaft verschleiert, so wie der gewöhnliche Sterbliche dem Fetischismus des Rechtslebens hilflos gegenübersteht, so kann er aus eigenem Vermögen auch nicht mehr hinter die Kulissen der Politik schauen.

An die Stelle des lokal Ueberschaubaren, das erlebt wurde und durchzogen war von traditionellen Gemeinschaftsbeziehungen, tritt das Abstrakt-Sachliche und Sachlich-Zweckgerichtete der überlokalen „gesellschaftlichen" Verhältnisse. An die Stelle des ortsbeheimateten Kandidaten, den die Wähler persönlich kennen, tritt der beauftragte Funktionär, den der Vorstand empfiehlt oder den die Wahlmathematik (z. B. bei der Reichsliste) bestimmt. Das vereinfacht zwar die Hingabebereitschaft, weil sie statt an die Person auf die „Sache" erfolgt, aber doch nur dann, wenn es gelingt, in dieser neuen überlokalen Einheit trotz alles Apparathaften einen überpersönlichen Wert zu finden.

als Technik

Der Wettkampf der Parteien ist in erster Linie der Wettkampf der Apparate. Die Technik des politischen Betriebes tritt derart in den Vordergrund, daß in den letzten Jahren eine Schrift erscheinen konnte, die sich sozusagen mit der „Technik der Revolution" befaßt. Dieses Büchlein eines deutschnationalen Professors an der Berliner Universität schildert die Technik Mussolinis bei der „Einführung" des Faschismus, und zwar in einer nicht mißzuverstehenden Weise als Anleitung für die Anwendung in anderen Ländern. „Die Konzentration auf Technik und Methode der Revolution mußte den Gedanken nahelegen, die wohldurchdachten Revolutionsmethoden auch zur Erreichung *nichtsozialistischer* Ziele zu benutzen." Bei der Aufzählung der Methoden der Gewalt z. B. sind aufgezählt und unterschieden die Einschüchterungsaktion, die Geiselnahme, die politische Expedition, die Strafexpedition, die Repressalie, der Ueberwachungsdienst. Die Schrift war anfangs nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt gewesen. Ihr Hauptinhalt ist auf den Nachweis abgestellt, wie es Mussolini mit Hilfe einer guten Strategie und Technik gelang, die Herrschaft aufzurichten, ohne daß er ein besonderes Programm hatte . . .![34])

als Betrieb

In Deutschland gleichen sich die Parteien aber nicht nur durch die Aehnlichkeit ihrer Apparate immer mehr an. Sie ähneln sich auch darin, daß fast keine in sich mehr eine geistige Einheit darstellt und daß alle ihre Einheit nach außen und nach innen durch

ständige offene und stille Kompromisse herstellen. Das politische Leben in allen seinen Stufen ist derart in Kompromissen gebunden, daß der Parteienwechsel in Regierung und Parlament meist keinen sichtbaren Richtungswechsel mehr bedeutet, sondern nur Personenumstellungen und Umbildungen mit Gradunterschieden in der politischen Gesamthaltung. Die scheinbare Starrheit des politischen Betriebes hat derzeit ihre Beweglichkeit durch die „inoffiziellen Kreuz- und Querverbindungen", vermittels deren die Partei, z. B. in Kulturfragen mit der Rechten, in wirtschaftspolitischen mit der Linken geht oder vor jeder Abstimmung sich die Mehrheit jeweils zusammensucht. Aber dem Durchschnittswähler erschwert auch das den Durchblick und die einfache Orientierung über das politische System. Daß in dieser Entwicklung große Gefahren schlummern, liegt auf der Hand.

Wenn dazu der Kampf um die Vorlagen die Form eines Kampfes um die Paragraphen annimmt, wird er um so leichter zur Nurangelegenheit der „Fachleute", die allein in der Lage sind, die Außenstehenden zu informieren. Der „Außenstehende" ist darauf angewiesen, daß ihm der Mechanismus des Staates, die Formen seiner Herrschaft und die Gegenstände des jeweiligen Kampfes von seinen beauftragten und bezahlten Vertretern erklärt werden. Damit fällt die große *Verantwortung zur Berichterstattung und Mitteilnahme am politischen Leben* auf die Parteien. Die Parteien werden gezwungen, eigene Zeitungen zu führen, und sie erfüllen ihre politische Funktion in der Demokratie bei dieser Sachlage nur, wenn sie alles tun, um die Verantwortung der Parteien bei einer Entscheidung öffentlich klarzustellen. Die Parteiöffentlichkeit muß eindeutig erkennen können, wieweit in einem Falle, etwa wo der Bruch des Regierungsverhältnisses angedroht ist, ein „Ja" noch möglich gewesen wäre: Die Oeffentlichkeit muß durch die Parteien fähig gemacht werden abzuschätzen, ob ein politischer Erfolg eine eigene Leistung oder ein fremdes Verschulden darstellt. *Die Mitglieder müssen auf die denkbar beste Weise an dem*

politischen Leben durch Teilfunktionen Anteil erhalten. Sie müssen *aus Mitteln zu Mitträgern der Politik* gemacht werden! —

Die Tatsache des Apparathaften im politischen Betrieb, der notwendig so geworden, ist nur halb so schlimm, wenn wir sie uns als gegeben und veränderbar immer wieder ins Bewußtsein heben, auf daß wir Mängel beseitigen können, und auf daß das System nicht uns beherrscht. Die Abneigung gegen das Technische ist nur dann berechtigt, wenn es uns menschliche Kräfte verschüttet oder durch Herrschaft und Gewalt Menschen in Abhängigkeit bringt. In der Politik tritt das ein, wenn die Aemterakkumulation der ausschließliche Zweck wird, wenn *Macht um der Macht, Herrschaft um der Herrschaft willen* erstrebt wird.

Politik und Macht

Macht um der Macht willen ist genau so verwerflich wie Herrschaft um der Herrschaft willen, ist Kapitalismus! Wo Staatsmacht als Parteizweck mißbraucht wird, muß die politische Korruption gängiges Mittel werden und die materielle manchmal auch. Die Aemter werden Versorgungsstellen nach dem Motto: „eine Hand wäscht die andere". Man schiebt den Freunden von den Aemtern aus Geschäfte zu und vermittelt Aemter für Geschäfte.

Macht im Politischen bedarf ebenso wie jede andere Macht der Bereitschaft der Anderen, zu folgen. Man kann die besten Argumente, den stärksten Glauben und den energischsten Willen haben, sie nützen nichts, wen der Andere sich bewußt verschließt, wenn er uns nicht anerkennen *will.* Der Machtkampf der Parteien ist dauernd auf solche Rivalität gestellt. Darum ist Politik stets Kampf. *Jede Partei will Machtzentrum sein, ist aber gleichzeitig auch irgendwo Machtobjekt.*

Politik als Tat

Die Partei muß das Zentrum eines Willens und einer *Tat* sein. Sie muß *alle* Seiten des gesellschaftlichen Lebens im Staate anpacken und immer neue Gültigkeiten schaffen wollen. Sie muß jederzeit das Ganze ihrer Forderungen und ihrer Kraft für die *Handlung* bereit haben. Was wirkt und wie sie wirkt, sind dabei nicht so sehr die greifbaren und berechenbaren Mittel, sondern die

unendliche Steigerung, die sich aus dem Zusammenhandeln der Einzelnen ergibt. Die Tat muß gewollt werden, auch wenn vom erstrebten Ganzen erst ein dürftiges Schema besteht. Sie ist ein Vorgriff, der die Erfüllung als Aufgabe nach sich zieht. Sie muß da sein, *ehe* feststeht, ob aus ihr die Gemeinschaft erwachsen kann. Nur in der Tat hebt sich stufenweise der Widerspruch auf zwischen dem Gewollten und dem Gesollten.

Politik als Gestaltung

Im letzten hat Politik nur Sinn und Berechtigung, wenn sie das Gewollte umwandelt in Gesolltes. Politik muß im letzten gerichtet sein auf die *Gestaltung* des gesellschaftlichen Lebens. Der Raum, in dem sie gestaltet, ist der Staat. Die idealste Form der Gestaltung ist die der Macht. Was die politische Gestaltung von jeder anderen Art von Gestaltung unterscheidet ist, daß der politische Schöpfer seiner Form Gestaltung verschaffen will für die ganze Gesellschaft, für den größten politisch erfaßbaren Raum. Darum ist die politische Gestaltung die viel schönere und größere Aufgabe als die der Gestaltung eines einzelnen Kunstwerkes. Der Unterschied der politischen Gesellschaftsgestaltung gegenüber der individuell-künstlerischen Gestaltung ist — abgesehen davon, daß die eine am lebenden, die andere am toten Material erfolgt — gleich dem Unterschied zwischen der individuellen und der sozialen Macht. Die Macht des Einzelnen kann rein im Körperlichen ihren Ursprung haben, als Vitalität, als Daseins- und Lebensbejahung, als Geltungsdrang. Die soziale Macht kann nur geistig, seelisch oder willentlich vermittelt werden (und freilich über ihre Grenzen hinaustreiben als Herrschaft und als Gewalt). Die individuelle Macht ist Selbstdurchsetzung, nichts weiter. Die kollektive Macht entbehrt nicht der Selbstdurchsetzung der Gruppe, aber sie erstrebt darüber hinaus soziale Geltung. Politik als Gestaltung will nicht Wesensformung der Einzelnen, geprägt für sich selbst; sie will Aufeinanderbeziehung der Gruppen. Sie will eine Welt von Formen und objektiven Ordnungen innerlich so zusammenfügen, daß es keine aneinandergesetzten Teile, sondern ein sinnvolles, herrschaftsfreies, neues Ganze ergibt: Obwohl es dem Politischen

aufs stärkste widerspricht, im letzten muß Politik die Menschengruppen um ihrer selbst willen fördern wollen, muß sie im tiefsten auf Liebe gegründet sein.

b) Der Politiker.

Auf der einen Seite ist Politik zur *Wissenschaft* geworden, die *alle* Seiten des politischen Mechanismus und der möglichen politischen Einflüsse mit dem Ziele der Vorausberechenbarkeit freizulegen hat. Aber das politische Handeln selbst ist kein Fach und kein Handwerk, das gelehrt werden kann, sondern bleibt *Kunst*. Nennt man das Wirtschaften die Kunst des Berechenbaren, dann ist Politik die Kunst des Unberechenbaren. Nicht als ob der Politiker nur nach dem Gefühl oder dem Instinkt oder seiner genialen Eingebung handeln soll, sondern wenn er alle berechenbaren Faktoren in seine Rechnung eingestellt hat — Sache des Wissenschaftlers und des Organisators —, bleibt noch soviel an Imponderabilien abzuschätzen, daß das Maß der menschlichen Erfahrungen und die Stärke der Persönlichkeit den letzten und entscheidenden Ausschlag gibt. So z. B. kann die beste Vorauskalkulation dadurch um den Haufen geworfen werden, daß eine ungeahnte *Steigerung* der Kräfte des Gegners eintritt, weil durch den Kampf dessen Lebensinteressen berührt, entfacht, aufgepeitscht werden. Die Theorie des historischen Materialismus, die mikroskopisch genaue „Analyse" kann dem Politiker nur *Tendenzen* zeigen und die *Grenzen* bestimmen, innerhalb deren er sich bewegen kann, was gewiß außerordentlich wichtig ist. Aber innerhalb dieser Grenzen gibt es stets verschiedene Entscheidungsmöglichkeiten. Darum kann ihm die Theorie allein nicht sagen, wie er handeln muß, um den größten Erfolg zu erzielen. Die Wissenschaft gibt ihm Einsicht, nicht Rezepte.

Der Realpolitiker

Der erfolgreiche Politiker ist daher nicht anders möglich, denn als *Realpolitiker*. Dieses Wort ist, namentlich in der Arbeiterbewegung, viel geschmäht worden und wurde gewöhnlich nicht

anders als im Zusammenhang mit dem Wort von den „Staatsmännern" gebraucht. Es wird auch heute noch verspottend von denen im politischen Richtungskampf angewandt, die den Bedeutungswandel des Begriffes seit der Vorkriegszeit nicht sehen.

Realpolitik treiben kann nichts anderes heißen, als bei den politischen Handlungen, die *immer* zielgerichtete Tätigkeit sein müssen, die *realen* Tatsachen zugrunde zu legen. Nicht wer die schönsten Gesinnungen und den besten Willen, sondern wer die beste Einsicht hat in die realen Zusammenhänge, wer wie ein Feldherr die Stellung des Gegners fortlaufend beobachtet und abschätzt und in gegebenem günstigen Augenblick seine Idee, sein *Ziel* in der jeweils möglichen Form in der Wirklichkeit geschickt verwurzelt, hat den Erfolg.

Der Realpolitiker muß also die Fähigkeit besitzen, jeweils gültige Gruppenurteile zu erkennen. Er muß abschätzen können, wieweit er mit seinen Worten und Taten eine Bewegung auslösen kann. Er muß aber vor allen Dingen *Urteils- und Meinungsbildner* sein. Denn da er auf dem politischen Schlachtfeld nicht Sieger bleiben kann, wenn er nicht den Willen hat, den Gegner absolut *niederzuringen*, muß er fortwährend durch Urteilsdurchgabe in Form von Parolen *mit seinen Gruppenmitgliedern in Verbindung stehen*, zugleich auch an die übrige Oeffentlichkeit appellieren. Er muß im gegebenen Augenblick die komplizierten Verhältnisse auf ein paar einfache Worte oder Leitsätze schlagwortartig zusammenfassen können, das erfahrungsgemäß am wirksamsten dann ist, wenn er an Gefühlsimponderabilien anknüpft, die in der Gesinnung verankert sind. Wo diese Wechselwirkung zwischen ausübenden Politikern und seiner freiwilligen Gefolgschaft versagt oder wo sie gestört wird — wie das bei der Sozialdemokratie in den Jahren nach dem Kriege der Fall war —, kann der Erfolg nur halb sein.

Anders ausgedrückt: wenn schon Viele wissen, daß der Erfolg eines Staatsaktes, einer Wahlhandlung, einer Regierungsbildung. eines Kampfes um die Arbeitslosenversicherung von der Willensenergie der kleinen Gruppe abhängt, die ihn verantwortlich durch-

führt (vorausgesetzt, daß er *mögliche* Tendenzen zur Grundlage hatte), dann ist schon einer weit kleineren Zahl bekannt, daß ein großer Teil dessen, was von den Vorgängen nach außen sichtbar ist, Fassaden und Aeußerlichkeiten darstellt. Was den Ausschlag gibt, ist wohl den wenigsten klar: um die Handlungseinheit und also den ungehemmten Durchlauf der Parolen zu erreichen, müssen die leitenden Politiker der Partei, damit sie *alle* verfügbaren Mittel auf den einen Zweck konzentrieren können, die *inneren* Beziehungen und Bedingungen des Handelns der bekämpften Gruppen aufdecken und ihre Mitglieder auf jede Weise zum *Begreifen* der eigenen Handlung führen. Sie müssen der eigenen Handlung einen *Sinn* verleihen, nicht lediglich an die Disziplin appellieren und eine Auslösung durch die *Tat* herbeiführen. Hier setzen die Aufgaben ein, die der Politiker *und* der Wissenschaftler zu lösen haben. Der Politiker hat seine Arbeit soweit an den Wissenschaftler abzugeben, als es sich um die dauernde Feststellung der realen Wirklichkeit vom Standpunkt des Gesamtprozesses aus handelt, und der Wissenschaftler hat in regelmäßigen oder durch die Ereignisse bestimmten Abständen die „Lage" immer wieder in leichtverständlicher Form der Mitgliedschaft — in Broschüren, Aufsätzen, Vortragsform, durch Appell an ihren Willen usw. — vorzulegen, eine Arbeit, deren Fehlen die Sozialdemokratie in den letzten Jahren stark gespürt hat. Der Politiker muß die kalkulierbaren Elemente und die *exakt* erkennbaren Kräfte dauernd so gegenwärtig erhalten, daß alle die Dinge und normalen Ereignisse, die der *Tag* bringt, *nicht* Gegenstand seiner Sorge sein dürfen. Sie müssen von ihm vorgedacht gewesen sein, wenn sie eintreten, so sehr, daß er ihre „Erledigung" den Mitarbeitern übertragen kann. Er hat sich lediglich immer wieder auf das *Willensziel*, auf das mit Hilfe seiner Gefolgschaft in der Handlungseinheit *Erreichbare* zu konzentrieren.

In der Politik hat aber der Willensappell nur Erfolg, wenn die Leitung *latente* politische Kräfte aufrufen und ihrem Zweck dienstbar machen kann. Das ist der Fall, wenn sie Tendenzen ver-

wirklicht, die sich aus den Arbeits- und Lebensverhältnissen ihrer Gruppe oder aller Gruppen des Staates ergeben. Da die Ursache eines politischen Ereignisses nie in den kurz vorangegangenen äußeren Begebenheiten zu suchen ist, leuchtet ein, wie ungeheuer wichtig die *lange im voraus zu erfolgende Vorbereitung* auf die eigene Handlung ist dadurch, *daß die Gründe und die Ziele zum Allgemeinbesitz aller erreichbaren Mitglieder gemacht werden*, also warum die gegnerischen Gruppen nicht geeignet oder gewillt sind, die Zielsetzung der eigenen Gruppe, die *allgemein* berechtigt sein muß, durchzuführen. Um einige Beispiele anzuführen: Die englische Labour Party hatte 2 Jahre vor ihrer ersten Regierungsbeteiligung ihren Mitgliedern die Frage zur Diskussion vorgelegt, wie sie sich für den Fall der Uebernahme einer Regierung stellten und für diesen Fall Gesetzentwürfe zur Meinungsäußerung beigefügt, die durchgesetzt werden sollten. Das war gute Vorbereitung der Gesamtwillensbildung. Ein negatives Beispiel ist es, wenn die Kommunisten bei der Stellungnahme zur Dawes-Belastung ihre Massen zum Kampf für die Sozialisierung aufrufen (und zugleich einen Antrag auf Sozialisierung im Parlament einbringen), deren Verwirklichung bei der damaligen politischen Kräftekonstellation ausgeschlossen und als aussichtslos auch für den Politiker vorher erkennbar war. Oder wenn eine Gruppe Jungdemokraten eine „Vergeistigung der Politik" fordert und diese „Vertiefung" der Politik praktisch durch philosophische Essays über Politik herbeiführen will. Alles das sind, auch wenn die Forderungen auf Grund der Ziele der Gruppen *allgemein* berechtigt sein können, im Anblick der herrschenden Tendenzen und Kräfte für jenen Augenblick absolut undurchführbare politische Forderungen. Diejenigen, die das in jenem Augenblick ernstlich durchzuführen glaubten, waren alles andere als Politiker, denn sie orientierten sich nicht an den realen Möglichkeiten.

Der Opportunist

Der wirkliche Realpolitiker ist daher der größte Gegensatz zu demjenigen Politiker, dem er oft den Namen geben muß: dem *Opportunisten*. Der Opportunist ist der Politiker, der nur die Er-

eignisse abwartet, um dann zu ihnen Stellung zu nehmen und zu handeln, der, wenn es nicht anders geht, auf Ueberredung, Ueberlistung oder Bestechung des Gegners ausgeht, der je nach den Versprechungen und dem Gegenwert, den er erreichen kann, bedenkenlos sich mit dieser oder jener Gruppe einläßt oder die eine Gruppe gegen die andere ausspielt, der *die Zukunft der Gegenwart opfert. Er will lediglich Macht ohne das letzte Ziel.* Lukàcz [35]) sagt darüber: „Die Quelle eines jeden Opportunismus liegt gerade darin, daß er von den Wirkungen und nicht von den Ursachen, von den Teilen und nicht vom Ganzen, von den Symptomen und nicht von der Sache selbst ausgeht . . ."

Der Opportunist ist deswegen so schwer zu erkennen, weil auch der Realpolitiker unter Umständen vieles von dem tun muß, was der Opportunist ausführt. Der Opportunist *und* der Realpolitiker stellen sich immer auf den „Boden der gegebenen Tatsachen", aber jener hat keine eigene Meinung, keine letzte Orientierung, sondern er ist im Grunde *Fachmann* im Sinne des *Beamten.*

Der Beamte und also der Opportunist besitzen einen großen Fachstolz, der sie mit Verachtung auf alle Nichtbeamten, hier auf alle „blassen Theoretiker", herabschauen läßt. Die Politik aber ist eben *kein* Fach, das jeder Durchschnittsbegabte auf dem Wege über die Beamtenstufenleiter erlernen und wie der Beamte auf Grund von Normen ausüben kann. Der Beamte ist im Gegenteil der größte *Feind* des Politikers. Was den Unterschied zwischen Beamten und Politiker darstellt, hat Max Weber in der erwähnten Schrift treffend dargestellt [36]): „Der *Beamte* hat seine eigene Ueberzeugung seiner *Gehorsamspflicht zu opfern.* Der leitende *Politiker* hat die Verantwortung für politische Handlungen öffentlich *abzulehnen,* wenn sie seiner Ueberzeugung widersprechen und hat dieser seine Amtsstellung zu opfern." Und Seite 33: „Ein Beamter, der einen nach seiner Ansicht verkehrten Befehl erhält, kann — Vorstellungen erheben. Beharrt die vorgesetzte Stelle bei ihrer Anweisung, so ist es nicht nur seine Pflicht, sondern seine *Ehre,* sie so auszuführen, als ob sie seiner eigensten Ueberzeugung ent-

spräche, um dadurch zu zeigen: daß sein Amtspflichtgefühl über seiner Eigenwilligkeit steht. Ob die vorgesetzte Stelle eine „Behörde" oder eine „Körperschaft" oder „Versammlung" ist, von der er ein imperatives Mandat hat, ist gleichgültig. So will es der Geist des *Amtes*. Ein politischer *Leiter*, der so handeln würde, verdiente *Verachtung*. Er wird oft genötigt sein, Kompromisse zu schließen, das heißt: Unwichtigeres dem Wichtigeren zu opfern. Bringt er es aber nicht fertig, seinem Herrn (es sei der Monarch oder der Demos) zu sagen: entweder ich erhalte jetzt diese Instruktion *oder ich gehe*, so ist er ein elender „Kleber". — Der Opportunist, meinungslos, hat viel mit dem Beamten gemein. Im übrigen ist über den „Opportunismus" viel Material in den Protokollen der sozialistisch-demokratischen Parteitage zu finden, so daß es sich erübrigt, diesen Typ hier näher zu beschreiben. — Der Opportunist wird leicht zum *Routinier*, über den bei der Frage der Taktik noch verschiedenes zu sagen sein wird.

Der Doktrinär

Die andere Gefahr des Realpolitikers ist der *Doktrinär* oder der *Intransigente*. Das ist der Politiker, der lediglich von der — meist mißverstandenen — Theorie ausgeht, der sich berufen fühlt, die „Grundsätze hochzuhalten" und statt mit den rohen Kanonen auf den Schlachtfeldern der Wirklichkeit in den luftigen Gefilden der Abstraktion stilvolles Florett fechtet — und praktisch natürlich ohnmächtig bleibt. Er läßt ein prasselndes Feuerwerk abstrakter Vorstellungen auf uns los, das weder wärmt noch leuchtet, dessen Glanz Viele aber für den Augenblick blendet, weil es den Eindruck hervorruft: Donnerwetter, welche Leistung!

Die Zahl dieser Orthodoxen und Dogmatiker, die nichts als Klassenkampf *rufen* und immer wieder die „ökonomischen Verhältnisse" untersuchen, ist zwar in der deutschen Arbeiterbewegung nicht allzu groß, aber ein großer Teil Arbeiter nimmt sie doch noch sehr ernst. Ihnen schreibt im „Kampf" 1928, 149 Karl Renner ins Stammbuch: „Diese Schulweisheit wiederholt immer wieder die *einfachste, oberste* Orientierung des Klassenkampfes, den Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sie beharrt

bei dem ABC dieses Kampfes und verschmäht es, näher zuzusehen, wie sich die Klassen in concreto schichten und durchkreuzen. Sie predigt uns immer die oberste Orientierung, der niemand widerstreitet, die aber am Orte und in der Zeit lange nicht ausreicht und zuweilen unendlichen Schaden stiftet, da die *Praxis schon längst beim U und Z des Alphabetes hält.* Und sie ist nur zu geneigt, alle jene, welche sich bis zur Höhe ihrer Oberflächlichkeit nicht erheben dürfen, weil sie den Klassenkampf unten in der Realität zu führen haben, als schlechte Sozialisten, Irrende oder Abtrünnige zu behandeln. Da sie die Muße haben — statt von der Not des Tages! — in der Sprache des *vergangenen* Jahrhunderts von den entfernten Möglichkeiten *kommender* Jahrhunderte zu reden, bevorzugen sie die kühne Sprache der Propheten und sehen mit einer gewissen Verachtung auf die profanen Handwerker herab, die die Pflicht des Tages erfüllen! Dieser Hochmut ist unerträglich."

c) Das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik.

Wenn der Staat im Innern in seine Gruppen zerklüftet ist — nach außen erscheint er in jedem Falle als Einheit. Er ist da ein Gebietsverband unter anderen Gebietsverbänden und von den internationalen Machtverhältnissen genau so abhängig wie von den nationalen. Er ist mit den anderen Staaten jedoch nicht solidarisch verbunden, sondern steht im Wettstreit oder im Widerstreit mit ihnen. Er kann gleichlaufende Interessen mit ihnen haben oder beziehungslos neben ihnen bestehen.

Die *rechtlichen* Mittel, mit denen die Einwirkung auf andere Nationalstaaten erfolgt, sind das Recht zu politischen Bündnissen und zu Handelsverträgen mit anderen Staaten, das Recht über Krieg und Frieden, das Gesandtschafts- und Botschafterrecht, der Appell an die Schiedsgerichte. Die *Herrschafts-* und *Gewalt*mittel der Außenpolitik unterscheiden sich im Wesen nicht von denen der Innenpolitik, nur daß die *Herrschaft* nach außen sich lediglich im Rahmen jener Rechte und mit einem weit schwächeren und weni-

ger souveränen Apparate als innerhalb des Staates vollziehen kann. Die *Funktionen* der Außenpolitik liegen in der Durchführung der Repräsentativgewalt und der Interessenwahrnehmung der Staatsangehörigen im Auslande. Darüber hinaus — und hier beginnt erst die eigentliche Außenpolitik — soll sie die Außenbeziehungen der Völker in einer bestimmten Richtung beeinflussen, *die Völkerverhältnisse im Sinne der politischen Gruppenziele umgestalten helfen.* Hier ist eine Wandlung eingetreten. Früher kam der Außenpolitik nur die Abwehrfunktion (oder auch Angriffsfunktion) im Kampfe und in der Behauptung nach außen hin zu. Heute *verbindet* sie. Im Zeitalter der steigenden nationalen Differenzierungen und der ständig wachsenden wirtschafts- und verkehrstechnischen Verflechtungen hängt die innere politische Gestaltung entscheidend von der äußeren ab. Infolgedessen sind die Fragen nach der außenpolitischen Einwirkung und den außenpolitischen Zielen ebenso wichtig wie die Richtlinien für die Innenpolitik.

Bedeutende Gruppen sind hier anderer Meinung. Sie stützen sich auf ein Wort von Ranke: „Das Maß der Unabhängigkeit gibt einem Staate seine Stellung in der Welt. Es liegt ihm zugleich die Notwendigkeit ob, alle inneren Verhältnisse zu dem Zwecke einzurichten, sich zu behaupten. Dies ist sein oberstes Gesetz." Sie fordern danach den *Primat der Außenpolitik über die Innenpolitik.* Sie richten ihre Außenpolitik auf die imperialistische Ausdehnung und Erweiterung der nationalen Machtbeziehungen. Sie ordnen die Innenpolitik dem nationalen Machtstreben der Außenpolitik unter.

Die Arbeiterschaft kann die Funktionen der Außenpolitik — besonders als Mittel der Gestaltung weltpolitischer Beziehungen — nicht bestreiten, aber so wie ihr nationales Ziel sich von dem der verschiedenen Gruppen des Bürgertums unterscheidet, sieht sie auch das Ziel der Außenpolitik nicht in der Erweiterung der nationalstaatlichen Macht, wie sie im Interesse des wirtschaftlichen, politischen und militärischen Imperialismus liegt, sondern

in der Behauptung und Sicherung ihrer nationalen Selbstbestimmung. Anstatt für einen kulturellen Kosmopolitismus („Am deutschen Wesen soll die Welt genesen") tritt sie für die Entwicklung des *ganzen* Volkes zur Nation ein, was nicht denkbar ist ohne weitgehende internationale Orientierung. Ein vollentfalteter Internationalismus ist geradezu die Voraussetzung für die Wahrung und Entwicklung der nationalen Eigenarten: „Je stärkeren Anteil an den Kulturgütern sich die Arbeiterklasse erobert, desto stärker gerät sie in jedem Lande unter den Einfluß seines besonderen nationalen Kulturerbes, seiner besonderen Kulturtradition. Die sozialistische Ideologie vermählt sich in jedem Lande mit seiner besonderen Kulturtradition und wird dadurch national differenziert; die Besonderheit der geistigen Eigenart der Nation prägt dem Sozialismus jeder Nation seine Eigenart auf ... Der internationale Sozialismus muß demzufolge die nationale Differenzierung der Kampfmethoden und der Ideologie in seinem Schoße als ein Resultat seines äußeren und inneren Wachstums verstehen und es lernen, auf dem Boden dieser sich innerhalb der Internationale entwickelnden nationalen Mannigfaltigkeit die national differenzierten Kampftruppen — trotz der nationalen Besonderheit der Methoden ihrer Praxis und der Gedankengänge ihrer Theorie — die Koordination ihrer Anstrengungen zu gemeinsamen Zielen, die Kooperation ihrer Kräfte im gemeinsamen Kampfe zu lehren. Nicht die nationalen Besonderheiten zu nivellieren, sondern die internationale Einheit in der nationalen Mannigfaltigkeit hervorzubringen, kann und muß die Aufgabe der Internationale sein." (Otto Bauer [37].) — Es ist für die außenpolitische Orientierung ein großer Unterschied, ob sie nur die nationale Selbstbestimmung ihres Volkes innerhalb einer europäischen oder Weltvölkerorganisation gesichert haben will oder ob sie um die Vorherrschaft im imperialistischen Wettkampf der Weltmächte ringt. Eine Politik der bloßen Verhinderung des Krieges ist noch lange nicht eine Politik zu höchster Kulturentfaltung auch der Arbeiterklasse. Friedenssicherung durch Rüstungs-

steigerung oder durch Rüstungsverhinderung oder selbst durch Bündnispolitik braucht noch nicht die Umgestaltung der Völkerverhältnisse im Sinne jenes größeren Zieles zu bedeuten, denn die einzelnen Völker entwickeln sich in verschiedenem Tempo, und ihre Beeinflussung ist nur in der Verbindung von Innen- *und* Außenpolitik am Einzelfall beschreibbar. Daß aber nicht erst das Kapitalverhältnis beseitigt sein muß, ehe die Völker- und Staatenverhältnisse geändert werden können, braucht wohl nicht erst bewiesen zu werden.

Es gibt demzufolge kein grundsätzliches Uebergewicht der Außen- über die Innenpolitik oder der Innen- über die Außenpolitik. Es ist eine Situation denkbar, in der alle innere Gestaltung, alle guten Gesetze des Staates sinnlos werden, weil die Sicherung nach außen gleichgültig blieb. Es ist vorstellbar, daß alle außenpolitischen Fragen aus innerpolitischen Gründen zeitweise zurücktreten. Niemals ist es aber denkbar, daß Innen- und Außenpolitik sich nicht gegenseitig stark beeinflußten. Es ist keine wesentliche Veränderung der Innenpolitik möglich ohne entsprechende Aenderung der außenpolitischen Haltung und umgekehrt. „Auf rücksichtslosen Wettbewerb gestimmte Völkerbeziehungen haben eine andere soziale Struktur im Innern zur Voraussetzung als Völkerbeziehungen, die statt auf gegenseitiger Entwicklungshemmung auf gegenseitiger Entwicklungsförderung aufgebaut sind[38])." Auf der einen Seite haben alle rein kapitalistischen Staaten die Tendenz, von der Innenpolitik in die Außenpolitik zu flüchten. Auf der anderen Seite ist es eine Haltung der Internationale der Sozialdemokratie, die Außenpolitik gering zu schätzen, denn das Bestreben ihrer Verbände, in allen Ländern auf eine gleiche im Interesse der Völkerversöhnung und der nationalen Selbstbestimmung gerichtete Innenpolitik hinzuwirken, ist kein ausreichender Maßstab für eine aktive Außenpolitik. Daß solche Maßstäbe und konkreten Einzelzielsetzungen heute fast völlig fehlen, liegt daran, daß die Außenpolitik bis in die jüngste Zeit fast vollständig der Mitbestimmung durch das Volk entzogen war,

auch in den meisten demokratischen Ländern. Die Voraussetzung für die Aufstellung solcher Richtlinien ist eine gründliche Analyse der Völkerverhältnisse nach ihrer soziologischen Struktur unter der Frage: 1. wieweit die beherrschenden Mächte Europas und der Welt mit Deutschland Wettstreit-, Widerstreit oder Bündnisbeziehungen haben oder haben können, 2. eine Herausarbeitung und Klarstellung der nationalen Kulturziele der Arbeiterschaft und der verschiedenen politischen Gruppen, 3. eine Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Rüstungs- und Handels-, Kolonial- und Finanz-, Zoll- und Sozialpolitik usw., 4. eine Darstellung des außenpolitischen Apparates und des außenpolitischen (technischen) Betriebes (der Zusammenhang und das Verhältnis zwischen Auswärtigem Amt, Staatssekretären, Botschaftern, Diplomaten, Attachés und Konsuln usw., der sich in der Nachkriegszeit sehr stark verändert hat.

In der Vorkriegszeit standen die Rüstungen nicht im Dienste der Außenpolitik, sondern die Politik eher im Dienste der Rüstungen. „Es ist nicht die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, welche unser Verhältnis zu England von Jahr zu Jahr verschlechtert, sondern es ist die rasche Zunahme unserer Flotte." (Fürst Bülow in einem Briefe vom 27. Nov. 1908.) Die innere Politik war Anhängsel des provozierend geschürten (nicht etwa nur wirtschaftlich bedingten) äußeren Geltungsdranges. In der Nachkriegszeit, die die außenpolitische Wirksamkeit Deutschlands vorläufig sehr eingeschränkt hat, sehen wir die Sozialpolitik und — künftig — die Finanzpolitik alles beherrschend in den Vordergrund treten. Wenn die Reparationsfragen abgeschlossen sind, müssen Steuer- und Finanzpolitik dominieren. Erst dann werden die außenpolitischen Fragen beherrschender vor allen anderen sein. —

d) Die Wahl der Mittel in der Politik.

Ebensoviele Mißverständnisse wie über Realpolitiker und Opportunisten bestehen über die Fragen, wieweit der Sozialist in den

bürgerlichen Apparat eindringen und ob der sozialistische Politiker sich *aller der Mittel* bedienen darf, die auch das Bürgertum kennt, um seine Zwecke zu erreichen.

Viele werden hier antworten: „Der Sozialist darf soweit gehen, als er es mit seinen sozialistischen Grundsätzen vereinbaren kann." Diese Antwort befriedigt aber nicht, denn gerade darum, *welche* Mittel und Wege mit den sozialistischen Grundsätzen vereinbar seien, ging der Kampf innerhalb der Arbeiterbewegung von ihrem Bestehen an bis zur Gegenwart.

Politik und Gesinnung

Es gibt eine Gruppe, die das politische Handeln immer wieder an der *Gesinnung* und von der Gesinnung aus mißt. *Das ist für die Politik eine Gefahr.*

Die Gesinnung ist etwas Schönes und Großes, und das an der Gesinnung orientierte — werthafte — Handeln ist die höchste Form des Handelns. Wer eine Gesinnung verteidigt, setzt sich *rücksichtslos* für sie ein. Für ihn gibt es kein Kompromiß, kein Zugeständnis. Er verteidigt und lebt seinen Glauben rein, er kämpft ohne Blick nach rechts und links seinen Kampf um Gerechtigkeit und Wahrheit und sucht ihn zu verwirklichen *ohne Rücksicht auf die Folgen.* Er sagt: „Nur wenn ich wahr, rein und richtig handle, werde ich auch Erfolg haben, nur wenn ich selbst das Gute und Bessere zu leben versuche, kann Gutes daraus erwachsen."

Politik und Verantwortung

Aber in der Politik erwächst auch Böses aus Gutem und Gutes aus Bösem. Und jener *reine* revolutionäre Glaubenskämpfer ist notwendigerweise ein *schlechter Politiker.* Denn es liegt im Wesen der Politik, daß sie genau entgegengesetzt verfahren muß als der Glaubenskämpfer, wenn ein hohes Ziel praktisch zu verwirklichen ist. Der Politiker — *ohne daß er gesinnungslos ist* — kalkuliert die Gesinnungen in seine Ziele und Zwecke ein und bedenkt *lediglich* die *Folgen* seines Handelns. Es gibt keinen anderen Maßstab dafür, ob eine Politik richtig oder falsch, gut oder schlecht war, als den *Erfolg.* Der Politiker muß also *vorher* stets auf die *Wirkung* seines Tuns bedacht gewesen sein, *er muß außerdem für*

die Folgen seiner Handlung aufkommen, denn er ist seinen Auftraggebern *verantwortlich!*

Anders ausgedrückt: um das gesteckte Ziel praktisch zu verwirklichen, muß der Politiker seinem Gegenspieler auf die Kampfebene folgen, die dieser wählt (der kapitalistische Gegner ist ja gegebenermaßen zunächst der stärkere). Insofern ist der Politiker also in der Wahl seiner Mittel nicht frei. Er muß den Gegner moralisch vernichten, wenn er von ihm verleumdet wird; er muß mit einem Faustschlag parieren, wenn er von ihm eine Ohrfeige erhält, er muß zur Gewalt greifen, wenn ihm Gewalt entgegengesetzt wird! Er muß den Gegner mit allen Mitteln niederzuringen suchen, die dieser ihm gegenüber anwendet oder mit denen er diesem zuvorkommen kann. Auf keinen Fall kann er also wie der Gesinnungskämpfer rein seine „Grundsätze hochhalten" *ohne Rücksicht auf die Zukunft.*

Eine Versöhnung zwischen den beiden Methoden des Kampfes: des reinen Gesinnungskämpfers und des politischen Kämpfers gibt es nicht! Denn im Wesen der Gesinnung liegt die Tendenz zu ihrer *absoluten*, die Aufopferung einschließenden Durchführung. „Von der Gesinnung gilt, was man von der Kausalität in der Wissenschaft gesagt hat: sie ist kein Fiaker, den man beliebig halten lassen kann, um nach Befinden ein- und auszusteigen." (Max Weber.) Der politische Kampf kennt als Maßstab nur die *Verantwortung*. Eine „Verantwortung" empfindet der Gesinnungskämpfer natürlich auch, aber nur gegenüber seiner Ueberzeugung. Er fühlt sich für deren reine Verbreitung verantwortlich. Die Verantwortung des Politikers jedoch bezieht sich auf seine Aufgabe, für deren Durchführung er gegenüber seinen Auftraggebern Rechenschaft ablegen muß. Höher als die Gesinnung steht dem Politiker *die Erfüllung seiner Aufgabe*. Um ihretwillen nimmt er *bedenkliche oder sittlich gefährliche Nebenfolgen* in Kauf.

Während der Gesinnungskämpfer es auf die schlechten Menschen schiebt, die noch nicht reif sind für seine Idee; oder auf das System, das die Durchsetzung des Guten verhindert, wenn er Miß-

erfolg hat — „die Anderen sind schuld" —, kann der politische Kämpfer die Folgen seines Handelns nicht auf Andere abwälzen. Während der Gesinnungskämpfer anklagt, muß der politische Kämpfer die Schlechtigkeit der Menschen als Tatsache nehmen und fragen: wie kann ich unter Einrechnung dieser Tatsache die Zukunft *praktisch* gestalten. Da er weiß, daß sein Erfolg sehr stark mit abhängig ist von dem Funktionieren des Apparates, von dem Willen und der Kraft seiner Gefolgschaft, brauchen nicht seine eigenen Motive, sondern *die Motive und Ziele seiner Gefolgschaft* für das Handeln entscheidend zu sein. (Darin liegt eine Erklärung, nicht die Anerkennung, warum ein *guter* Politiker, der ein zweifelhafter *Mensch* ist, möglich und erfolgreich sein kann.)

An einigen Beispielen mag der Zwiespalt klarer werden.

Wenn ein Arbeiter einen Ministerposten übernimmt, hat er ausschließliche Verantwortung vor *seiner* Gruppe, die ihn delegiert hat. Aber in dieser Verantwortung ist eine andere Verantwortung, die Verantwortung des Amtes mitenthalten! Denn wenn er dieses Amt unvollkommen, grundsatzlos, unrichtig ausfüllt, wird es auch seine Gefolgschaft nicht billigen können, fällt das schlechte Urteil darüber der *Gesamtpartei* zur Last! Sobald die Arbeiterbewegung positive Vorschläge zu den politischen und rechtlichen Aktionen dieses Staates macht, muß sie gegebenenfalls zu dieser verantwortlichen Durchführung bereit sein. Das ist die Logik der Demokratie.

Wenn man einem Kommunisten klarmacht, daß der Kampf um die Schlichtungsordnung ein (ein!) Mittel ist, um den Arbeiter vor einer Willkür — der rechtlichen — zu befreien, die im anderen Falle den Aufstieg der Arbeiterklasse hemmt, dann wird das auf ihn gar keinen Eindruck machen. Wer die reine Gesinnung verteidigt — und bei der Gefolgschaft der KP. werden die politischen Absichten stets zu Gesinnungsbestandteilen gemacht —, kann immer die Anderen, die Nichtreinen, die Verblendeten, die Schlechten oder Verräter als die Schuldigen bezeichnen.

Wenn *Liebknecht* in einer Broschüre aus der Anfangszeit der Arbeiterbewegung sagt: „Die Sozialdemokratie darf *unter keinen*

Umständen und auf *keinem* Gebiet mit den Gegnern verhandeln. *Verhandeln kann man nur, wo eine gemeinsame Grundlage besteht.* Mit prinzipiellen Gegnern verhandeln, heißt sein Prinzip opfern. Prinzipien sind unteilbar, sie werden entweder ganz bewahrt oder ganz geopfert. Die geringste prinzipielle Konzession ist die Aufgebung des Prinzips. Wer mit Feinden parlamentelt, parlamentiert; wer parlamentiert, paktiert", dann war das der Standpunkt des reinen Gesinnungskämpfers, der in der Politik nicht möglich ist, weil die Politik eben eine andere Ethik hat, und Liebknecht hat ja diesen Standpunkt dann auch aufgeben müssen. Schon *Engels* hat in den Auseinandersetzungen mit den Anarchisten die Unmöglichkeit des reinen Gesinnungskampfes, der sich nur auf die Propaganda und das Vor*leben* beschränken müßte, nachgewiesen. Daß erst recht — auf der anderen Seite — die Bolschewisten und Kommunisten alles ihren *politischen* Zwecken unterordnen — selbst das wissenschaftliche Forschen —, auch wenn sie die reine Gesinnung dafür eine Zeitlang modifizieren müssen, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Immerhin mag ein Zitat *Lenins* es erhärten: „Engels hatte recht, als er (1873) in seiner Kritik des Manifestes der kommunistischen Blanquisten ihre Erklärungen: keine Kompromisse! verspottete. Das sei eine Phrase, meinte Engels, denn einer kämpfenden Partei werden oft Kompromisse unvermeidlich durch die Verhältnisse aufgedrungen, und es wäre läppisch, ein für allemal darauf zu verzichten, ‚die Schuld teilweise abzutragen' . . ."

Die „gefährlichen Nebenfolgen"

Wer verantwortlicher *politischer* Kämpfer werden will, muß wissen, daß er mit Beelzebub zu paktieren hat, daß seine sozialistische Seele Schaden nehmen *kann!* Er muß all das, was er mit seiner sozialistischen Gesinnung verabscheut: die Gewalt, die Lüge, die Intrige, den Druck des Apparates, ja selbst den Mord selber anwenden wollen *), wenn es darum geht, diese Gewalt, das

*) 1917 erschoß einer der prächtigsten Sozialisten, Viktor Adler, vorbedacht den Grafen Stürgkh und kein ehrlicher Mensch hat ihn deswegen menschlich oder auch vom Sozialistischen aus verurteilen können.

System der Intrigen und den Druck des Apparates zu *beseitigen.* Und dieser Kampf um die Beseitigung ist keine einmalige Aktion, sondern wird *fortdauernd* geführt. Da es eben einen menschlichen Verband gibt, in dessen Hand die Gewalt ein *legitimes* Mittel ist (der Staat), kann die Politik — auch die sozialistische — auf Gewalt nicht verzichten, muß sie zur *Gegengewalt* bereit sein!

Der Politiker muß aber auch der *Versuchung* widerstehen können: dem Machtgenuß, wenn er an der Leitung steht; der geruhsamen und verspießerten Lebensform, wenn er in „gesicherter Stellung" ist; dem menschlich-persönlichen Zusammenkommen mit dem politischen Gegner, wenn sein Zweckabkommen mit diesem dadurch gefährdet wird; der gesellschaftlichen Konvention der bürgerlichen „Führerschicht", wenn sie ihn mit den Forderungen der eigenen Gesinnung in Gewissenskonflikte bringt. Der politische Kämpfer muß wissen: Verantwortung drückt und zerrt!

Schließlich muß er es ertragen können, daß er verleumdet wird, daß seine lauteren Absichten ins Gegenteil verkehrt, daß seine Maßnahmen sabotiert und verzerrt werden — ohne daß er sich sein *Menschsein* nehmen läßt und *ohne daß er* — als Mensch, nicht als Politiker — *ein gefühlloser Rechner wird!* Mit anderen Worten: Auch für ihn als *Politiker* muß es etwas Höchstes geben, das ihn begeistert und ihm Grenzen setzt, eine letzte Norm, an der *er* sich orientiert. Es ist Max Weber gewesen — dem die Erkenntnis der Beziehungen zwischen Gesinnung und Verantwortung in der Politik zu danken ist —, der auch hier, an einem Symptom diese letzte Grenze zeigt: „... während es unermeßlich erschütternd ist, wenn ein reifer Mensch — einerlei ob alt oder jung an Jahren —, der diese Verantwortung für die Folgen real und mit voller Seele empfindet und verantwortungsethisch handelt, an irgendeinem Punkte sagt: ‚Ich kann nicht anders, hier stehe ich'. Das ist etwas, was menschlich echt ist und ergreift. Denn diese Lage muß freilich für *Jeden* von uns, der nicht innerlich tot ist, irgendwann eintreten *können*[39])." Darum sagt auch Hermann

Heller über die Frage der Wahl der Mittel: „Der Zweck heiligt die Mittel! Dieser von gedankenlosen Moraltanten vielgeschmähte Satz bedeutet: die Mittel müssen zweckentsprechend und — sonst nichts sein. *Allgemeine Grundsätze lassen sich über die Mittel nicht aufstellen.* Es gibt Krankheiten, die mit Kamillentee, und Krankheiten, die nur mit dem Messer behandelt sein wollen . . ." [40])

Ein weiteres Beispiel aus der „*Stellung zum Krieg*". Die Parole des Gesinnungskämpfers heißt „nie wieder Krieg". Er verabscheut den Krieg, ganz gleich, ob es sich um Angriffs- oder Verteidigungs-, um kapitalistischen oder proletarischen Krieg handelt. Der typische Vertreter dieses radikalen Pazifismus ist Fr. Wilhelm Förster. (Die Arbeiterschaft hat sich nie zu dieser Haltung bekannt.) Wer nun die Einschränkung macht: „Wir bekämpfen jeden kapitalistischen Krieg; bis zu dessen Beseitigung müssen wir auch zum Abwehrkrieg gegen den Kapitalismus gerüstet sein", formuliert schon vom *politischen* Gesichtspunkt aus und *muß die größeren vor den kleineren Uebeln abwägen*, wie es im Wesen der Politik liegt, denn sie muß lediglich die *Folgen* bedenken. Auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart 1907 brachte Hervé folgende Resolution ein: „Der Kongreß fordert auf, jede Kriegserklärung, woher sie auch käme, mit Krieg, Streik und Aufstand zu beantworten." *Kautsky* antwortete darauf: „Die Idee des Militärstreiks ist unter dem Einfluß ‚edler' Motive zustande gekommen, sie ist gut gemeint und voll Heroismus, sie ist eine heroische Dummheit." Und *Lenin* begründete die Ablehnung Kautskys wie folgt: „Wenn es das Proletariat für *zweckmäßig und entsprechend* hält, *kann* es auf Kriegserklärungen mit Militärstreik antworten. Es kann zur Erreichung der sozialen Revolution, wie zu anderen Mitteln, auch zum Militärstreik greifen. Sich aber an dieses ‚taktische Rezept' zu binden, liegt nicht im Interesse des revolutionären Proletariats." Denn „. . . die bürgerlichen Regierungen könnten es zum Aufstand sogar dann provozieren, wenn *die Bedingungen dafür* ungünstig wären, z. B. durch die Erklärung eines Krieges, der besonders geeignet ist, patriotische Gefühle in den

breiten Massen der Bevölkerung wachzurufen, so daß das Proletriat im Aufstand isoliert wäre."

Aus diesen Antworten geht eindeutig hervor, daß eine gesinnungsethische Bekämpfung des Krieges für die Arbeiterschaft nie in Frage kam und kommt, solange sie daran denkt, mit allen verfügbaren Mitteln den Krieg *praktisch* und *tatsächlich* abzuschaffen. Darum war ihre Parole *während* des Weltkrieges, mit allen Mitteln einen Status-quo-Frieden herbeizuführen, weil dieser, der sich für niemand rentiert hätte, am wirksamsten *für absehbare Zeit* den Krieg diskreditiert hätte, da die Völker dann alle hätten fragen müssen, wozu er stattgefunden! 1916 sagten die Zimmerwalder sogar: „Wenn wir vor der Wahl stehen, entweder noch einige Jahre Krieg und dann Revolution oder jetzt Friede und keine Revolution, so wählen wir: noch einige Jahre Krieg!" — Wenn die *Lenin*schen Aeußerungen über den Krieg, die aus der Perspektive des Weltkrieges geschrieben wurden, heute so ausgelegt werden, daß in unserer Periode *jeder* Krieg eines kapitalistischen Landes ein imperialistischer Krieg sei und daher, wie die Perspektiven auch lägen, *vorbehaltlos* negiert und in den Bürgerkrieg umgewandelt werden müßte, bedeutet das für diese Frage eine neue *Gesinnungs*kämpferei. Es stellt ein Prinzip auf, das ohne Rücksicht auf die möglichen Folgen zu verfechten ist und das nur *ein* einziges, anwendbares Mittel kennt, falls der Krieg ausgebrochen ist, den Bürgerkrieg. Aber eine mögliche Folge, die man *vor* der Entscheidung bedacht haben muß, ist die Zerstörung der Arbeiterbewegung, die auf keinen Fall um des Prinzips willen leichtfertig in Kauf genommen werden darf! Deshalb wird z. B. die österreichische Arbeiterbewegung einen Angriff Ungarns oder Italiens als „Verteidigungskrieg" auffassen, auf daß die wundervolle, mühsam geleistete sozialistische Aufbauarbeit der Welthauptstadt des Sozialismus nicht in kurzer Zeit ein Werk der Vernichtung wird! Und deshalb treibt sie auch eine aktive Wehrpolitik! Uebrigens hielten Marx und Engels 1848 einen Krieg Deutschlands gegen Rußland für notwendig, und 1891 sprach

Engels von der „Pflicht der Vaterlandsverteidigung für die deutschen Sozialisten im Falle eines gleichzeitigen Krieges mit Rußland und Frankreich".

Schaltet die Frage der gesinnungskämpferischen Negierung des kapitalistischen Krieges also von vornherein aus, dann bleiben als *politische* Mittel der Abwehr im *demokratischen* Staate: auf die Instrumente des Krieges Einfluß zu nehmen, also z. B. in die Reichswehr und in die Polizei von der Leitung aus und von unten her einzudringen, innere und äußere Abrüstungspolitik, aktive wirtschaftspolitische Einflußnahme, Friedenserziehung in Schule und Organisation, Aufbau eigener Gewaltmittel *).

Als Zusammenfassung wollen wir die Frage nach den Grenzen der „erlaubten" Mittel noch einmal aufwerfen: Es gilt einzusehen, daß man sich in keinem Programm auf bestimmte Mittel festlegen und daß man niemals von vornherein auch bestimmte Mittel ausschalten kann, wenn politisch gekämpft werden soll. Natürlich heißt das nicht, daß in jedem Falle jedes Mittel erlaubt sei, sondern, daß nur am *gegebenen* Fall entschieden werden kann, ob das angewandte Mittel richtig und zweckvoll war. Wenn die Arbeiterschaft den Spitzel bekämpft und auf Grund ihrer Gesinnung verurteilt, dann schließt das nicht aus, daß sie selber Spitzel anwenden muß — in dem Falle nämlich, in dem es keinen anderen Ausweg bei der Eroberung des Kapitalismus gibt, der den Erfolg gewährleistet. Ein letzter Maßstab muß somit auch da sein bei der *politischen* Moral. Dieser Maßstab ist noch nicht gegeben, wenn man lediglich *feststellt*, daß die Arbeiterklasse eine andere Moral habe als die bürgerliche.

Die Berechtigung für die (nicht wahllose) Anwendung aller geeigneten Mittel in der Politik liegt für den Sozialisten darin, daß alle seine Teilziele, für die er Erfolg erstrebt, einem letzten, höchsten Ziele unterstellt sind, das einen überpersönlichen Wert ver-

*) Es geht hier nicht um Stellungnahme zur inzwischen behandelten Wehrfrage, sondern um ein Beispiel zur Frage des politischen und des Gesinnungskampfes.

körpert. Es ist ein letzter, sittlicher Zweck gesetzt, der die Teilzwecke und die Mittel, die zur Erreichung dienen sollen, „heiligt". Insofern wird die „Moral" des sozialistischen Politikers zur Wahl zwischen gleich geeigneten Mitteln, beurteilt nach der Verantwortung vor dem jeweiligen und letzten Ziel. Das heißt: die Mittel, die der Sozialist auf Grund seiner Gesinnung grundsätzlich verabscheut, darf er in der Politik anwenden, wenn sie ihm als einziger Ausweg zur Erzielung des Erfolges bleiben, wobei auch einzurechnen ist, ob das Bekanntwerden eines in diesem Sinne „unlauteren" Mittels nicht den Erfolg gefährdet. Es kann nicht einmal generell entschieden werden, ob er im *Politischen* grundsätzlich *offen* mit der *Wahrheit* arbeiten oder zum Zwecke ihrer Durchsetzung nicht sich einer zweckmäßigen Verhüllung bedienen soll .

Wenn die Arbeiterklasse eine höhere Form der Gesellschaft hervorbringen will, dann muß sie bestrebt sein, sich immer mehr von den Kampfmitteln der Anderen zu unterscheiden. Sie muß darauf hinwirken, daß an die Stelle der physischen Ueberwältigung immer mehr die geistige Auseinandersetzung tritt, daß sie statt mit Schrecken und Furcht zu arbeiten, durch immer größere Menschlichkeit und Hochachtung — auch vor dem politischen Gegner — sich abhebt, daß sie, statt den Menschen zum Spielzeug und zur Schachfigur zu machen, den Menschen zu *ermöglichen* versucht. *Praktisch* heißt das: der Politiker hat bei der Wahl seiner Mittel zuerst zu fragen, welches zweckmäßig ist, um den Erfolg zu gewährleisten, und, wenn mehrere zweckmäßig sind, grundsätzlich zunächst das humanste anzuwenden. Das ist *seine* Sittlichkeit, eine Moral der Verantwortung, die im Rahmen dieser Verantwortung bereit sein muß, auch nach dem brutalsten und gewalttätigsten Mittel zu greifen!

Wer dagegen wie die Kommunisten den Glauben an die Gewalt propagiert *ohne* die Einschränkung, sie nur als letztes Mittel zu verwenden, wo das Lebensinteresse es erfordert, der wird der Gefangene der Gewalt. Denn abgesehen davon, daß Gewalt nie schöpferische Anstrengung hervorrufen kann, verleitet diese Auf-

fassung zur Anwendung von Gewalt auch dort, wo sie hätte vermieden werden können. Es wird ein verantwortungsloses Spiel mit Menschen, das das letzte und höchste Ziel entwürdigt, verletzt und damit die Kraft zerstören hilft, um derentwillen sie angewendet wird. — Weil wir dauernd in verschiedene Lebensordnungen gestellt sind, die jede ihre besondere Ethik haben, werden im Zeitalter steigender Rationalisierung der Gemeinschaftsbeziehungen die Konflikte der Eigengesetzlichkeiten dieser einzelnen Sphären gegenüber dem Befreiungs- oder Erlösungsziel, das auf eine *Gesinnung* tendiert, immer stärker werden. Nur eine Institution, die die „Gesinnung" zur Glaubenspflicht macht, die auf Bekehrung und Ueberzeugung bewußt verzichtet und die Glaubensfremden mit allen politischen Mitteln zur Unterwerfung zwingen will, kann jene Konflikte zwischen Gesinnung und Verantwortung vermeiden. Solange die sozialistische Bewegung nicht Kirche werden will, muß sie diese Spannungen demzufolge immer wieder ertragen und ihren Anhängern durch die Bewußtmachung in Kraft umwandeln.

Der Zwiespalt, in den die verschiedene praktische Auswirkung des Gesinnungskampfes gegenüber dem politischen Kampfe führt, hat die Arbeiterbewegung von ihrem Bestehen an durchzogen. Die große Triebkraft der Arbeiterbewegung ist ein weltumfassendes *Glaubensziel,* für das die Menschen eintreten können, ohne daß sie den Weg dazu wissen. Aber dieses Glaubensziel soll real und praktisch, Schritt für Schritt, *verwirklicht* werden, wozu dauernd alle Ergebnisse der Wissenschaft auf es bezogen werden müssen (die Mittel und die Methoden dazu gab der wissenschaftliche Sozialismus). Diese Tatsache ist der Anlaß des Zwiespaltes. Deshalb ist ein großer Teil des leidenschaftlichen Streites zwischen dem Revisionismus und dem Radikalismus der Vorkriegszeit, der viele Parteitage beherrscht hat, auch nichts anderes gewesen als die (politische) Auseinandersetzung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungskämpfern. Otto Bauer hat in der „Nationalitätenfrage" diese Situation beschrieben: „Wie aus den Bedingungen der politischen Aufgabe der Sozialdemokratie, der Aufgabe der *Macht-*

nutzung, der politische Revisionismus, entsteht, so entsteht aus den Bedingungen der sozialpädagogischen Aufgabe, der Aufgabe der *Machtbildung* die Tendenz zu intransigenter Taktik. Beide Tendenzen können auf dieser Stufe der kapitalistischen Entwicklung nicht sterben. Der Revisionismus entsteht immer wieder in neuer Form und er wird immer wieder von der Intransigenz besiegt. Im Kampfe der beiden Tendenzen, in der schwankenden Taktik der Partei drückt sich der Widerstreit der Bedingungen der *Machtnutzung* und der Bedingungen der *Machtbildung* einer proletarischen Partei im kapitalistischen Staate aus — ein Widerstreit, der im letzten Grunde in der Tatsache wurzelt, daß die Arbeiterklasse im kapitalistischen Klassenstaate leben muß und ihn doch nicht ertragen kann."

Für den Gesinnungskämpfer ist charakteristisch, daß ihm der Herrschaftsmechanismus der Kapitalisten, da er ihn grundsätzlich verneint und bekämpft, *in seinen Einzelheiten* relativ gleichgültig und unbekannt ist. Er wendet sich vielmehr mit seiner starken Ueberzeugung und einigen *großen* Richtlinien an das *Gefühl* seiner Gefolgschaft. Mit echter Empörung schürt er die Flamme der Empörung. Mit Leidenschaft schleudert er seinen Protest gegen die Ungerechtigkeit der Gesellschaftsordnung. Mit echtem Haß kämpft er gegen Unmoral und Klassenherrschaft. Er appelliert fortwährend an das Gewissen der Menschheit — und währenddessen intrigieren die Politiker der Kapitalisten für den nächsten Krieg, für die neue Unterdrückung! Trotzdem darf der Politiker — der seinerseits in die Gefahr kommt, vor lauter Einzelheiten die Zusammenhänge zu verlieren — die Gesinnung nicht verschütten lassen, *denn sie hat revolutionäre Gewalt!*

Eine endgültige Lösung dieses Problems kann es nicht geben. Der Zwiespalt wird in einer Massenbewegung immer bestehen und zeitweise der einen, zeitweise der anderen Gruppe den größeren Anhang verleihen, je nachdem, wie gut oder wie schlecht und wie einheitlich die politische Willensbildung geschieht. Je stärker die politische Willensbildung einheitlich auf konkrete Einzelziele ge-

richtet wird — ohne das Endziel zu vergessen —, je mehr die Einzelziele im Aktionsprogramm verankert werden, desto weniger wird die verantwortliche politische Leitung in Konflikte ob der Wahl der Mittel kommen. Und als allgemeine Richtlinie und Forderung muß gelten, daß der Politiker diese *Verantwortung* vor der schönsten und stärksten Triebkraft seiner Gefolgschaft hat und zugleich die Gesetze und Bedingungen der Politik kennt. Bei der Massenbewegung muß die handelnde Masse ehrlich an das glauben können, das sie praktisch jeweils verwirklichen soll. Es dürfen bei der politischen Willensbildung also *nicht Taktiken zur Gesinnung* gemacht, sondern es müssen *Forderungen und Ziele eingeprägt* werden! Denn Koalitionsgesinnung ist ebenso vom Uebel wie Klassenkampfgesinnung!

e) Strategie und Taktik.

Es ist kein Zufall, daß einer der Altmeister des wissenschaftlichen Sozialismus, Friedrich *Engels*, Militärwissenschaften studiert hatte. Es ist auch kein Zufall, daß die politischen Gruppen zur Bezeichnung ihrer Kampfbewegungen viele Ausdrücke aus der Militärsprache übernehmen, denn auch die Politik ist eine Kriegführung. Das Ziel des Krieges ist, dem Gegner den eigenen Willen mit den Mitteln der Gewalt aufzuzwingen, während die Politik die *macht*mäßige Durchsetzung des eigenen Willens zur Erlangung der *Herrschaft* bedeutet. In *diesem* Sinne ist der Krieg die Fortsetzung der Politik mit den Mitteln der Gewalt oder die Politik die friedliche Vorstufe des Krieges.

Wie bei der Kriegführung sind auch bei der Politik Strategie und Taktik die *beiden* Seiten dieser Kunst. Eine ohne die andere ist sinnlos. Strategie und Taktik ergänzen sich gegenseitig, greifen zuweilen ineinander über, die „höhere" Taktik deckt sich zeitweilig mit dem Begriff der Strategie.

Die Militärschriftsteller haben sich viel um die gegenseitige Abgrenzung der beiden Begriffe bemüht. Nach Clausewitz ist die

Taktik die Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht, die Strategie die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zwecke des Krieges. General von Scherff sagt: „Die Taktik lehrt, *wie*, die Strategie *warum* man schlagen soll." Die Strategie legt fest, wie *im ganzen* der Feind geschlagen werden soll, an welchen wunden Stellen usw. Die Taktik sucht die *Mittel*, mit deren Hilfe das möglich ist, also welche Mittel den Schlachtplan zur Durchführung bringen. Da es manchmal nur *ein* zweckentsprechendes Mittel gibt, fallen Strategie und Taktik dann zusammen. Der Stratege bestimmt den Angriffsplan, der Taktiker hat für seine Durchführung zu sorgen. Die Taktik muß der Strategie unterstellt werden.

Gegenwartsbedeutung

Für uns kommt es nicht so sehr darauf an, die beiden *Begriffe* zu finden, sondern darauf hinzuweisen, daß beides auch praktisch auseinanderzuhalten ist, daß Politik sich auf keinen Fall in Taktik erschöpft. In der Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit ist dieser Unterschied sehr wohl auseinandergehalten worden, aber infolge der notwendigen „negativen Politik" hatte das strategische Kräftespiel im Staate nicht die Bedeutung wie heute, wo sich die Sozialdemokratie, wenn sie vom Boden der demokratischen Verfassung aus ihren Kampf führen will, an ihm beteiligen *muß*. Die starken Kämpfe, die in der Vorkriegszeit um die *Taktik* geführt wurden, ohne die kein Parteitag seit dem Erfurter zu Ende ging und die in allen Ländern auftraten — die zwischen Radikalismus und Reformismus —, diese Kämpfe haben mit der alten Staatsform einen gewissen Abschluß erhalten, weil ihre Fragestellungen gegen heute absolut anders liegen und auch das Problem Gesinnungs- und politischer Kampf nicht mehr praktisch die alte Bedeutung hat. Nicht nur, daß die Vertreter der „Revisionisten", insbesondere Bernstein, selber einen Teil ihrer Thesen, um die früher der Streit ging, nicht mehr aufrecht erhalten. Sondern auch von den Anhängern der „sozialen Revolution" wird manches ohne Einschränkung akzeptiert, was Bernstein ehedem behauptet hatte. Das Entscheidende aber ist die Aenderung der politischen Struktur, nach der in Heidelberg und in Kiel *die Eroberung des Staates* nicht

bloß als Entwicklungstendenz festgestellt, sondern als *strategische Aufgabe* von der deutschen Arbeiterschaft selber zum Ziel gesetzt wurde, wenn auch für die Eroberung bis vor kurzem leider so gut wie jedes politische *Einzel*programm noch fehlte. Die Koalition im Reiche wird als taktisches *Mittel* allseitig anerkannt, das je nach der Situation zu benutzen ist. Es fehlt nur, daß die Meinungsbildung *durchgehend* in der Richtung erfolgt, daß diese Demokratie wohl die politische Gleichheit gebracht hat, aber nicht die wirtschaftliche Gleichheit, so daß *spezifisch Sozialistisches* in diesem Kampf um den Staat *nicht* erwartet werden kann, *auch wenn die eigenen Genossen in der Regierung sitzen!* (Nicht aber, weil nichts Sozialistisches erwartet werden kann, die Arbeiterschaft zum Mißtrauen gegen die Führung bei jedem solchen taktischen Versuche aufgeputscht wird, wie das einige Parteiorgane tun. Sie schicken ihre Minister in die Granattrichter und beschießen sie, wenn es nicht anders geht, vom Schützengraben!) Aufgabe der Genossen in der Regierung ist vielmehr wesentlich, durch politischen Einfluß auf Gesetzgebung und auf die leitenden Stellen der Verwaltung die Existenzmöglichkeiten der Arbeiter zu heben, ihre Lebenslage und ihre Lebensbedingungen schrittweise verbessern zu helfen, Machtpositionen *auch* von *dieser* Seite zu erwerben.

Auch ein sozialistischer Regierungsmann muß sich bei seinen Handlungen auf das *Gesamt*wohl, also die verschiedenen Gruppeninteressen, nicht nur das Wohl der Arbeiterschaft, beziehen, da ja seine Handlungen auch für *alle* Schichten verbindlich sind. Das fordert für die Haltung der Arbeiterschaft, wenn man es paradox sagt: wir brauchen eine Arbeiterschaft, die von ihren Genossen in der Regierung einstweilen nichts spezifisch Sozialistisches erwartet, aber absolut gewillt ist, den Staat noch in dieser Generation zu erobern!

Dadurch, daß die Arbeiterschaft Menschen herausstellt, die den Anderen in Verwaltungs- und Organisationsleitung ebenbürtig und überlegen sind, muß sie beweisen, daß sie fähig ist, die Zu-

kunft auch praktisch zu gestalten. Das ist nicht nur ein Mittel zur eigenen Schulung und Uebung, sondern *auch* ein geeignetes Beispiel für weitere *Gefolgschaft*. Vieles, was im einzelnen und kleinen dabei gestaltet wird, wird aber nicht anders aussehen als beim Bürgertum. Die Ueberlegenheit der Arbeiterschaft bleibt trotzdem, denn sie liegt darin, daß sie das *Ganze* sieht. Das ist wieder ein Grund, warum sie nicht von den Einzelteilen her die Aenderung erwarten darf, sondern die allmähliche Umwandlung der Einzelteile bleibt notwendige Voraussetzung für die Gesamtänderung, die *ein neues Prinzip* zur Geltung bringen muß. —

Die Gebote der Taktik

Die strategischen Aufgaben des politischen Großkampfes im einzelnen werden möglichst auf weite Sicht bestimmt. Es ist klar, daß die *Zentrale* die Strategie festlegen und daß sie unter Verständigung mit den Unterführern vorgehen muß. Die Taktik empfängt von der Strategie Anlaß und Ziel. Die zweckmäßigen Mittel und die Durchführung muß sie entsprechend der Kenntnis ihrer Mitglieder und ihrer Gegner wählen. Da, wo von vornherein wohl das Ziel, aber nicht die erreichbare Grenze einer politischen Aktion feststeht, bleibt die strategische Leitung gezwungen, je nach dem Gang der Dinge, ihre Forderungen *während der Aktion* umzuwandeln. Für die Taktik steht im Vordergrund nichts als der Sieg. Bei der drohenden Niederlage muß die Strategie retten, was zu retten ist. Den Sieg muß sie mit allen Kräften und Mitteln ausnützen, aber mit ihren Forderungen nicht über das hinausgehen, was aller Voraussicht nach *auf die Dauer* zu behaupten ist.

Sinn der Taktik

Der Sinn der Taktik ist, *dem Gegner die Berechenbarkeit unserer eigenen Handlungen und Entscheidungen zu erschweren*, auf daß er immer wieder vor unerwartete *Entscheidungen* gestellt werden kann. Es müssen oft indirekte Wege benutzt werden, es muß „Material" im *geeigneten* Zeitpunkt veröffentlicht werden usw., um dem Gegner nicht durch vorschnelle und offene Aufdeckung der eigenen Karten die Durchkreuzung der eigenen Absichten zu ermöglichen. *Nur der Fanatiker arbeitet mit „offenem Visier"*.

Wer dieser Auffassung die Aeußerungen der Altmeister entgegenhält und sie so auslegt, daß die Sozialdemokratie nichts zu verbessern, sondern nur die Wahrheit, die Tatsachen auszusprechen und (im Gegenteil) die „Geheimdiplomatie" abzuschaffen habe, dem ist zu antworten: Solange der kapitalistische Gegner auf Grund der wirtschaftlichen Machtmittel der Stärkere ist, *muß die Arbeiterschaft ihm auf allen Fronten folgen, von der aus er sie angreift.* Jener Ausspruch kann nur so zu verstehen sein, daß die Arbeiterschaft ihre *Ziele* klar, eindeutig und scharf zu formulieren hat, ebenso den grundsätzlichen Weg, und daß sie jederzeit die *Lage* so schildert, wie sie wirklich ist, nicht aber daß sie dem Gegner ihre jeweiligen Wege klarzulegen hätte, andernfalls müßte sie auf *jede* Taktik verzichten. Soweit politisches Handeln in Frage kommt, gelten also die Gesetze der Politik, und die Grenzen des taktischen Verhaltens werden bestimmt durch Programm, Statut und persönliche Verantwortung vor der Mitgliedschaft. *Außerhalb* der Politik und insbesondere *den eigenen Genossen gegenüber* haben *sämtliche* taktische Rücksichten wegzufallen!

Beispiel

Am Beispiel der Regierungsbildung des Kabinetts Hermann Müller im Juni 1928 soll diese Seite des taktischen Problems verdeutlicht werden: Nach dem Wahlausgang vom 20. Mai hätte der Zentralvorstand der Sozialdemokratie in Berlin die Parteizeitungsredaktionen und die Parteivorstände zum Zwecke einheitlicher Willensbildung vertraulich über den Weg informieren müssen, der eingeschlagen werden sollte, solange Hermann Müller noch nicht offiziell mit der Regierungsbildung beauftragt war. Diese taktische Information wäre gewesen, entweder: wir halten die Opposition für das Gegebene, *o d e r :* wir sind zur Regierungsübernahme bereit (man kann die Opposition auch wollen, wenn man sich öffentlich zur Regierungsbeteiligung bereiterklärt). Dieser Information hätte bei der entscheidenden politischen Führung — Reichstagsfraktion und Zentralvorstand — eine gründliche Aussprache darüber vorausgehen müssen, welche wichtigen innen- und außenpolitischen Entscheidungen für die nächsten Jahre zu

erwarten und wieweit die Sozialdemokratie dafür eine Beeinflussung bzw. Mitverantwortung übernehmen kann usw. Im ganzen war also das strategische Ziel zu bestimmen, ob es erfolgversprechender sei, innerhalb oder außerhalb der Regierung zu arbeiten. Die Parteipresse hätte nun vom 21. Mai ab nicht in ein öffentliches Rätselraten oder einen innerparteilichen Machtkampf um die bestmögliche Taktik (es wurden dem Zentralvorstand von Ortsvereinen Resolutionen gegen und für die Koalition übersandt) eintreten dürfen, sondern *alle* Zeitungen, Orts- und Bezirksvorstände hätten die Pflicht gehabt, in Versammlungen und Zeitungen *alle* Kräfte für *diesen* taktischen Weg, auf den die Entscheidung gefallen war, zu mobilisieren, ganz planmäßig und einheitlich für das Reich und ganz gleich, ob die einzelnen Gruppen diesen Weg für richtig hielten oder nicht. Währenddessen aber hat ein Teil der Parteipresse, nachdem für die Koalition entschieden war, die Mitgliedschaft pathetisch und sogar zynisch auf die „Schäden der Koalition" in den letzten Jahren hingewiesen, um sie zum Appell auf Opposition gegen den Zentralvorstand zu veranlassen.

Als Hermann Müller mit der Regierungsbildung beauftragt war, setzte ein neues Rätselraten und ein Für- und Wider-Kampf in einem Teil der Parteipresse ein. Große oder Weimarer Koalition oder Minderheit? Alle diejenigen, die in dieser Zeit bis zur Entscheidung über die Zusammensetzung die eigene Führung als „Staatsmänner" verhöhnten und von einem Unglück sprachen, wenn eine Koalition zustande käme, trieben taktische Sabotage, denn sie erschwerten und störten die im *Ziel* nun festgelegte Handlungseinheit. Sie erschwerten das Zustandekommen der praktischen Handlungseinheit.

Wenn Hermann Müller und der Zentralvorstand überhaupt Erfolg haben wollten, dann konnten sie öffentlich auf keinen Fall *vorher* festlegen: wir wollen die große oder wir wollen die kleine Koalition, weil der Gegner, mit dem sie verhandelten, ihnen ihre Absicht zugrunde richten kann, wenn er das Ziel kennt, auf das sich der Kanzler *öffentlich* festgelegt hat — auf daß der Mißerfolg

der Partei schade. Der Zentralvorstand hatte nur vorher die Zentralen der Willensbildung vertraulich zu informieren: wir wollen wirklich, wenn es möglich ist, in die Regierung. Daß die Forderungen (die, wie die Verhandlungen bewiesen haben, von der Sozialdemokratie tatsächlich aufgestellt waren — ob als Grenze für die voraussehbaren Kompromisse oder als Minimum an Durchsetzbarem, spielt hier keine Rolle —) von ihr vorher nicht veröffentlicht wurden, war eine berechtigte — nicht einzig mögliche — Taktik, weil der Grad ihrer Durchsetzung von der hier nicht mehr berechenbaren Stärke der gegnerischen Parteien abhängt, eine zu geringe Einschätzung des Gegners aber schon lähmend — manchmal auch anfeuernd — auf den eigenen Willen wirken kann. Im übrigen sind eine schlechte Regierungserklärung und Mißgriffe in Politik und Taktik halb so schlimm, wenn die Masse geschlossen dahintersteht und geschlossen sie wieder gut zu machen sucht, wobei das *Aussprechen* und *Eingestehen* der eigenen Fehler Voraussetzung ist.

Eigene und gegnerische Fehler

Während der Regierungszeit der eigenen Genossen hat die Parteipresse die Aufgabe, immer wieder die Schuld des *Gegners* aufzuzeigen, am *Tatsächlichen* zu zeigen, wie er den eigenen Führern Steine in den Weg wirft, mit seinen Herrschaftsmitteln positive Aufbauarbeit verhindert. Voraussetzung dafür ist natürlich, daß die Regierungsgenossen in ständiger Fühlung mit der strategischen Leitung bleiben und den „Apparat spielen lassen", wenn sie die Schuld, die Fehler oder die Absichten der Gegner rechtzeitig hervorkehren wollen. Voraussetzung ist auch, daß die Unterorgane der Leitung während der Aktion vertrauen und ihre Parolen geschlossen befolgen.

Wie wichtig das ist, kommt drastisch zum Ausdruck bei der Zustimmung der Regierung zum Panzerkreuzerbau. Es hat Niemanden in der Partei gegeben, der die Zustimmung der sozialistischen Minister zur ersten Baurate gutgeheißen und verteidigt hätte. Nachdem Reichstagsfraktion und Parteiausschuß sich taktisch und strategisch dafür entschieden hatten, zwar den Ministern

ihre einstimmige Mißbilligung auszudrücken, sie aber vorläufig in der Regierung zu belassen, gab es Parteizeitungen, die auch weiterhin den Rücktritt der Minister und ihren Ausschluß aus der Partei forderten. Das war wieder taktische Sabotage, die besonders den Kommunisten zustatten kam. Nachdem der Fehler allerorts ausgesprochen und eingestanden war, hätte die Aufgabe der verantwortlichen Unterführer sein müssen, *ihre Gefolgschaft einheitlich auf ein neues Willensziel zu lenken* und die Handlungseinheit wieder herzustellen. Das erforderte nicht, die Haltung der Minister zu verteidigen, aber erst recht nicht, sie persönlich herabzusetzen, sondern es war der Anteil der Schuld, den die *Gegner* an der Blamage hatten, hervorzukehren: wieweit die Minister die schlechtberatenen Opfer ihrer politischen und juristischen Informatoren gewesen waren usw. —

Die kleine Gruppe in der Partei, die weiter opponierte, hätte nicht *rückwärts* gerichtet sich immer wieder in den „Schuldfragen" tummeln dürfen, sondern hätte auf die Aufgaben und Probleme hinweisen müssen, die für die *nahe Zukunft* durchgeführt werden müssen. Sie hatte, statt die Mitgliedschaft resignieren zu machen und — deswegen — an ihre Treue zur Partei zu appellieren, ihr z. B. Argumente gegen die Angriffe der Kommunisten geben müssen. Und als die Volksentscheidsparole der Kommunisten vom Zentralorgan parteioffiziös sofort abgelehnt wurde, durfte es — wieder aus dem taktischen Gebot der Handlungseinheit heraus! — kein Organ der Partei mehr geben, das dennoch zunächst für die Beteiligung eintrat! Die Rechenschaft der Minister aber war auf dem nächsten Parteitag zu fordern, wo für die Oeffentlichkeit keine Gefahr mehr bestand, daß sie mit der offenen Aufdeckung die Regierung gefährdet.

Zur guten Taktik gehört insbesondere die *planmäßige Ausnutzung der gegnerischen Fehler*. Es ist meist viel wirksamer, statt daß man sich in den eigenen Ideenkreis verkapselt, oder statt daß man sich polemisch mit den jeweiligen „Meinungsäußerungen" des Gegners öffentlich auseinandersetzt — zumal jene meist

schwammig und ausdeutbar sind —, daß man dessen *Mißgriffe* mit unermüdlicher Hartnäckigkeit weithin bekannt macht. Die öffentlichen Meinungen, die die verschlungenen Pfade der Politik nicht kennen, sind für eindeutig erkennbare Tatsachen viel empfänglicher als für Verdächtigungen, einseitige Polemiken und Auslegungskünste der gegnerischen Aeußerungen.

„Aussprechen, was ist"

Wenn man selber Fehler begeht, dann muß man dem Gegner durch schnelles Aussprechen und Eingestehen *zuvorkommen*. Damit sichert man sich zugleich das Vertrauen und die Gefolgschaft der eigenen Anhänger, während jedes *Verschweigen* eigener Fehler der erste Anstoß zum Mißtrauen wird, denn für das Bekanntwerden sorgt eben der Gegner. —

Nahziel und Fernziel

Die Gefolgschaft, die ob des wahren oder falschen Weges *im Zweifel ist, kann weder zur spontanen, noch zur überlegten Handlung schreiten.* Das hat zwei wichtige Folgerungen für das politische Verhalten. Heller sagt darüber auf der Arbeiterbildnertagung 1927 in Tinz: „Um vor Selbsttäuschung und Ueberschätzung der Situation zu schützen, sind zwei pädagogische Motive denkbar. Entweder man sagt der Masse, daß sie dies und das und jenes tun kann, oder man sagt ihr, wieweit sie von dem Ziel noch entfernt ist, wo sie anzusetzen hat. Die erste Methode ist notwendig zur unmittelbaren, augenblicklichen Wirkung. Wenn die Masse nicht glaubt, daß sie eine Sache unmittelbar durchsetzen kann, tritt sie nicht in Aktion." *Die Masse, die zur Aktion aufgerufen wird und nicht sicher ist, ob sie das Handlungsziel auch erreichen kann, wird nie die große Kraft und Hingabe der selbstbewußten Tat aufbringen.*

Wenn ihr zuviel versprochen wurde, wenn man sie etwa glauben machte, der *Umsturz* des Systems wäre in einem bestimmten Augenblick, wo es tatsächlich aussichtslos war, bei Anspannen aller Kräfte zu erreichen gewesen, dann kann die Enttäuschung und der Rückschlag nicht ausbleiben. Wenn *kein konkretes* Ziel für den Augenblick hingestellt wurde, wo man die Masse aufrief, so wird der eine Teil gleichgültig beiseite bleiben, der andere Teil

sich nachträglich um die verpaßten Möglichkeiten streiten. Die Folgerung ist, ähnlich wie bei der Frage „Gesinnung und Verantwortung": eine Massenhandlung kann nur Erfolg haben, wenn außer den Fernzielen eindeutige, erfüllbare *Nahziele* bestehen, sonst wird die Masse relativiert. Heller sagt darüber an der gleichen Stelle: „Die politische Bildung muß absolutistisch, sie darf nicht relativistisch sein! Man soll zwar die Handlung des Andern begreifen, aber der Sinn ist die Bekämpfung des Anderen. Politik bleibt Kampf. Infolgedessen ist jede politische Erziehung eine Erziehung zum Kampf, und es ist in diesem Zusammenhang zu warnen vor dem Schlagwort: Achtung vor dem Gegner, ohne daß damit der Wert der politischen Form unterschätzt werden soll. Man soll wohl Verständnis der Gegenposition kennen, *aber eine bekämpfende Gegenposition haben.*" Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß den Anderen anfangen zu verstehen *ohne eigene Willens- und Zielrichtung* heißt: anfangen mit ihm zu sympathisieren! Denn Verständnis des Anderen ist erst möglich, wenn man dessen Fehler und Vorzüge, Wollen und Schicksal mit den eigenen in Beziehung gesetzt hat! —

Bis zum Heidelberger Programm waren die politischen Zielsetzungen der Sozialdemokratie fast alles Fernziele, die nur in etappenweisen Kämpfen, in Generationen zu erreichen waren. Das „Aktionsprogramm" stellt nun eine Reihe Nahziele auf. Das Entscheidende für ihre Durchführung ist aber, daß Taktik und Strategie jeweils alles nur auf *eins* der Nahziele konzentrieren müssen. Sie müssen den Massen sagen: innerhalb des nächsten Halbjahres wollen wir einen planmäßigen Kampf um die Verbesserung der Arbeitslosenversicherung führen. Und während dieser Zeit muß das allen Anhängern und Gegnern immer wieder drastisch und von allen Seiten und mit allen Mitteln ins Bewußtsein gehämmert, muß die große parlamentarische Aktion *darauf* zugeschnitten werden, bis ein Endergebnis erzielt wurde. An der Unterschätzung der Nahziele kranken alle die Eingriffe Max Adlers in die Politik der deutschen Sozialdemokratie. Seine Argumente über Koalition,

politische und soziale Demokratie und über den Charakter der Klassenherrschaft sind Lufthiebe. Sie betreffen die Fernziele, über die sich alle einig sind und sagen über die Nahziele, die *eigentlichen* Streitfragen, nichts aus.

Die letzten Ziele einer sozialistischen Politik sind natürlich die Beseitigung der proletarischen Schicht, die Eroberung und Umwandlung des gegenwärtigen Staates in eine Form, in der die Wirtschaftsungleichheit und damit die Klassenbildung nicht mehr möglich ist. Jeweils entscheidend bleiben aber die an dem Fernziel orientierten Nahziele, auf daß der sozialistische Politiker nicht nach den anderen Gruppen schielt, sondern aus dem Verstehen ihres Handelns *Gegenpositionen* formuliert und *eigene* Handlungsrichtung erhält. Für die Erreichung einer Handlungseinheit durch ein für das *Reich* einheitliches taktisches Verhalten ist diese Frage von großer Bedeutung.

Die Schwierigkeiten der Länder

In Deutschland ist die Frage einer einheitlichen Taktik besonders schwierig, da die Gliederung in *Länder* eine taktische Zentralisation sehr erschwert. Aber sie ist nicht unlösbar. Nehmen wir ein Land wie Sachsen. Da haben die großen örtlichen Gruppen das Recht der taktischen Entscheidung für das *sächsische* Parlament, soweit der Einfluß ihrer *Abgeordneten* in der Landtagsfraktion reicht. Diese Entscheidungen dürfen aber mit den jeweiligen strategischen Plänen im Reiche nicht im Widerspruch stehen. Für das Gemeindeparlament dagegen haben sie im Rahmen der Landespolitik *völlige* Entscheidungsfreiheit. Zu den taktischen Fragen der Reichspolitik können sie örtlich nur nachträglich *oder intern* — soweit ihre Abgeordneten in das jeweils entscheidende Gremium gehören oder zu den Vertrauensleuten — Stellung und Einfluß nehmen. Durch regelmäßige Redakteur- und Lokalvorstandskonferenzen müßte die Zentrale beständig und unermüdlich auf dieses Ziel hinarbeiten.

Der Nurtaktiker

Es gibt nicht sehr viele Ortsleitungen und Parteiredaktionen, die sich diese Beschränkungen aus eigener Einsicht auferlegen. In vielen sitzen zwar ausgesprochene Taktiker, die aber nicht

zugleich Strategen sind. Sie sind gute, ausgezeichnete, erstklassige Kenner der Massenseele, sie wissen Beschlüsse und Entschließungen zu „schaukeln", sie können manchen strategischen Fehlschlag sogar durch einen taktischen „Kniff" wieder auswetzen. Aber sie führen den Kampf um des Kampfes willen, als ob das Gefecht um des Gefechtes willen sein müßte und nicht immer Jeder sich zu orientieren hätte am großen Ganzen. Sie kommen in die Gefahr, nichts als *Routiniers* zu bleiben.

Der Routinier

Der Routinier ist die größte Gefahr für die Arbeiterbewegung, weil er als Opfer des Apparates die lebendige Bewegung hindert; weil er statt auf Sicht zu denken skrupellos alle Mittel in den Dienst des Augenblicks stellt und den Menschen ertötet; weil ihm das lebendig Gemeinsame aller Schichten verloren ging, weil an die Stelle der Ueberzeugung und des Glaubens an die proletarischen Kräfte, die zum freiwilligen *Dienst* an der Klasse führen, der Machtehrgeiz, der Fanatismus oder das Interesse getreten ist, die durch das Wissen um die Handhabung der Organisation befriedigt werden sollen. *Der Routinier ist der gefährlichste Reaktionär in der Arbeiterbewegung, auch wenn er sich radikal gebärdet.*

Der „Richtungs"-politiker

Schließlich ein Wort zum Richtungskampf, soweit er zu gefährlichen *Auswüchsen* der allgemeinen Grundgesetze der Politik und der Taktik führt. Wer glaubt, daß die Opposition eine notwendige Funktion innerhalb jeder Organisation habe, also eine *Opposition um der Opposition willen* verficht, statt sich von Fall zu Fall zu entscheiden, gleicht dem Orthodoxen und Dogmatiker *). Er hindert das Zustandekommen der Handlungseinheit.

Opposition um der Opposition willen

An sich hat es der „Richtungs"vertreter immer leichter als die Offiziellen und Verantwortlichen. Die Partei*leitung* hat immer zur *Gesamt*lage Stellung zu nehmen und besonders *die* Wege zum Zwecke einheitlicher Willensbildung zu *begründen*, die *im Augen-*

*) Z. B. wenn er propagiert „Opposition als Gesinnung", wie es in einer sozialdemokratischen Wochenschrift kürzlich in einem Aufsatz geschehen ist.

blick von ihr begangen wurden oder begangen werden sollen. Das Organ der „Richtung" denkt gewöhnlich nie daran, die gesamte Politik zu vertreten oder *vorzuschlagen*. Sie kann es sich leisten, die Rolle einer Fraktion zu spielen, die nur *eine* der möglichen Orientierungen auf einem Teilgebiete propagiert! Das wird gefährlich bei der gemeinsamen Aktion, falls die „Richtung" in der Zeit der Vorbereitung auf ihre Gruppe nur mit *ihren* Argumenten meinungsbildend gewirkt hat, nur ihr Negatives hervorkehrte, vielleicht um später sagen zu können: Wir hatten doch recht!

Diese Rechthaber vertreten eine sehr einfache Einstellung, die deswegen auch den Massen entgegenkommt: sie sehen grundsätzlich alle Aktionen als „Pessimisten" an. Sie halten sich stets für verpflichtet, „vor übertriebenen Hoffnungen zu warnen". Sie prophezeien: ihr werdet sehen, es geht schief! Und wenn es schief ging, *freuen* sie sich darüber, während ihnen das Gelingen als selbstverständlich erscheint. Sie *freuen* sich wirklich, daß sie recht hatten („Wie wir in unserer Nummer vom 16. März schon vorausgesehen hatten . . ."), obwohl an der Gesamtsituation doch dadurch nichts gebessert ist! Wie einfach ist diese Einstellung und wie — unfruchtbar!

Wer seine Gruppen unter der Devise sammelt, die Opposition habe in einer Bewegung immer eine notwendige Funktion, sie treibe vorwärts — wer aus dieser Erwägung an die „alte, traditionelle Haltung" dieser Teilgefolgschaft appelliert, deren Rolle in der Bewegung es schon immer gewesen wäre, „die Sozialdemokratie von Irrwegen wieder zu einer marxistisch-proletarischen Politik vorwärts zu treiben" (aus einer großen Parteizeitung vom Juni 1928), erzeugt eine Opposition*sgesinnung*, die der Politik genau so gefährlich werden kann wie die Koalitions- oder Klassenkampfgesinnung.

Das größte Verbrechen an der Arbeiterbewegung aber ist es, wenn der *Richtungs*gegner den Anhänger der anderen Richtung in der eigenen Partei mit *den* Mitteln und Methoden bekämpft, die dieser gegen den *politischen Gegner* anwendet, wenn er sich nur

„taktisch" zu ihm verhält, wenn er ihn deswegen persönlich verdächtigt, um seine Sache herabzusetzen u. a. Ein Beispiel: In einer großen mitteldeutschen Stadt entwickelte ein bedeutender Parteiführer, ein „gerissener Taktiker", wie man sagte, im kleinen Kreise von Parteigenossen seine Methode zur Bekämpfung des politischen Gegners *einschließlich* des Richtungsgegners drastisch etwa folgendermaßen: Man nehme das schwächste Argument des Gegners, übergieße es mit einer Lauge von Spott und Hohn oder ein paar Schimpfworten, die man notwendigerweise auf die Person beziehen muß, und bringe das Ganze auf ein paar saftige Schlagworte, die man den Massen als Köder vorwirft. Dann kann der Andere ruhig schreien!"

Im Kampfe innerhalb der Arbeiterbewegung — Richtung gegen Richtung, dieser Vorstand gegen jenen Vorstand usw. — *haben alle taktischen Rücksichten* (nicht etwa Taktrücksichten) *fortzufallen!* Unter Sozialisten, ganz gleich welcher Schattierung und Gruppe, gelten die Gesetze der Taktik *und der Politik* nicht! Unter Sozialisten gibt es weder eine Moral mit doppeltem Boden, noch einen Punkt, an dem Jemand erklärt: „das darf man den Massen nicht sagen!", noch eine politische Demagogie, die gegen den „rechten" oder „linken" Flügel gerichtet ist! Wenn die Kommunisten die Sozialdemokratie zu den Bürgerlichen zählen und sie mit den gleichen korrupten, politischen und taktischen Mitteln bekämpft wie diese, dann ist das ihre Sache, die sie vor der Gesamtarbeiterschaft verantworten müssen, wenn die große Geschichte der Gegenwart geschrieben wird und ihre Logik entwickelt. Es ist das *Verbrechen*, das am schwersten wiegt und der Arbeiterklasse den größten Schaden gebracht hat. Die Sozialdemokratie — und die anderen Verbände der Arbeiterschaft, die diesem skrupellosen Kampfe ausgeliefert sind — haben diese Methoden, die vor dem höchsten, *gemeinsamen* Gut der Arbeiterbewegung nicht Halt machen, *aufzudecken*, müssen aber ihre Anwendung gegen die Kommunisten *verschmähen!* —

Zusammenfassung

Diese Darlegungen sollen nur die allgemeinen Zusammenhänge zwischen Politik, Strategie und Taktik darlegen, soweit sie für den Ausgangspunkt der Organisations- und der Werbelehre von Bedeutung sind. Sie können nicht davon entbinden — auch nicht im Zusammenhang mit den Ausführungen über die Bedeutung der „ökonomischen Struktur", den Herrschaftsmechanismus der kapitalistischen Gesellschaft *jeweils* in seiner *Besonderheit* zu untersuchen. Sie können bestenfalls dazu dienen, Unterlagen zu schaffen für eine Theorie der Politik und für *Grundsätze* der Taktik (deren es auch in der Vorkriegszeit gegeben hat). Sie zeigen Möglichkeiten und Voraussetzungen und können schon deshalb nicht politische und taktische Lösungen außerhalb der Werbefrage bringen. Für sie ist es vielmehr *Vorarbeit.*

Die taktischen Auseinandersetzungen werden in dem Augenblick von kraftraubenden Erschütterungen zu fruchtbarem Kampf, wo *vor* allem Suchen und Kämpfen der *Wille zur Herbeiführung einer einheitlichen Haltung und Handlung* steht und wenn allseitig bedacht wird, daß bei den taktischen Differenzen die Meinungen gewöhnlich nicht so sehr über die theoretischen Grundsätze auseinandergehen als über die *Beurteilung der jeweiligen Lage.*

Im ganzen ist zur Frage der Mittel zu sagen, daß im politischen Kampf der Gegenwart niemals nur *eine* Art der Mittel propagiert werden darf. Weder diejenigen, die den Zukunftsstaat durch „die sanfte Macht der Ueberredung" erreichen wollten, durch „die Gewalt des sittlichen Enthusiasmus" (die Utopisten, besonders St. Simon), noch diejenigen, die mit dem „Glauben an die schöpferische Macht der Revolution" ausschließlich mit der „politischen Gewalt" (z. B. die Blanquisten) ans Ziel kommen wollten — und manche andere Typen mehr — reichen mit ihren Rezepten aus. In der Geschichte finden sich sehr viele Beispiele, wo jede dieser Methoden einmal richtig war. Für die Gegenwart kann nur gelten, daß die Arbeiterbewegung bereit sein muß, sie alle anzuwenden, wenn es der Kampf erfordert, aber stets in der Reihenfolge, daß

sie zuerst die friedlichen Mittel versucht, die Wirksamkeit versprechen und daß sie die wählt, die von ihr voraussichtlich die geringsten Opfer erfordern.

Ueber die Fragen der Politik, Taktik und Strategie insgesamt ist schließlich zusammenzufassen, daß Politik zwar sehr auf der Oekonomie beruht und stark mit ihr verflochten ist, aber nicht Oekonomie ist. Die Politik als Wissenschaft ist eine Aufgabe, die uns den Staat nach den vorhandenen *Machtbedingungen* und *Gruppenbindungen* beschreibt; die uns für den täglichen, praktischen Kampf notwendige Unterlagen gibt, indem sie die machtpolitischen *Tatsachen* schildert so wie sie sind, nicht wie sie sein sollen, und die mehr bringt als verwaltungs- und staatsrechtliche Darlegungen. Die Politik als Kunst ist *Tat*, ein fortwährendes *Eingreifen* in *alle* Gebiete des gesellschaftlichen Lebens, das an Nah- und Fernzielen ausgerichtet sein muß. Sie erschöpft sich nicht in Selbstverwaltung, sondern ist Kampf, setzt also Gegner voraus.

Da sie in *alle* Gebiete des gesellschaftlichen Lebens eingreift, bleibt als letztes die Auseinandersetzung mit den übrigen Fragen der „Kultur" nicht erspart. Dies, die Auseinandersetzung mit den Werbemotiven im Sozialismus und die konkrete Darstellung der Maßnahmen erfolgt im zweiten Teil.

Anhang.

1) Verlag I. H. W. Dietz Nachf., Berlin 1927.

2) In entscheidender Weise hat um die Jahrhundertwende *Max Adler* in den „Marxistischen Problemen" (Dietz Nachf., Berlin, 5. Aufl., 1922) diese Fragen behandelt. Die neuere Literatur darüber ist unendlich. Neben den grundlegenden Schriften von *Max Weber*, *Simmel*, *Litt* und *Vierkandt* sind aus der letzten Zeit zu nennen: *Theodor Geiger:* „Die Gruppe und die Kategorien Gemeinschaft und Gesellschaft" im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 58, 338.

3) „Taktische Differenzen in der Arbeiterbewegung", Leipziger Buchdruckerei A.-G., Leipzig 1910, S. 10.

4) Eine solche Untersuchung ist zu finden bei *Gertrud Hermes*, „Die geistige Gestalt des marxistischen Arbeiters", bei Mohr, Tübingen 1928. Im übrigen über die Arten des gesellschaftlichen Handelns bei *Max Weber*, „*Grundriß der Sozialökonomik*" (GdS.), 2 Bände, Tübingen 1923.

5) Nach der Uebersetzung von *Th. Geiger* in „Die Masse und ihre Aktion", Enke, Stuttgart 1926.

6) Einen außerordentlich interessanten und wichtigen Beitrag hierzu hat vor dem Kriege *Karl Kautsky* geliefert mit dem Buche „Der politische Massenstreik", Dietz, Berlin 1914 (vergriffen), dort auch Auseinandersetzung mit *Rosa Luxemburg*, „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften", Dubber, Hamburg 1906.

7) „Mein Leben und mein Werk", Leipzig 1925.

8) „Wissenschaftliche Betriebsführung", Berlin 1922, S. 4.

9) Siehe I. u. *B. Webb*, „Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine", 1906.

10) Ausführlicher bei *E. Winkler*, „Bürokratie und Arbeiterbewegung", im Gewerkschafts-Archiv 1926, Bd. 5, Heft 3.

11) Verlag Berlin, 11/11, 1928, S. 359.

12) *Karl Marx*, „Die heilige Familie", 1845, siehe Gesammelte Werke I, 1.

13) „Masse und Geist", Berlin 1922; vgl. auch *Max Adler*, „Das Soziologische in Kants Erkenntniskritik", Wien 1924, S. 449 ff.

14) GdS., 1923, I, 4.

15) „Hochkapitalismus", München 1928, Bd. I, 36. Sehr wichtig sind auch die Aufsätze von *G. Lukácz*, „Geschichte und Klassenbewußtsein", Berlin 1927.

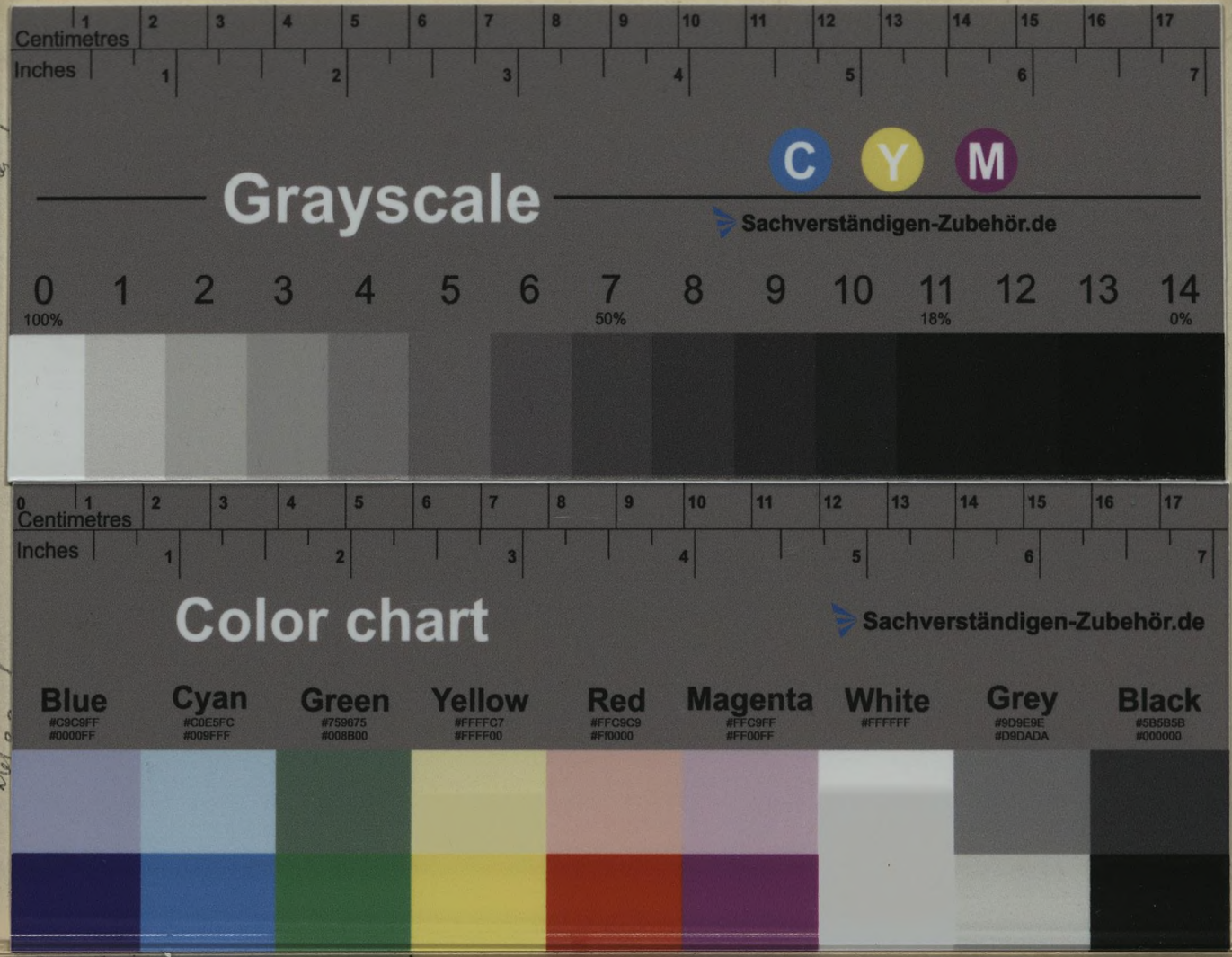
16) *Tillich*, „Masse und Geist", a. a. O., S. 21.

17) Ebenda.

18) Vgl. *Hermann Heller*, „Zwei Jahre freie Volksbildung", Leipzig 1925. Näheres auch bei *E. Winkler*, „Die Bedeutung der Volkshochschule im staatlichen und kulturellen Leben Deutschlands". Leipzig 1926, S. 148.
19) Siehe *Hermann Heller*, „Sozialismus und Nation", Arbeiterjugendverlag, Berlin 1927.
20) „Soziologie und Staatstheorie", Innsbruck 1927, S. 91; siehe auch *Freyer*, „Der Staat", Leipzig 1926.
21) „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie", Wien 1928, 2. Aufl., S. 553.
22) *Viktor Otte*, „Ueber völkische Politik", Wien 1923, S. 51.
23) *Gerhard Münzner*, „Oeffentliche Meinung und Presse", bei Braun, Karlsruhe 1928, S. 47.
24) Ebenda, S. 69.
25) *Jul. Goldstein*, „Die Presse", Aufsatz im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 51, 2, 367/8, 1923.
26) Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1928.
27) „Sozialistische Bildung", 1/1929, Berlin.
28) „Die soziale Funktion der Rechtsinstitute", neu 1929 bei Mohr, Tübingen. Vgl. auch *Sinzheimer* in „Wirtschaftsdemokratie", ADGB., Berlin 1929.
29) *Karl Marx*, „Elend der Philosophie", S. 109.
30) „Ueber den Willen", 1922.
31) „Parlament und Regierung", Politische Schriften, Tübingen 1923.
32) Brief vom 13. 10. 1867, siehe „Briefwechsel ...", Berlin 1927.
33) *Bebel*, „Aus meinem Leben", III, 76, Berlin 1924.
34) *Bernhard*, „Das System Mussolinis", Scherl, Berlin 1927.
35) „Geschichte und Klassenbewußtsein", a. a. O., S. 86.
36) „Parlament und Regierung", a. a. O., S. 92.
37) „Nationalitätenfrage", a. a. O., Schluß des Vorworts zur 2. Auflage.
38) *Goldscheid*, „Das Verhältnis der äußeren Politik zur inneren", Wien-Leipzig 1915.
39) „Politische Schriften", a. a. O., S. 448.
40) „Sozialismus und Nation", a. a. O., S. 71.

26/8.31 b

k Egt / Aet


Centimetres
Inches
Grayscale
C
Y
M
Sachverständigen-Zubehör.de
0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14
100%
50%
18%
0%
Color chart
Sachverständigen-Zubehör.de
Blue #C9C9FF #0000FF
Cyan #C0E5FC #009FFF
Green #759875 #008B00
Yellow #FFFFC7 #FFFF00
Red #FFC9C9 #Ff0000
Magenta #FFC9FF #FF00FF
White #FFFFFF
Grey #9D9E9E #D9DADA
Black #5B5B5B #000000